

mehr junge Menschen für diesen Beruf zu gewinnen.

Wenn zu den derzeit 391 Studierenden an den pädagogischen Akademien — sie werden hoffentlich in der überwiegenden Mehrzahl den Lehrberuf ergreifen — ein vermehrter Zustrom einsetzt, ist vielleicht doch zu hoffen, daß es in den nächsten Jahren zu einer Reduzierung des Fehlbestandes an Lehrern kommt.

Sehr erfreulich ist, daß sich die Zahl der Hauptschüler innerhalb eines Jahres von 41.987 auf 45.692 erhöht hat. 27.492 besuchen den ersten Klassenzug, 18.200 den zweiten. Es wäre zu überlegen, wie man den Übertritt vom zweiten in den ersten Klassenzug auch in den höheren Klassen erleichtern könnte. Auf jeden Fall ersieht man daraus, daß ein gesteigertes Bildungsbedürfnis besteht. Ebenfalls wirkt sich die Vermehrung der zweizügigen Hauptschulen günstig aus. Das steirische Hauptschulnetz konnte erfreulicherweise vom Jahre 1958 von 125 auf 159 Schulen erhöht werden.

Auffallend ist die Tatsache, daß auf Kosten von Mathematik immer mehr Deutschprüfungen abgelegt werden, was leider bedeutet, daß weniger als 30 Prozent der Mathematik-, Chemie- und Physikstunden von geprüften Fachlehrern gehalten werden. Solange die Nachfrage nach Lehrern anderer Fachgruppen nicht gesättigt ist, wird bei den derzeit geltenden Prüfungsvorschriften am pädagogischen Institut keine Änderung eintreten.

Die Konzentration der polytechnischen Lehrgänge hat sich im Bezirk Mürzzuschlag, wo die Lehrgänge in der Veitsch und Kindberg zugunsten von Mürzzuschlag aufgelöst wurden, bewährt. Obwohl die Schulwege zum Teil über 30 km betragen, die Schüler aus dem Stanzertal und aus der abgelegenen Frein kommen, absolvieren wegen Unzumutbarkeit des Schulweges das 9. Schuljahr nur vier Schüler an Volksschulen. Die Widerstände waren anfangs groß, doch die auffallende Steigerung der Leistungen durch die Möglichkeit einer vermehrten Differenzierung haben sehr rasch zur Erkenntnis geführt, daß diese Konzentration den Schülern zugute kommt.

Im vorigen Jahr haben sich von 105 Schülern des Mürzzuschlager Lehrganges zwölf entschlossen, weiterführende mittlere Schulen zu besuchen. Alle übrigen traten in ein Lehrverhältnis ein, keiner von ihnen wurde Hilfsarbeiter. Das ist natürlich ein besonders schöner Fall. Ich habe auch von anderen Lehrgängen gehört, daß der Abgang zu den Hilfsarbeitern wesentlich reduziert werden konnte. Wenn von 450 Schülern der vierten Hauptschulklassen des Bezirkes Mürzzuschlag nur etwa ein Viertel den polytechnischen Lehrgang besucht, so bedeutet dies, daß der Großteil weiterbildende Schulen absolviert.

So mancher Fluchtversuch aus dem Polytechnikum endete hier mit der guten Erkenntnis, daß man bei Fleiß und Zielstrebigkeit sich in einer weiterbildenden Schule recht wohl fühlen kann und das einjährige Gastspiel, das man ursprünglich vor hatte, in einen länger dauernden Vertrag umwandelte.

Das Land Steiermark stellt in der Gruppe 2 etwa 194 Millionen Schilling für das Schulwesen zur Verfügung, einschließlich der Beiträge zu den Aktivitätsbezügen der Lehrer an öffentlichen allgemeinbildenden und berufsbildenden Pflichtschulen.

Die Gemeinden, die ihre Schulfreundlichkeit immer wieder unter Beweis stellen und oft größte Opfer bringen, erhalten zum Bauaufwand von Pflichtschulen 13,8 Millionen Schilling, um ca. 4,5 Millionen Schilling mehr als im Voranschlag des vorigen Jahres. Dazu kommt noch der Beitrag des Landes an den Schulbauaufwands, sowie die wesentlich höheren Bedarfszuweisungen des Landes. Günstig wird sich bei der Verteilung der Mittel auswirken, daß sich die Gemeindestrukturen geändert haben.

Nun zu den höheren Schulen. Hier ist in den letzten Jahren unbestreitbar außerordentliches geleistet worden. Das Schulkonzept des Jahres 1958 hatte die Tendenz, in allen Teilen der Steiermark höhere Bildungsstätten zu schaffen, ein Vorhaben, das im besonderen Maße Kindern aus dem Arbeiter- und Bauernstand zugute kam. Dadurch ließ sich unsere ständige Forderung, „mehr Arbeiter- und Bauernkinder an höhere Schulen“ besser verwirklichen. Für Hilfen an sozial schwächer gestellte Schüler höherer und mittlerer Lehranstalten werden 2,8 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Da auch die Gemeinden und zahlreiche andere Institutionen Zuschüsse geben, steht heute begabten Arbeiterkindern der Weg zu jeder Schulbildung offen. Es wird nun in verstärktem Maße an uns liegen, die Eltern immer wieder zu überzeugen, daß eine gediegene Schulbildung große Aufstiegsmöglichkeiten eröffnet.

Kritisch vermerken möchte ich hier nur, daß es heute unangebracht ist, wenn man im Rahmen einer Jungbürgerfeier oder einer sonstigen öffentlichen Veranstaltung Gemeindestipendien an Bedürftige verteilt. Diese Steuermittel, aufgebracht von der Bevölkerung und in diesem Falle zu einem sehr guten Zweck verwendet, sollte man in einer unaufdringlichen Art vergeben. (Landesrat Gruber: „Das gibt es auch anderswo, in der Handeslkammer z. B.!“)

Es ist nicht richtig, muß ich offen sagen. Das ist meine Meinung.

In Zukunft ist den berufsbildenden höheren Schulen größtes Augenmerk zu schenken, denn wir können uns einen Fehlbestand an Naturwissenschaftlern, Technikern und Kaufleuten einfach nicht leisten. Für unser Industrieland würde diese Entwicklung schwerwiegende Folgen haben. Deshalb ist es begrüßenswert, daß die Höhere technische Bundeslehranstalt für Maschinenbau und Technik in Kapfenberg und die Handelsakademien in Feldbach, Bruck und Liezen eröffnet wurden. Bis zum Jahre 1975 soll in der Obersteiermark eine weitere Höhere technische Bundeslehranstalt entstehen, ebenso eine Anstalt südlich von Graz. Bereits in der Endplanung ist das BRG Köflach. Die Ausschreibung des Architektenwettbewerbes für Judenburg wurde in die Wege geleitet.

Ein immer drängenderer Wunsch der Mürztaler Bevölkerung ist die Errichtung eines musisch-pädagogischen Gymnasiums im mittleren Mürztal mit dem Standort in Kindberg. Dies ist verständlich, da die nächsten Schulen dieses Typs, der besonders den Abgängern aus den Hauptschulen neue Bildungschancen eröffnet, in Eisenerz, Murau oder Graz liegen. Eine solche Anstalt soll auch in der Weststeiermark errichtet werden. Dringend wird ein Bundesrealgymnasium in Kapfenberg, weiters im Raum Leoben-Trofaiach, im Bezirk Graz-Umgebung und im neuen Wohnzentrum Graz-Straßgang. Entscheidend für die Realisierung des vorausschauenden Konzepts der Schulbehörden ist die Lösung des Lehrerproblems sowie das Aufbringen der notwendigen Räumlichkeiten.

An allgemeinbildenden höheren Schulen einschließlich der privaten, werden in diesem Schuljahr 19.028 Schüler unterrichtet. Die berufsbildenden mittleren und höheren Schulen besuchen 7.856 Schüler in 290 Klassen. Der Mangel an qualifizierten Lehrern wird zunehmend größer, so daß derzeit etwa 14 bis 15 Prozent aller Unterrichtsstunden von ungeprüften Lehrern gehalten werden müssen. Die Schülerzahlen steigen ständig weiter. Die Zahl der Schüler der 1. Klassen stieg vom Schuljahr 1961/62 um 62 Prozent. Deshalb konnten auch in 128 Klassen der allgemeinbildenden höheren Schulen die gesetzlichen Klassenschülerzahlen nicht eingehalten werden. Es wäre aber nicht zu verantworten gewesen, Lernwillige abzuweisen.

Die Bildungswelle rollt. Sie rollt aber nicht nur bei uns, sondern auch in den anderen Ländern und stellt auch dort die Schulverwaltungen vor schwierigste Probleme. Einem Bericht über die deutschen Schulverhältnisse ist zu entnehmen (FAZ. vom 2. Juli), daß durch Wanderklassen, Schichtunterricht und Unterrichtsausfall Aufnahmebeschränkungen verhindert werden konnten. Dann spricht man von Klassenräumen aus Fertigteilen, vom zunehmenden Lehrermangel, zu wenig Klassenräumen, Lehrern, die man aus England verpflichtet und z. B. der Notwendigkeit von 275 Klassen in Nordrhein Westfalen, wenn die Frequenz von 40 Schülern je Klasse gehalten werden soll. Pläne wurden gemacht, Pläne verworfen, die Bildungswelle überrollte sie glatt. Dies sollten wir bedenken, wenn wir statt reiflicher Überlegungen und fundierten Vorschlägen allzuleicht in Dauerklagen verfallen.

Neben diesen höheren Schulen wird man in der Steiermark in der nächsten Zeit der Errichtung mittlerer Lehranstalten, vor allem hinsichtlich der Frauenbildung, besonderes Augenmerk schenken. Hier sei auch noch angemerkt, daß man im Ennstal den dringenden Wunsch hat, in der Stadt Schladming eine Sportschule zu errichten. Abschließend gestatten Sie mir, ein Wort über das 9. Schuljahr. Nichts wäre schlimmer, als sich die Möglichkeit zu nehmen, sich in ruhigen, sachlichen, öffentlichen Diskussionen mit diesem Problem auseinanderzusetzen. Wenn wir immer wieder von der zweiten industriellen Welle sprechen, so kann diese nur bewältigt

werden, wenn moderne Überlegungen, frei von allen Parteiideologien, frei von Überrumpelungsversuchen und gegenseitigen Vorwürfen, einen Sieg bei der Gestaltung unseres Schulwesens davontragen. Das verlangt von uns die Jugend und das sind wir ihr auch schuldig. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Ich erteile Herrn Abg. Loidl das Wort.

**Abg. Loidl:** Hohes Haus! Ich glaube, ich muß mich zuerst bei den Damen und Herren Professoren und Lehrern entschuldigen, daß ich in meiner Eigenschaft als ehemaliger Lehrling und Berufsschüler in diese wortgewandte Diskussion der Lehrer hier eingreife. (Abg. Karl Lackner: „Naturtalente haben wir alleweil gern!“)

Der Abschnitt 23, Unterabschnitt 231 „Fachliche, gewerbliche und kaufmännische Berufsschulen“ weist die beachtliche Ausgabenpost von rund 43,5 Millionen Schilling aus. Ohne Zweifel, meine Damen und Herren, ist der Aufwand für Berufsschulen beste, wachstumsfördernde Investition und ich brauche auch in diesem Kreis nicht über Wert, Wichtigkeit und Bedeutung einer gediegenen Berufsausbildung für den einzelnen Menschen, für die Wirtschaft und für den ganzen Staat zu sprechen. In unserem Bundesland stehen immerhin zur Zeit rund 21.500 junge Menschen in 9.500 Industrie-, Handels- und Gewerbebetrieben als Lehrlinge in Berufsausbildung. Es gibt annähernd 350 erlernbare Berufe.

In vielen Bereichen, wie wir ja schon gehört haben, zwingt uns die rasche Entwicklung zu Anpassung und zu Beweglichkeit. Dies ist im besonderen bei der Berufsausbildung der Fall. Die ständigen, raschen Änderungen im Produktionsprozeß, bei den verschiedenen Rohstoffen, haben zur Folge, daß die Beschäftigten immer wieder neuen Produktionsbedingungen ausgesetzt werden. Sie werden dadurch gezwungen, den erlernten Beruf ein oder mehrere Male in ihrem Leben zu wechseln. Es ist vorausgesagt, daß es viele Berufe, die heute die Vierzehn- oder Fünfzehnjährigen erlernen, wenn diese dreißig Jahre alt sein werden, nicht mehr geben wird. Und daraus ergeben sich zwangsläufig eine Reihe von Überlegungen. Vor allem, daß es in immer steigendem Maße notwendig sein wird, das berufliche Grundwissen umfassender zu gestalten und auf eine breitere Basis zu stellen, um die Mobilität der Arbeitskräfte zu erhöhen. Ob die heute bei uns übliche, die sogenannte „duale“ Berufsausbildung, das heißt Betrieb und Berufsschule, in der derzeitigen Form diese Aufgabe wird erfüllen können ist meines Erachtens fraglich. Natürlich kann und soll man die Lehre im Betrieb nicht abschaffen, aber eine Verschiebung zu einem erweiterten Berufsschulbesuch wird kommen müssen. Für die heutige Zeit ist die Lehrausbildung in vielen Fällen im Betrieb nicht auf ein umfassendes Grundwissen einer gesamten Berufsgruppe, sondern nur auf den einzelnen Betrieb abgestellt und das schränkt die Berufschancen natürlich ein. Dazu kommt noch, daß bei vielen Berufen sich in den Anforderungen

von der Handfertigkeit zum geistigen Wissen hin eine Verschiebung anbahnt.

Nehmen Sie, meine Damen und Herren z. B. einen Elektrotechniker, einen Radiomechaniker oder einen Fernschmechmechaniker. Sein Werkzeug besteht heute fast nur mehr aus einem Schraubenzieher, einer Zange und einem Lötkolben. Aber er muß eine ganze Menge wissen. Ob er dazu bei der achtwöchigen Berufsschule in der Lage ist, sich dieses Wissen anzueignen, ist sehr unbestimmt. Oder etwa einen kaufmännischen Lehrling in einem Selbstbedienungsladen. Wo soll da das für den kaufmännischen Beruf erforderliche Wissen, wie kaufmännisches Rechnen, Buchhaltung usw. herkommen?

Meine Damen und Herren, diese beiden Berufsgruppen zeigen den allgemeinen Trend besonders anschaulich. Das ist mir bei Untersuchungen der Prüfungsergebnisse aufgefallen. Im vergangenen Jahr haben in der Steiermark insgesamt 8.203 Lehrlinge ihre Prüfungen abgelegt. Davon haben 15,6 Prozent nicht bestanden. Aber beim Lebensmittelhandel waren es 39,5 Prozent, beim Textilwaren- und Bekleidungshandel 37,5 Prozent und beim Schuhhandel sogar 46 Prozent, die die Prüfung nicht bestanden haben. Bei den zitierten Elektrotechnikern waren es immerhin auch 30,6 Prozent, die mit „Nichtgenügend“ abschieden. Im Durchschnitt waren es aber rund 15 Prozent. Zum überwiegenden Teil sind diese jungen Menschen nicht bei den praktischen Prüfungen, sondern wegen mangelndem theoretischen Wissen gescheitert.

Ich glaube, meine Damen und Herren, dies ist ein ernster Hinweis, daß irgendetwas nicht in Ordnung ist. Grundsätzlich müßte einmal Übereinstimmung herrschen, daß es bei einem Lehrling nicht auf seine Beschäftigung, sondern auf seine Ausbildung ankommt.

Und ebenso wie man manchen Eltern und Jugendlichen die Schädlichkeit des sogenannten „Job-Denkens“ eindringlich vor Augen führen muß, nämlich, daß das Lehrverhältnis mit der geringen Lehrlingsentschädigung der Tätigkeit eines relativ gut bezahlten Hilfsarbeiters vorzuziehen ist, sind die Fälle, in denen Lehrlinge als billige Hilfskräfte verwendet werden, leider auch nicht selten. Ich weiß, daß gegen die Ausdehnung der Berufsschulzeit mit großem Widerstand auch von jenen zu rechnen ist, die sich mit der Ausbildung der Lehrlinge große Mühe geben. Das hat verschiedene Gründe, aber der wichtigste ist, glaube ich, die Rentabilität der Lehrlingshaltung, ein schlimmes Wort, weil „halten“ soll man sich ein Tier, aber keinen Lehrling. Aber, so frage ich, warum sollte man dieses Problem nicht dadurch lösen, daß man jene Betriebe — und das sind auch sehr viele — die keine Lehrlinge ausbilden und sich dadurch Mühen und Kosten sparen, durch eine Umlage zur Unterstützung und Förderung der Ausbildungsbetriebe heranzieht?

Meine Damen und Herren, einer der wesentlichsten Aktivposten der Wirtschaft ist die große Zahl von ausgezeichneten Facharbeitern, über die wir verfügen. Daß wir sie haben, ist ein Beweis für die Fähigkeiten und den beruflichen

Ehrgeiz unserer Menschen, aber auch dafür, daß unser Ausbildungswesen dennoch Großes geleistet hat. Umso wichtiger wird es sein, den Anschluß an die geänderten Verhältnisse nicht zu verlieren. Der Übergang zur zentralen Berufsschule mit zusammenhängender Unterrichtszeit war ein großer Fortschritt.

Die mit modernsten Maschinen und Geräten ausgestatteten Werkstätten, über die viele Berufsschulen verfügen, sind von allergrößter Nützlichkeit und Wichtigkeit. Denken Sie z. B. an einen Automechaniker-Lehrling in einer Spezialwerkstätte, von mir aus Volkswagen oder Opel oder sonstwo. Er kann ein guter Spezialist werden, aber einen Dieselmotor, den kennt er wahrscheinlich nur von dem Autobus, mit dem er täglich zur Arbeit fährt und sonst nicht. Oder wer lernt bei der Perfektion der Ersatzteile, die es heute gibt, mit einer Drehbank umzugehen? Ich könnte diese Beispiele noch lange fortsetzen. Mit einem Wort, je mehr sich die Ausbildung im Betrieb in Richtung Spezialisierung einengt, umso wichtiger wird die breitere Basis der Berufsschule sein. Dieser Trend zeichnet sich ab und wer ihm nicht folgt, der wird für den Schaden verantwortlich sein.

Meine Damen und Herren, nun möchte ich noch etwas zu den an die Landesberufsschulen angeschlossenen und von der Handelskammer geführten Internaten ganz kurz und bündig sagen:

Uns — und damit meine ich die Gewerkschaft — paßt es nicht, daß die Internatskosten von der Handelskammer ohne Mitspracherecht der Arbeitnehmervertretung festgelegt werden. Erstens handelt es sich dabei um eine nicht unwesentliche Belastung der Eltern — ich habe das bei mir, wenn es Sie interessiert — zweitens handelt es sich um eine Pflichtschule und der Lehrling wird eingewiesen. Er muß sich also den finanziellen Bedingungen unterwerfen und drittens gewährt das Land aus Budgetmitteln der Handelskammer einen Betrag von 1,3 Millionen Schilling für den Personalaufwand der Internate und darüber hinaus sind weitere 3 Millionen Schilling als Beiträge für die Heimerhaltung von Berufsschulen präliminiert. Ich will nichts sagen über die Qualität und die Führung dieser Heime, die im großen und ganzen gut sind und wo auch mit großem Idealismus vorgegangen wird. Aber das sind Gründe genug, um ein Mitspracherecht zu verlangen.

Meine Damen und Herren, wie drückend die Probleme der Berufsausbildung und der Berufsmobilität in kurzer Zeit geworden sind, beweist die Tatsache, daß das vor allem von den Gewerkschaften und von der Arbeiterkammer ich glaube schon seit 15 Jahren verlangte Berufsausbildungsgesetz derzeit im Parlament behandelt wird. Wie man hört, dürfte es zu einem brauchbaren Kompromiß kommen.

Auch dürfen wir in einzelne Bestimmungen des Arbeitsmarkt-Förderungsgesetzes einige Hoffnungen in dieser Hinsicht setzen. Zusammen also keine schlechte Ausgangsbasis für die großen Aufgaben, die zu bewältigen im Interesse der einzelnen Menschen, aber auch unserer ge-

samten Volkswirtschaft liegt. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Ich erteile Herrn Abg. Wuganigg das Wort.

**Abg. Wuganigg:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Am 23. Oktober dieses Jahres hat die Steiermärkische Landesregierung einstimmig beschlossen, das Bundesministerium für Unterricht zu ersuchen, in der nächsten Zeit einen Mittelschulneubau in Weiz zu errichten. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits alle Bedingungen erfüllt, die seitens des Bundesministeriums für Unterricht der Stadtgemeinde Weiz gestellt wurden. Diese Bedingungen waren hart. Ich habe bereits einige Male in diesem Hohen Haus dazu Stellung genommen. Ich will heute nur der Vollständigkeit halber hinzufügen, daß die Kosten, die die Stadtgemeinde Weiz im kommenden Jahr für die Mittelschule zu tragen hat, rund 750.000 Schilling betragen werden. Das ist erdrückend viel für eine Gemeinde, die selbst durch ihre Pflichtaufgaben überfordert wird. Es ist hinreichend bekannt, daß der Bau einer Mittelschule nicht zu den Pflichtaufgaben einer Gemeinde zählt, sondern eine ausgesprochene Aufgabe des Bundes darstellt. Wenn die Stadtgemeinde dennoch diesen Bedingungen zugestimmt hat, dann deswegen, weil es die einzige Möglichkeit war, überhaupt eine Mittelschule zu erhalten, ihr kein anderer Weg dazu blieb, eine Forderung unserer Zeit zu erfüllen, nämlich der Jugend durch den Besuch einer höheren Schule eine bessere Chance für die Zukunft zu geben. Darum hat die Stadtgemeinde Weiz diese Bedingungen angenommen. Aber es ist nicht nur diese finanzielle Belastung, welche die Stadtgemeinde Weiz an der Erfüllung ihrer kommunalen Aufgaben hindert. Jene Mittel, welche die Stadtgemeinde Weiz für die Mittelschule benötigt, fehlen auf der anderen Seite für die Pflichtschulen. Der ursprüngliche Plan, den Wechselunterricht durch den Bau einer Mädchenhauptschule endgültig zu beseitigen, ist dadurch unmöglich geworden. Selbst in der Volksschule droht wieder die Einführung des Wechselunterrichtes, wenn der Bund seine Aufgabe nicht erfüllt. (Landeshauptmann Krainer: „Sie überfordern den Bund! Sie fordern zuerst die Schule und dann rasch auch den Bau des Schulgebäudes!“)

Nicht für die Volksschulen. Wir müssen den Raum jetzt für die Mittelschule hergeben.

Weiz ist ein Schulzentrum geworden mit mehr als 2.700 Schülern, die dort in die Schule gehen. Trotz des Baues der neuen Knabenhauptschule, die allein 1.000 Schüler aufnimmt, mangelt es an Schulraum. Das wird nicht besser werden, denn in der Mittelschule, die derzeit 250 Schüler hat, wird sich diese Zahl allein im kommenden Schuljahr um 80 Schüler erhöhen. (Landeshauptmann Krainer: „Ein Rat. Aber nicht weitersagen. Verlangen Sie vom Herrn Landesrat Bammer mehr Bedarfszuweisungsmittel!“)

Das machen wir schon. (Landesrat Sebastian:

„Die Gemeinde soll für den Bund die Schule bauen, eine allgemeinbildende höhere Schule!“) Eben.

Das wird sich nun in den kommenden Jahren weiter fortsetzen. Die Schulraumnot wird immer noch größer werden und zwar dadurch, daß wir den Raum für die Mittelschule bereitstellen müssen. Es werden jedes Jahr zwei bis drei Klassen hinzukommen. Der Landesschulrat für Steiermark, welcher für die Dringlichkeitsreihung von Schulbauten in seinem Gebiet zuständig ist, hat im März dieses Jahres dem Bundesministerium für Unterricht vorgeschlagen die Errichtung eines Schulgebäudes für ein Bundesgymnasium in Weiz in das Schulbauprogramm des Jahres 1969 aufzunehmen. In diesem Schulbauprogramm des Bundes ist die Errichtung eines Schulgebäudes leider noch nicht vorgesehen. Trotz der Dringlichkeit, die von keiner Seite bestritten wird. Ich ersuche daher die Steiermärkische Landesregierung, die erforderlichen Schritte zu unternehmen und den Bund erneut zu veranlassen, den Bau des Mittelschulgebäudes in Weiz raschest durchzuführen. (Landeshauptmann Krainer: „Sie wollen die anderen zum Arbeiten einspannen. Tun Sie das selber!“)

Ich darf Sie erinnern, daß von Ihrer Seite ein diesbezüglicher Antrag vorliegt. Ich hoffe, Sie haben das nicht vergessen. Damit sind wir auf einer Ebene. Ich hoffe es wird gelingen, durch die Errichtung des neuen Mittelschulgebäudes die Schulraumnot endgültig zu beseitigen, denn die Kinder und Eltern sind letzten Endes die Opfer der Schulmisere, und der Stadtgemeinde Weiz die Erfüllung ihrer kommunalen Aufgaben zu ermöglichen. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist Herr Abg. Klobasa. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Klobasa:** Gestatten Sie, sehr geehrte Damen und Herren, daß ich nur einen Teilabschnitt der Gruppe 2, Schulwesen und zwar den Unterabschnitt 272, Bezirksbildstellen, aus der Sicht eines Schulmannes betrachte. Ich werde versuchen, es in aller Kürze zu tun, hoffe aber doch Wichtiges sagen zu können.

Als vor etwa 20 Jahren die Möglichkeit gegeben war, in den Schulen den Unterricht mit Stummfilmen würzen zu können, herrschte bei Schülern und Lehrern große Freude. Sie können sich keine Vorstellung davon machen, wie die Kinder, zumindest war es in meiner kleinen abgelegenen Landschule so, mitgingen und mitlebten mit diesen Stummfilmen. Auch die Bildserien, die uns im Laufe der Zeit zur Verfügung standen, fanden großen Anklang. Sogar die Eltern, meistens Bauern, baten, wenigstens über die Zeit der langen Wintermonate diese Filme sehen zu können und ich habe die Einnahmen den Laienspielgruppen, die ich zur Finanzierung meiner Schülerausflüge heranzog, noch hinzugefügt. Es war auch nicht immer einfach, in der Schule die Filmstunde abzuhalten, denn 1. hatte man nicht immer die Filme bekommen, die gerade zum Unterrichtsstoff paßten und 2. mußte man im Verein mit Schulkindern von einem Schulort ohne Postamt und ohne öf-



fentliche Verkehrsmittel, meistens mit Fahrrädern, bepackt mit Rucksäcken und Taschen, von der Bezirksbildstelle Geräte und Filme holen. Groß war die Enttäuschung, wenn man leer zurückkam. Auch das gab es leider manchenmal.

Die Entwicklung im Land nahm einen kolossalen Aufstieg. Auch auf dem Gebiet des Schulfilmes tat sich anfangs viel, um aber dann doch auf einer gewissen Stufe stehen zu bleiben. Immerhin stehen heute den Bezirksbildstellen rund 400 Filme und 360 Bildserien zur Verfügung. Die Freude an der Filmstunde ist nicht mehr so wie früher.

Bei der letzten Budgetdebatte wurde auch hier erwähnt, daß der Unterrichtsfilmbetrag eingestellt wurde.

Dies hatte zur Folge, daß kaum Geräte und Filme nachgeschafft bzw. neu angeschafft werden konnten. Die Schulen müssen daher meist alte Geräte verwenden, die sehr hinderlich sein können und die auch oft das Reißen einer Filmrolle verursachen. Auch die Filmserien konnten nur schleppend ergänzt werden.

Die Bezirksbildstellen erhielten durchschnittlich jährlich nur vier neue Filmrollen zugewiesen und das war viel zu wenig. Andere Bundesländer haben den Filmbeitrag wieder eingeführt und bei uns in der Steiermark hat, wie so oft, der Herr Landesfinanzreferent Dr. Schachner in dankenswerter Weise helfend eingegriffen.

Rund 2.000 Entlehnungen können wir pro Bezirk annehmen. 30 Prozent davon kommen wieder schadhafte in die Bezirksbildstelle zurück. Dies ergibt eine Mordsarbeit für die verantwortlichen Bildstellenleiter. Wöchentlich werden für das Kleben schadhafter Filme — diese müssen dabei mehrmals umgespult werden — vier bis fünf Stunden Mehrarbeit geleistet. Ich habe vorhin erwähnt, daß einerseits die alten Geräte aber andererseits auch die mangelhafte Betreuung der Apparate dazu beitragen. Es wäre nach Auffassung von Bezirksbildstellenleitern daher wünschenswert, wenn die Studenten schon in den Akademien einige Einführungsstunden im Gebrauch von Filmapparaturen hätten, um mit diesen Geräten umgehen zu lernen.

Tonfilmgeräte gibt es nur wenige an den Schulen. Solche Geräte können sich in der Regel nur große Schulen leisten.

Interessant für mich war auch die Feststellung, daß einige mittelgroße Hauptschulen kaum den Film benützen. Warum diese Abneigung besteht, konnte ich nicht erfahren.

Einige Filme unterliegen einem gewaltigen Verschleiß.

Es sind dies besonders Märchen- und Tierfilme. Duplikate wären unbedingt notwendig, denn auch die Qualität der Filmrollen ist nicht mehr entsprechend.

Es gibt aber auch eine ganze Reihe von Filmen, die fast nur mehr historischen Wert haben. Eine Abgabe in das Archiv würde in den Schulen kaum spürbar werden. Meistens stammen sie noch aus dem „tausendjährigen Reich“. Die Verkehrsfilm „Paß auf“ und „Gib acht“ entsprechen heute in keiner Weise mehr. Auch die Filmrolle „Der Kartoffelkäfer“, um hier nur ein

paar zu nennen, ist total veraltet. Hier wird z. B. noch das Finden des Käfers, das Melden beim Bürgermeister, die Verständigung der Bevölkerung und der Schule und das Suchen und Abklauben des Käfers durch die Schuljugend gezeigt. So war es früher einmal. Heut ist es wesentlich anders. Außerdem ist in diesen von mir angeführten Filmen noch der deutsche Gruß in aller Schönheit zu sehen.

Sehen Sie, sehr geehrte Damen und Herren, man spricht so viel von Fortschritt, warum sollte man nicht auch den Bildstellen das geben, was sie brauchen. Es kommt doch in erster Linie wieder nur unseren Kindern zugute und in zweiter Linie schaffen wir dadurch eine Ausgangsposition für die Zukunft unserer Jugend. Bessere Lernmöglichkeiten verhelfen zu größerer Leistung und der Leistungskampf wird immer härter.

Ich könnte noch eine ganze Reihe von Filmen und Bildserien aufzählen, die man ausscheiden könnte. Nicht nur, daß sie überholt sind, sind sie auch materiell und qualitativ nur noch eine Belastung und erfordern nur Mehrarbeit. Manche Bildstellen sind auch raummäßig nicht gut untergebracht; das soll aber nicht heißen, daß die Bildstellenleiter schlecht arbeiten, im Gegenteil, sie sind fleißig und sehr gewissenhaft und pflichtbewußt, auch wenn die Entschädigung weit unter der für einen Hilfsarbeiter liegt. Durchschnittlich erhält ein Bildstellenleiter einen Stundenlohn von 10 Schilling.

Abschließend möchte ich nicht den Eindruck hinterlassen, nur Negatives gesagt zu haben. Zu den von mir erwähnten Filmen gesellt sich eine reiche Anzahl von sehr guten und sehr brauchbaren Rollen. Aber dennoch dürfen wir uns mit dem Vorhandenen nicht begnügen. Die Zukunft liegt im Fortschritt und die Grundlagen dazu zu legen ist in erster Linie den Schulen überlassen. Es genügt daher nicht nur eine schöne, neue Schule, es gehören auch die guten Lehr- und Lernmittel in die Hand des Schülers und des pflichtbewußten Lehrers. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Ich schalte nun eine Lüftungspause bis 19.30 Uhr ein und übergebe den Vorsitz Herrn Präs. Koller.

Unterbrechung der Sitzung: 19 Uhr.

Fortsetzung der Sitzung: 19.30 Uhr.

**3. Präsident Koller:** Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Das Wort hat Abg. Vinzenz Lackner. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Vinzenz Lackner:** Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit die ersten Maturanten das Bundesrealgymnasium in Judenburg verlassen haben, sind mehr als 17 Jahre verflossen und noch immer hat dieses Bundesrealgymnasium an einer Schulraumnot ohnegleichen zu leiden. So hat dieses Bundesrealgymnasium keinen eigenen Turnsaal, keinen Zeichensaal, keine Physikräume und dergleichen mehr. Das Stammgebäude wurde in der Kriegszeit von Berufsschülern erbaut; 1945 diente es

vorübergehend als Lazarett. Seit zehn Jahren ertönt der Ruf nach einem Neubau. Zur Zeit sind 700 Schüler am Bundesrealgymnasium in Judenburg in fünf verschiedenen Gebäuden untergebracht, die mehr als 20 Minuten Gehzeit von einander entfernt liegen. Wir haben heute schon so viel gehört über das Bundesrealgymnasium in Weiz und dergleichen, deshalb habe ich mich auch eingeschaltet. (Landeshauptmann Krainer: „Das sind doch Bundesrealgymnasien, da sind diese 20 Minuten doch keine Angelegenheit!“)

Mehrmals muß die Bundesstraße 17 an den gefährlichsten Stellen von den Schülern überquert werden. Es gibt Klassenzimmer, die noch ganztätig beleuchtet werden müssen, auch im Sommer bei schönstem Sonnenschein. Von den sanitären Anlagen, gar nicht zu reden. Ein Teil der Schüler muß über die Straße in das Bezirksgericht gehen und dort das Parteien-Klosett aufsuchen. Wie schwer die Eltern und die Professoren darunter zu leiden haben, sieht man am besten bei den Sprechtagen, wenn die Eltern von einem Ende der Stadt zum anderen hin und herlaufen müssen, damit sie alle Lehrer sprechen können. (Landeshauptmann Krainer: „Sie müssen sowieso von einem Lehrer zum anderen gehen!“)

Aber ob das in einer Schule geschieht oder aufgeteilt auf eine ganze Stadt, das ist ein Unterschied! Versprechungen, daß gebaut wird, gibt es schon lange. (Landeshauptmann Krainer: „Kein Plural!“)

Wenn ihr dort baut, wo es versprochen wurde und die Dringlichkeit zuerkannt wurde, dann kommt als Erstes Judenburg dran. 1965 wurde die Zusage von der Beistellung des Baugrundes abhängig gemacht und es hat heute schon durchgeklungen, daß der Bund sich an den Gemeinden gesundstoßen will, weil es ja mitunter geradezu eine Erpressung ist, so eine Lehranstalt davon abhängig zu machen, daß die Gemeinden den Baugrund dazu beistellen. 1966 . . . (Landeshauptmann Krainer: „Ich verlange demnächst von Dir Beistellung eines Autos für die Landesregierung!“)

Das würde sich nicht ausgehen bei mir, denn mehr als einen Volkswagen kann ich mir nicht kaufen und die Regierung fährt ja nur Mercedes. (Gelächter.)

1955 wurde die Größenordnung festgestellt und dabei wurde Judenburg als dringlich vorangestellt, jedoch hat man bezweifelt, daß — so wie die Professoren und die Schulbehörden vorschlugen — das die richtige Größe wäre. Seither ist das aber schon längst überholt, weil diese Größenordnung heute nicht mehr stimmt und das alles heute bereits zu klein ist. 1967 wurde abermals die Dringlichkeit anerkannt und versprochen, mit dem Bau zu beginnen. (Landeshauptmann Krainer: „Mit der Planung!“)

1968, Herr Landeshauptmann, ist wieder verflossen und es ist nichts geschehen. Trotz Grundbeistellung und Erfüllung aller Wünsche, die der Bund daran geknüpft hat. Es ist daher kein Wunder, wenn das Bundesministerium für Unterricht unglauwbüdig geworden ist.

Als dann im Oktober die Schüler einen Protestmarsch unternahmen, an dem kein einziger Schüler gefehlt hat. (Landeshauptmann Krainer: „Nur Geld habt Ihr keines gebracht! Mehr Geld muß her!“), so waren das keine „Radikalinski“ (Landeshauptmann Krainer: „Das wäre ja noch schöner, die Kinder auch schon!“), wie man es sonst von den Studenten hört, sondern das war eine anständige Jugend — es sind ja nicht mehr lauter Kinder — die einen Schweigemarsch veranstaltet hat, um die Bevölkerung aufmerksam zu machen. (Landeshauptmann Krainer: „Nur zählt die Bevölkerung nichts!“)

Und dieser Schweigemarsch war ein echter Trauermarsch. Die lückenlose Beteiligung an diesem Marsch war der Notschrei der studierenden Jugend im obersteirischen Industriegebiet. Ebenso war die Protestversammlung und der Schulstreik ein solcher Notschrei. Der Saal war voll besetzt, 600 Eltern aller Schichten und aller Kreise waren vertreten ohne Unterschied.

Der Obmann dieser Elternvereinigung, Sägewerksbesitzer Ing. Koller, der Obmann der Schulgemeinschaft, einer der Maturanten Klaus Bachler, der Obmann der Freunde des Gymnasiums, Stadtrat Holzer und nicht zuletzt Nationalrat Sepp Schlager haben zu den Eltern gesprochen und die Probleme aufgezeigt. Einhellig hat die Versammlung festgestellt, daß das keine politische Angelegenheit ist, daß sie auch nicht verpolitisiert werden darf, sondern alle Sprecher waren Dolmetscher für Schüler und Professoren. Im Schuljahr 1969/70 haben wir bereits viel zu wenige Klassenzimmer. Wenn wir bis jetzt drei 1. Klassenzüge gehabt haben, so brauchen wir jetzt vier Klassenzüge. Aber man weiß nicht wohin. (Landeshauptmann Krainer: „Das ist doch nicht nur in Judenburg!“)

Wenn früher der Herr Kollege Professor Eichtinger gesagt hat, daß man nicht genug dafür tun kann, um die Bildungsmöglichkeit zu fördern, so ist es in Judenburg so, daß die bildungshungrige Jugend abgewiesen werden muß. Alle Redner ohne Unterschied haben den Beifall der ganzen Versammlung gefunden. Aber wenige Stunden zuvor ist das Telegramm von Bautenminister Kotzina als Ersatz für die Versprechungen vom Unterrichtsminister eingetroffen. (Landeshauptmann Krainer: „Das war falsch, das hätte man nicht schreiben sollen. Es hätte genügt, wenn man es dem Landesschulrat gesagt hätte!“)

Aber auch nur mit einer halben Zusage, nachdem darin enthalten ist, man könnte, wenn man jetzt schnell ausschreibt, nach der konservativen Bauweise immerhin in drei bis vier Jahren zu dem Gymnasium kommen. Aber, wenn die Judenburger zufrieden sind, daß man statt 1969 oder 1970 erst im Jahre 1971 baut und dafür mit einer Fertigteilbauweise beginnt, dann könnte man das in einem Jahr haben. Interessant dabei ist, daß man vor der Wahl 1966 schon fix versprochen hat und jetzt schiebt man es auf die nächste Wahl hinaus, um wieder Hoffnungen zu erwecken. Damit geschieht in Judenburg nichts und ist die Schulraumnot in keiner Weise behoben.

Es waren aber auch alle Körperschaften und Abgeordneten eingeladen. (Landeshauptmann Krainer: „Es hat uns niemand eine Hilfe gebracht. Alle haben nur gefordert!“)

Na ja, wenn deshalb die ÖVP-Abgeordneten daheim geblieben sind, verstehe ich es. Sonst hätte ich daran glauben müssen, daß sie durch das Telegramm einen Wink bekommen haben, sie sollen nicht hingehen. Wenn es aber so ist, daß sie wegen des Geldes nicht hingegangen sind, dann verstehe ich es. Dann muß man es den Leuten früh genug sagen, nicht jedem versprechen. Es dreht sich nur darum, daß man immer wieder nur versprochen hat. Schon zur Zeit als Nationalrat Schlager noch da war, hat er auch fleißig urgiert und ist die Dringlichkeit Nr. 1 für Judenburg zuerkannt worden. Jedenfalls ist den Schülern in Judenburg damit in keiner Weise gedient. Das Beispiel Judenburg zeigt, daß in Österreich noch lange keine Bildungsmöglichkeit möglich ist.

Wir als die sozialistischen Abgeordneten haben in der 37. Sitzung im Oktober einen Antrag eingebracht. Wir würden uns sehr freuen, wenn die Abgeordneten der ÖVP diesen Antrag unterstützen würden, so daß man in Judenburg raschest zum Bauen kommt. (Landeshauptmann Krainer: „Es ist alles ein Luftgeschäft!“)

Es gibt heute Baufirmen, die so versiert sind, daß diese Planung, insbesondere wenn es sich um die Fertigteilbauweise handelt, nicht so viele Jahre in Anspruch nimmt. Ein Beispiel wäre in nächster Nähe eine leistungsfähige Firma in Zeltweg. Das Bürohaus und das Schulhaus brauchen heute nicht mehr im konservativen Baustil gebaut werden. Es wird im Winter geheizt, so daß die Außenwände mehr oder weniger nicht die Rolle spielen. Notwendig ist, daß die Schulraumnot echt behoben wird. Darum bitte ich, daß alle unsere Anträge unterstützt werden. Erst dann, wenn der Bau begonnen sein wird, wenn die Caterpillars und Baumaschinen auf dem Lindfeld in Judenburg rasseln, wird die Bevölkerung von Judenburg an die Einlösung dieses Versprechens glauben. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident:** Ich erteile Herrn Abg. Gerhard Heidinger das Wort.

**Abg. Gerhard Heidinger:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem noch sehr viele erlauchte Redner nach mir angemeldet sind, werde ich mich kurz fassen. Aber einige Dinge muß ich doch sagen. Das Schulgesetzwerk 1962 steht, nachdem man vorher seine Initiatoren gebührend gelobt und gefeiert hat, nun auf einmal im Mittelpunkt heftigster Kritik. Die einen bezeichnen es als den Stein des Weisen, einer hat sogar gesagt, es sei das Ei des Columbus, andere meinen, es sei unsinnig, eher verbrecherisch. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, warum diese heftige Kritik? (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Ja, was glauben denn Sie?“)

Heftig deswegen, weil man einfach darauf vergessen hat, daß man ein beschlossenes Gesetzeswerk im Laufe der Zeit auch realisieren muß

und die entsprechenden Voraussetzungen, um einen Unterricht durchzuführen, schaffen muß. Man hat vergessen, daß die entsprechenden Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden. (Landeshauptmann Krainer: „Mich wundert es, daß ein Bürgermeister, der die Dinge viel genauer kennt, so redet!“)

Herr Landeshauptmann, ich komme dann gleich darauf. Wenn man sechs Jahre Zeit hat und nichts tut, sich nur der Hoffnung hingibt, es wird schon gehen, dann muß die Misere vollständig sein.

Man hat — und das muß unwidersprochen sein — geglaubt, es wird schon gehen und hat dabei tatsächlich übersehen, die Voraussetzungen zu schaffen. (Landeshauptmann Krainer: Wer hat das geglaubt, der Drimmel oder der Waldbrunner, beide oder nur einer?“)

Herr Landeshauptmann, Sie hindern mich daran, kurz zu sein. Ich sage es Ihnen gleich. Ich frage Sie, wer war von 1945 bis dato Unterrichtsminister? Wer war dafür verantwortlich und dafür zuständig? (Landeshauptmann Krainer: „Die Gesetze haben wir aber miteinander beschlossen!“)

Natürlich haben wir das Gesetz miteinander beschlossen. Es gibt auch einige mutige ÖVP-Politiker, die sich dazu bekennen. Hier z. B. der Nationalrat Harwalik, der aus seinem Herzen keine Mördergrube macht und sagt, er hat mitgearbeitet und steht dazu. (Landeshauptmann Krainer: „Zum Gesetz stehen wir alle, nur die Schulen und die Lehrer, die wir brauchen, haben wir nicht!“)

Selbstverständlich sind Aspekte, die 1962 gültig waren, heute nicht mehr unbedingt gültig. Man würde vielleicht, wenn man dieses Gesetz nunmehr einer Beschlußfassung zuführen müßte, es anders beschließen. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wer hat denn das Unterrichtsministerium daran gehindert, sich von 1962 bis 1968, so wie Sie Herr Landeshauptmann gesagt haben, etwas einfallen zu lassen. Warum hat man sich nicht einfallen lassen, das 13. Schuljahr mit neuen Bildungszielen auszustatten. Man hat einfach die Zeit hier verschlafen. Nun beginnt man das Gesetzeswerk zu kritisieren. Man beginnt es herabzusetzen. So wie man hier nun eine sogenannte Alibi-Demokratie mit der Volksabstimmung bei den Eltern macht. Herr Landeshauptmann, ich bezeichne es nicht anders als Alibi-Demokratie, weil man die Eltern nicht informiert. Ich habe auch einen Mittelschüler in der Familie und habe auch ein solches Schreiben zur Abstimmung in die Hand bekommen. Man sagt einfach, seid ihr für oder gegen das 13. Schuljahr, man sagt nicht dazu, warum man dafür oder dagegen sein sollte. Man macht keine entsprechende Elternaufklärung. (Landeshauptmann Krainer: „Das steht so in der Zeitung!“)

Es steht sehr vieles verdreht in der Zeitung. (Landeshauptmann Krainer: „In der ‚Neuen Zeit‘!“)

Sie werden mir doch nicht zuschieben, daß ich die ‚Neue Zeit‘ meine!

Aber, meine Damen und Herren, der Lehrermangel ist doch nicht etwas, das von heute auf morgen aufgetreten ist! Wir Sozialisten haben in diesem Hohen Haus mehrmals Anträge gestellt. Wir haben versucht, mit einer Werbeaktion einzugreifen. Ja, meine Damen und Herren, wenn 1967 die erste Werbeaktion für den Lehrerberuf gestartet wurde, dann war das einfach zu spät. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. Dr. Koren: „Und bis dorthin ist nichts geschehen, Maturantenlehrgänge usw.“)

Das habe ich nicht gesagt, Herr Landeshauptmannstellvertreter. Ich habe nicht behauptet, daß nichts geschehen ist. Aber Sie werden meiner Behauptung, daß wir in der Steiermark mehr ... (Landesrat Sebastian: „Herr Präsident, ich bitte um mehr Objektivität, es sind heute schon Leute gerügt worden wegen Zwischenrufen aus der Regierungsbank!“)

Mich stört's nicht. Wirklich nicht. (Abg. Ilcschitz: „Das ist aber Sache des Vorsitzenden, das zu verhindern. Der Herr Landeshauptmann Krainer sitzt auch hier herunter, wenn er reden will!“)

Herr Landeshauptmannstellvertreter, Sie werden doch nicht leugnen wollen, daß wir heute in der Steiermark einen Fehlbestand von ungefähr 1000 Lehrern haben. Das wird man doch nicht vom Tisch wischen wollen! Sehr verehrter Herr Landeshauptmann, ich bin doch kein Miesmacher und Schwarzmalerei, wenn ich feststelle, daß in der Steiermark 1.000 Lehrer zu wenig sind, das heißt, daß an keiner einzigen steirischen Schule jene Lehrer vorhanden sind, um einen optimalen Unterrichtserfolg zu erzielen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie glauben, daß dieses Hohe Haus nur dazu da ist, daß man hier Weihrauch versprüht und daß man den Dingen nicht auf den Grund gehen darf, daß man nicht aufzeigen kann, was hier tatsächlich im Lande vor sich geht, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann beantrage ich noch eine Lüftungspause, damit der Weihrauch beim Fenster hinausgehen kann. (Landesrat Peltzmann: „Auch der Weihrauch für den Landesfinanzreferenten!“)

Ich mache hier niemandem Vorwürfe. Ich stelle nur fest, daß der Lehrermangel akut ist. Und darüber kann man diskutieren. (Abg. Pabst: „Das wissen wir eh!“)

Da habe ich was davon, wenn Sie es wissen, da haben die Kinder was davon, wenn sie wissen, daß wir zu wenig Lehrer haben. (Abg. Pabst: „Ich habe eigene Kinder, die in die Schule gehen!“)

Ich auch. Sollen wir vielleicht konkurrieren, wer mehr hat? Ich habe vier, Herr Kollege. Weil Sie das Thema anschneiden, darf ich gleich noch einmal zum neunten Schuljahr der Mittelschule zurückspringen. Ich habe nämlich einen solchen Schüler, der jetzt in der 6. Klasse ist, der also schon das neunte Schuljahr über sich ergehen lassen müßte. Nun, wenn nun das neunte Schuljahr, wie man will, sistiert wird, ausgesetzt wird, dann wird mein Sohn mit einer „amputierten Bildung“, wenn ich so sagen darf, aus dieser Schule herauskommen. Meine sehr

verehrten Damen und Herren, das mag alles sehr lustig sein und sehr lustig klingen. Tatsache aber ist, daß er nicht jenen Bildungsgang und jene Ausbildung erreicht, die er erfahren müßte. Schauen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, den gleichen Wirbel haben wir mit dem neunten Schuljahr mit den polytechnischen Lehrgängen gehabt! Was hat da die Wirtschaft aufgeführt, was alles über uns hereinbrechen wird! Und siehe da! Nun hat man selbst aus dem Munde des Herrn Landeshauptmannstellvertreters gehört, daß das Ganze ein voller Erfolg war. Ein voller Erfolg! Weil die Gemeinden — nun komme ich zu Ihnen, Herr Landeshauptmann — im Verein mit dem Land die Voraussetzungen schon rein räumlich geschaffen haben. Zumindest so, um den Unterricht dort aufrecht erhalten zu können. (Abg. Scheer: „Das ist sehr übertrieben!“ — Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Das ist eigener Weihrauch!“ — Weiter unverständliche Zwischenrufe — Präsident: „Ich bitte den Redner, fortzusetzen!“)

Eines steht fest und darüber haben wir hier in diesem Haus schon mehrmals gesprochen, es hat Startschwierigkeiten gegeben, weil jeder Bürgermeister geglaubt hat, er muß seinen eigenen polytechnischen Lehrgang haben. Ich habe keinen. Ich hab ihn von Haus aus abgelehnt, weil ich der Meinung bin, daß man mit nur einigen Schülern diesen polytechnischen Lehrgang nicht aufziehen kann und weil ich immer der Meinung war, man müßte eigene polytechnische Schulen gründen, um hier in der Konzentration eine Differenzierung nach Bildungsgrad und Bildungsniveau durchführen zu können.

Ich komme nun zum Schluß: Ich möchte nur noch ein Ding anschneiden und zwar das Problem der Schüler, die hier in Graz eine allgemeinbildende höhere Schule besuchen und hier in Internaten und Schülerheimen untergebracht sind. Ich möchte dazu eines sagen: Mit dem Landesschülerheim 3 geht es drunter und drüber. Da jagt ein Antrag den anderen und eine Anfrage die andere. Die Unsicherheit an und für sich aber ist noch immer nicht kleiner geworden. Wir müssen uns nun tatsächlich einmal im Schoße — das heißt ich bin ja nicht in der Regierung (Landeshauptmann Krainer: „Sie sind eingeladen!“) — also die Regierung müßte, besser gesagt (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Wen wollen Sie in der Regierung verdrängen?“), — noch nicht, ich möchte ja ganz etwas anderes werden, aber das sage ich nicht — (Zwischenruf von der ÖVP: „Wahrscheinlich Unterrichtsminister!“)

Nein. Aber bitte, meine Damen und Herren, man müßte sich nun endlich einmal klar werden, ob wir dieses Landesschülerheim 3 existieren lassen oder ob wir es sistieren und — wie es das Bundesheer möchte — schleifen, aber dieses Hin und Her, dieses Ungewisse müßte endlich einmal beseitigt werden!

Nun darf ich nur noch eines sagen, die Sozialistische Fraktion hat einen Antrag hier im Hohen Haus eingebracht, der sich mit einem Schulkonzept, also mit der Erstellung eines

Schulkonzeptes beschäftigt. Wir meinen hier, man müßte sich einmal klar darüber werden, wo man etwa in den nächsten 10 oder 15 Jahren Schulzentren schafft, man müßte sich darüber klar werden, ob die einklassigen Schulen etwa aufgelöst werden sollen und man müßte sich einmal klar werden, daß man einklassige Schulen überhaupt nicht mehr baut, sondern etwa einen Schulautobus zur Verfügung stellt. Ich sage das deswegen, damit wir uns nicht in zehn Jahren wieder den Vorwurf machen müssen, daß wir von der Situation überrollt wurden.

Abschließend nur noch eines: Auch die ÖVP hat einen Antrag eingebracht und zwar, man möge sozusagen Fremdsprachenklubs und Circles bilden. Schauen Sie, wenn man aber auf der anderen Seite den Englisch-Unterricht im zweiten Klassenzug der Hauptschulen streicht, so steht das irgendwie im Widerspruch damit. Ich werde nicht darauf eingehen, ich möchte nur sagen, der zweite Klassenzug ist ja nicht die ewige Verdammnis, dort bleiben zu müssen. Und wenn jemand Startschwierigkeiten hatte in der Hauptschule etc. etc. und nun erfängt er sich sozusagen und hätte nun die Möglichkeit auf Grund seiner Leistungen in den ersten Klassenzug überzutreten, fehlt ihm nun auf einmal die Fremdsprache, es fehlt ihm der Englisch-Unterricht. Hier ist also — im Boxerjargon ausgedrückt — jedes Comeback, sobald er einmal im zweiten Klassenzug ist, unmöglich und er hat niemals mehr die Chance, wieder in den ersten Klassenzug zu kommen oder etwa gar eine höher bildende Schule weiter zu besuchen. Meine Damen und Herren, Sie haben mir so aufmerksam und ohne viel Zwischenrufe zugehört, daß ich abschließend John F. Kennedy zitieren darf, der sagt: „Unser Fortschritt als Nation kann nicht größer sein als der Fortschritt unseres Bildungssystems.“ Ich möchte sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren, beherzigen wir diese Worte. Ich danke Ihnen. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident:** Ich erteile der Frau Abg. Egger das Wort.

**Abg. Egger:** Meine Damen und Herren! Es wurde mehrfach darauf hingewiesen, daß unsere Jugend durch ihre Ausbildung nicht immer in jene Berufe hineinkommt, die die zukunftsreichsten sind. Wir haben sowohl in Österreich wie in anderen Ländern z. B. die Erscheinung, daß die Naturwissenschaften und die Technik weniger gewählt werden, während andere Berufe bereits überfüllt sind. An der Grazer Universität haben die Studierenden der Naturwissenschaften seit 1960 um nur 10 Prozent, dagegen die Juristen immerhin um 30 Prozent zugenommen. Wir wissen aber, daß es verschiedentlich stellensuchende Juristen gibt. Noch anders ist die Lage an der Technik. An unserer Technik hat die Zahl der Hörer des Maschinenbauwesens und der Elektrotechnik sogar von 2.022 im Jahre 1960 auf 1.468 abgenommen. Sie sehen, dieser Trend

ist sehr interessant, ich glaube auch folgenreicher.

Wahrscheinlich fördert auch der sehr unterschiedliche Ausbau des allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulwesens diese Einseitigkeiten. Sogar dort, wo die Berufsaussichten leicht erkennbar wären, z. B. bei der Fachwahl der Hauptschullehrer, gibt es diesen Unterschied zwischen dem was als Beruf gewählt und dem was gebraucht würde. Das wurde heute schon erwähnt. Moderne Strömungen scheinen oft stärker als sachliche Gründe bei der Berufswahl mitzuwirken. Aber die Berufsmöglichkeiten sind heute tatsächlich unüberschaubar geworden, die Wege der Lehr- und Berufsausbildung länger und vielfältiger. Dabei fehlt es an Informationsmöglichkeiten für Eltern und Jugendliche und ebenso an der persönlichen Beratung über diese Probleme. Damit wir uns nicht in kürzerer oder längerer Zeit wieder den Vorwurf machen müssen, daß wir zu wenig getan haben um diesen Übelständen abzuweichen, haben wir einen Resolutionsantrag eingebracht, daß eine Bildungsberatung geschaffen werden möge, die schon während der Schulzeit (vor allem dann, wenn Übergangsmöglichkeiten kommen, also in der 4. Klasse der Untermittelschule oder in der 8. Schulstufe der Volks- und Hauptschulen) den Eltern und Kindern Information gibt und sie berät. Ich möchte bitten, daß Sie diesem Resolutionsantrag die Zustimmung geben.

Hinsichtlich der Entwicklung unseres Schulwesens sehen wir, daß Österreich in einer außerordentlich dankenswerten Anstrengung im letzten Jahrzehnt seine allgemeinbildenden höheren Schulen verdoppelt hat. Auch das technische und gewerbliche Schulwesen und der landwirtschaftliche Zweig der Fachschulen wurde ausgebaut. Nicht vermehrt wurden die Sozial- und Frauenberufsschulen. Z. B. die einjährige und die mehrjährige hauswirtschaftliche Schule, ausgenommen um einige Privatschulen. Brauchen wir diese Ausbildung wirklich nicht vermehrt? Heute ist mehrfach aufgezeigt worden, daß z. B. die Automation ganze Berufszweige dezimiert. Alle diese überflüssig gewordenen Arbeitskräfte werden nicht nur eine neue Stelle, sondern eine neue Arbeit finden müssen. Also eine ungelernete Arbeit. Sie entspricht nicht mehr der ursprünglichen Ausbildung und wird daher ohne Spezialkenntnis ausgeübt. Mehr Stellen wird es, außer im Lehrberuf in steigendem Maß in sogenannten tertiären Bereich, also den Dienstleistungsberufen geben — Fremdenverkehrsberufe, Pflege-, hauswirtschaftliche und verschiedene Sozialberufe. Für viele dieser Berufe sind die Frauenberufsschulen die spezifische Ausbildung oder die beste Vorbereitung vor der eigentlichen Ausbildung z. B. für Krankenpflege. Diese Frauenberufsschulen geben den Absolventinnen neben einer sehr guten Allgemeinbildung und der hauswirtschaftlichen Fachausbildung noch ein Drittes mit, nämlich eine sehr gute allgemeine Arbeitshaltung und eine Erziehung zum Dienst am Mitmenschen. Diese gründlich eingeprägte Gesamthaltung kommt später jeder Berufsausbildung und auch der Familie zugute und sie erleichtert



den Arbeitsplatzwechsel, der uns prophezeit ist.

Andere Länder beneiden uns um diese Berufsform. Ich habe das in Brüssel bei einem Europaseminar über Fachausbildung für Mädchen gesehen, zu dem ich als Vertreterin Österreichs entsandt wurde. Nur bräuchten wir eben mehr solche Schulen. Doch die bestehenden müssen jedes Jahr ungezählte Bewerberinnen abweisen und zwar besonders in der Steiermark. Wie wollen wir unseren Fremdenverkehr ausbauen, ohne solche geschulten Kräfte zu haben. Die Frauenberufsschulen ersparen das polytechnische Jahr. Daher mögen mehr Haushaltungsschulklassen anstelle polytechnischer Klassen errichtet werden. Wir haben auch dazu einen Resolutionsantrag. Ich habe früher auch erwähnt, daß für die Ausbildung zu Sozialberufen mehr von der öffentlichen Hand getan werden müßte.

Eine Vorrednerin hat erwähnt, daß unsere Fürsorgerinnenschule sehr schlecht untergebracht ist. Wir beantragen auch hier, daß diese Schule einen Neubau bekommt. Es muß kein aufwendiges Schulgebäude sein, aber ein Neubau ist unbedingt erforderlich. Für die Krankenpflegeausbildung wurde in der Steiermark in den letzten Jahren sehr viel geleistet. Die Einweihung des neuen Landesinternates für die Schwesternschülerinnen am vergangenen Samstag und die dabei genannten stark gestiegenen Schülerzahlen beweisen das deutlich. Das neue Internat (ich selbst habe es vor zehn Jahren hier in der Budgetdebatte zum ersten Mal beantragt) ist eine große Leistung und im großen und ganzen ein schönes Haus. In allen Reden wurde aber betont, daß nicht das Haus, sondern der Geist in diesem Haus entscheidend sein wird für die Ausbildung der künftigen Krankenschwestern. Die geplante Internatsordnung bietet jedoch keine Gewähr, daß dieses Internat den Schülerinnen zu einem wirklichen Zuhause werden kann, in dem sie jene Erziehung, seelische Betreuung und Geborgenheit finden können, die eine dringend nötige Ergänzung zu den schweren Belastungen ist, die ihre Ausbildung mit sich bringt. Darum gibt es überall auf der Welt bei den Krankenpflegeschulen Internate und auch das österreichische Krankenpflegegesetz fordert sie. Menschliche Betreuung kann aber nicht, besonders bei jungen Menschen, in einem Bienenstock oder einer Kaserne vor sich gehen. Da ist echter Kontakt zwischen der Schülerin und den Erziehern nötig. Deshalb sieht das Gesetz die internatsmäßig geführte Schule vor, das heißt, daß das Internat Bestandteil der betreffenden Schule ist. Der Entwurf sieht das aber nicht vor. Das Landesinternat ist auch jetzt noch in drei Häusern untergebracht (LKH, Wickenburggasse und Roseggerweg). Es wohnen 450 Schülerinnen aus drei verschiedenen Krankenpflegeschulen bzw. der Vorschule darin. Der Internatsordnungsentwurf sieht nur eine Internatsoberin vor, die folgende Dienstobliegenheiten hat:

Leitung und Beaufsichtigung des gesamten Internatsbetriebes, insbesondere die Betreuung und Beaufsichtigung der Schülerinnen sowie die Handhabung der Disziplinargewalt über die

Schülerinnen. Das ist nicht meine Formulierung, das ist zitiert aus dieser Ordnung. Also nicht die Schule hat die disziplinäre Gewalt, sondern das Internat.

Das ist ein rein zentralistisches Denken ohne Ahnung davon, daß ein Internat, und gerade dieses, ein Zuhause sein sollte. Die Oberin soll aber auch den im Internat geführten Schulbetrieb der allgemeinen Krankenpflegeschule leiten und beaufsichtigen, sofern sie Lehrschwester dieser Schule ist. Die jetzige Internatsoberin ist Lehrschwester dieser Schule.

Ebenso hat die Internatsoberin die Vorschule zu leiten und zu beaufsichtigen, sofern sie Oberin dieser Vorschule ist. Sie ist es, und die Vorschule ist in den letzten Jahren von etwa 40 auf 200 Schülerinnen gewachsen.

Außerdem hat die Internatsoberin auch die Angelegenheiten und die Diensterteilung des Lehr-, Erzieher- und Hauspersonals über.

Das Mißverhältnis, diese Pflichten erfüllen zu können, und der vollen Macht über alle Menschen, die in diesem Internat leben und arbeiten, ist wohl so offensichtlich, daß ich mich nicht über die Auswirkungen verbreitern muß, sondern das Ihrer Phantasie überlassen kann. Eines ist sicher, daß diese lebensfremde Ordnung nur aus einer völligen Verkennung der Bedingungen und Aufgaben des Internates kommen kann, denn ich kann nicht annehmen, daß man vorsätzlich ein schönes Werk und auch einen Menschen durch solche Überlastung ruinieren will. Die menschliche Betreuung der Schülerinnen wird ohnedies erschwert durch das übergroße Haus, die wenigen und kleinen Gemeinschaftsräume und die völlig phantasielose Einförmigkeit aller Schülerrinnenzimmer.

Vor allem ist eine klare Trennung zwischen der pädagogischen Führung, die allein den Schülern mit ihren Lehrschwestern und Erzieherinnen obliegen soll, und der Wirtschaftsleitung durch eine Hausbeamtin oder Hausmutter für das ganze Haus vorzunehmen.

Ähnlich wären auch andere Punkte des Internatsordnungsentwurfes zu beanstanden. Er ist im ganzen weder sachlich noch rechtlich und pädagogisch gerechtfertigt und ist auch in einem für Frauen und Mädchen ungeeigneten Ton gehalten. Ich erinnere nur an das Wort „Disziplinargewalt“, das auch in Schulordnungen sonst nirgends üblich ist. Und warum hat man diesen Entwurf nicht rechtzeitig vorbereitet? Er ist auch in die Regierung später gekommen als das Heim bezogen wurde. Die Bauzeit war schließlich lang genug. Jetzt wird es für alle Beteiligten im Haus, die sich sehr geplagt und auch das Mögliche geleistet haben, viel schwerer sein.

Auch die Verwendung zweier bisher als Internat gebrauchter Häuser als künftiges Wohnheim für die übrigen Schüler und Schülerinnen der berufsbildenden Schulen des Landes, sowie für männliche Vorschüler und die geplante Wohnordnung für dieses Haus müßten gründlich durchdacht werden, so begrüßenswert eine solche Wohnmöglichkeit ist.

Kann man denn überhaupt die 15- bis 17jährigen Buben einer Vorschule (die allerdings noch

nicht besteht, denn das Ganze ist ja ein Plan) ohne Erziehungsaufsicht zwischen den anderen Studierenden, die zwar gerade eben erwachsen, aber auch noch sehr jung sind, wohnen lassen?

Ein weiteres Problem liegt bei der Vorschule für Mädchen. Haben wir wirklich die sachlichen und personellen Voraussetzungen für die jetzige Zahl der Schülerinnen, sie so sinnvoll beschäftigen und überwachen zu können, um die Verantwortung für die jungen Mädchen und auch für die großen Aufwendungen dieses Praktikums tragen zu können?

Sehr bedauerlich ist dagegen, daß der Herr Landesrat Sebastian sich die Möglichkeit entgegen ließ, entsprechend unserem vorjährigen Antrag eine Schule zur Fort- und Weiterbildung der Schwestern nach Graz zu bringen. Der sachliche Aufwand wäre gering gewesen, Lehrer sind ebenfalls durch die Universität usw. in Graz zu finden. Jetzt werden die Schwestern mit großen Kosten nach Wien oder Innsbruck zur Weiterbildung und Fortbildung geschickt werden müssen.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, wie viele Probleme im Zusammenhang mit dieser im Vorschlag so unscheinbaren Gruppe 24 stehen, Probleme, die auch mit an die Wurzeln der Schwierigkeiten unserer Zeit rühren. Daher bitte ich alle Verantwortlichen, ihre Bemühungen zu verstärken, um diese Probleme zu lösen. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Der Herr Abg. Ing. Koch hat als nächster Redner das Wort.

**Abg. Ing. Koch:** Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Rahmen des allgemeinen Schulwesens nehmen die berufsbildenden Schulen eine besondere Stellung ein, weil sie den unmittelbaren Fachnachwuchs und die Führungskräfte für die Wirtschaft heranbilden. Es sind dies in erster Linie die gewerblichen und kaufmännischen Berufsschulen, welche derzeit von 22.000 Lehrlingen besucht werden, wovon über 3.000 aus der Industrie kommen. Ferner sind es die gewerblichen und kunstgewerblichen Fachschulen mit drei und vier Jahrgängen, und schließlich sind es die höheren gewerblichen und technischen Lehranstalten sowie die Handelsakademien. In den zwei letzten Gruppen sind es einschließlich der Frauenschulen etwa 8.000 Studierende. Zusammen gibt es somit etwa 30.000 Schüler, Lehrlinge und Studenten, die in diesen berufsbildenden Schulen ausgebildet werden.

Von der Qualität und der genügenden Zahl der Heranbildung dieser Kräfte wird es in weitem Maße abhängen, ob es gelingt, die vielfältigen Probleme der Wirtschaft in Zukunft bewältigen zu können. Sie werden auch in weitem Maße bestimmend dafür sein, ob wir an den Leistungsfaktor Europas herankommen können. An der Ausbildung in diesen Schulen sind in erster Linie die Vertreter der steirischen Wirtschaft interessiert. Sind es doch über 70 Prozent aller Jugendlichen, die derzeit in schulischer und beruflicher Ausbildung stehen. Nur 5,4 Prozent unseres Gesamtbudgets sind für die Berufsbildung

vorgesehen, dies erscheint uns zu niedrig und wir glauben, daß auf diesem Gebiet mehr getan werden muß.

Ich komme nun zu einem Schultyp, der förmlich aus dem Nichts nach dem zweiten Weltkrieg zu einem außerordentlichen Erfolg entwickelt werden konnte, zu einer modernen Schule, und das ist das gewerbliche und kaufmännische Berufsschulwesen.

Wir haben im Jahre 1945 nach dem zweiten Weltkrieg damit begonnen, damals stand man praktisch vor dem Nichts. Eigenen Schulraum haben wir nicht besessen, denn der Schulraum der Pflichtschulen war selbst so beengt, daß wir vielfach in Kasernen, in Gasthäusern und Baracken unterrichten mußten, wo alle Berufe beinander waren und alle Jahrgänge. An einen fachlichen Unterricht war kaum oder gar nicht zu denken. Wir haben auch keine Lehrpläne besessen und die noch da waren, waren unbrauchbar und veraltet. Wir hatten auch kein Berufsschulgesetz und das größte Dilemma vor allen Dingen war, Lehrer für diese Berufsschulen zu finden. Wir haben diese Situation schon im Jahre 1953 von der ÖVP aus in diesem Hause aufgezeigt und mit allem Nachdruck verlangt, daß für diese wichtige Schule von Seite des Landes Hilfe kommen muß. Wir haben dazumal vom Herrn Finanzreferenten der sozialistischen Fraktion hören müssen, daß diese Möglichkeit nicht gegeben sei, weil dazu keine gesetzlichen Verpflichtungen oder Unterlagen vorhanden seien. Wir haben aber trotzdem mit Stetigkeit und Nachdruck die ganzen Jahre hindurch immer wieder versucht, für diese wichtige Aufgabe entsprechende Mittel zu erkämpfen. Und im steigenden Maße ist es dann auch gelungen, alljährlich etwas mehr Mittel für diese große Aufgabe zu erwirken. Man hat Praktiker hinausgeschickt, Schulfachleute, Techniker des Landesbauamtes in alle fortschrittlichen Länder, um dort dieses Schulwesen eingehend zu studieren und zu erfassen und alle diese Erfahrungen haben wir im Lande Steiermark verwirklicht.

Wir besitzen derzeit im Lande Steiermark das modernste Berufsschulwesen, das weit über das Land und ganz Österreich hinaus als solches anerkannt und zum Teil sogar bewundert wird. Berufsschulen wurden errichtet mit angeschlossenen Lehrwerkstätten, die ebenfalls modernst ausgestattet worden sind und werden, so daß wir auch in der Lage sind, den praktischen und den Fachunterricht dort durchzuführen. Wir haben diese Landesberufsschulen auch mit Internaten ausgestattet, so daß die Lehrlinge dort bestens untergebracht werden konnten. Wir haben derzeit sechs Landesberufsschulen in dieser Aufmachung. In Eibiswald, Arnfels, Mureck, Feldbach, Murau und in Gleichenberg. Es sind in diesen sechs Berufsschulen 9.000 Berufsschüler untergebracht und wir werden in weiterer Folge versuchen, auch die restlichen Lehrlinge ebenso unterzubringen, um für sie den Fachunterricht zu ermöglichen.

Weitere drei Berufsschulen sind im Bau, eine in Fürstenfeld für Tischler, eine in Radkersburg und eine in Hartberg und eine vierte für Han-

delslehrlinge wird im kommenden Jahr in Voitsberg errichtet. Für das kommende Jahr haben wir weitere 19 Millionen Schilling dafür zur Verfügung und weitere Mittel sind auch für die Ausstattung der Lehrwerkstätten usw. vorgesehen. Das Land Steiermark hat bisher für diese Berufsschulen weit über 100 Millionen Schilling ausgegeben. Die Kammer der gewerblichen Wirtschaft hat für die Internate und Schülerheime 105 Millionen Schilling aufgebracht. Für die Erzieher hat diese Kammer bisher 5,5 Millionen Schilling getragen. Nun haben wir auch moderne Lehrpläne inzwischen entwickelt, mustergültige, die laufend ergänzt und den Erfordernissen angepaßt werden. Für das Land Steiermark wurde im Jahre 1964 ein modernes Berufsschulgesetz in diesem Hause beschlossen. Ein Jahr später wurde bereits ein umfassendes Konzept für das gesamte Berufsschulwesen von der zuständigen Abteilung erarbeitet, vom Berufsschulbeirat eingehend beraten, der Landesregierung vorgelegt und von derselben beschlossen. Nach diesem Konzept wird nun nach den entsprechenden jeweiligen Erfordernissen vorgegangen.

Die Sozialisten haben seit Anbeginn eine generelle Berufsschulplanung gefordert. Man kann nicht alles starr planen. Ich darf Ihnen über die großen Veränderungen in den einzelnen Gewerken berichten. Hätte man den Sozialisten schon im Jahre 1953 Folge geleistet, so wären 1. Fehlinvestitionen von vielen Millionen zwangsläufig getätigt und 2. ein kaum wieder gutzumachender Bildungsrückstand verursacht worden, weil die . . . (Abg. Ileschitz: „Wo?“ — Unverständlicher Zwischenruf des Abg. Brandl — Abg. Ileschitz: „Wieviele Millionen sind dort verplant worden? Sie wollen uns doch nicht beweisen, daß die SPÖ geplant hat.“ — Abg. Groß: „Da kann man doch nicht uns verantwortlich machen!“)

Ich komme darauf zurück, meine Herren. Sie werden es mir auf Grund meiner Beispiele bestätigen müssen. Vom Jahre 1953 bis 1965 hat sich die Kfz-Lehrlingszahl verdreifacht. In der gleichen Zeit ist die Zahl der Schuhmacherlehrlinge von 350 auf 47 gesunken. Im Jahre 1953 gab es in Steiermark 14.000 und im Jahre 1965 28.000 Lehrlinge. Wir haben festgestellt, daß auf Grund der geburtenschwächeren Jahrgänge und des polytechnischen Lehrganges die Lehrlingszahl wieder auf 22.000 gesunken ist.

Wir haben festgestellt, daß eine Reihe von Berufen praktisch auslaufen und neue entstehen. Auf Grund dieser Tatsachen hätte eine sozialistische Generalplanung im Jahre 1953 erstellt (Abg. Loidl: „Das ist doch dasselbe!“) zu einem katastrophalen Dilemma geführt. Wir sind froh und glücklich, daß wir nach unserem flexiblen Konzept mit so großem Erfolg das steirische Berufsschulwesen entwickeln konnten. Dieses unser Konzept ist ein variables und flexibles, und wir werden auch weiterhin sinnvollerweise so vorgehen. (Abg. Vinzenz Lackner: „Planend muß man in die Zukunft schauen!“)

Wir haben zu diesen Erfolgen noch einen sehr schönen und sehr großen und zwar bezüglich der Lehrer hinzuzufügen.

Es ist heute schon der Lehrermangel aufgezeigt worden. Ich darf hier dem Hohen Haus vermelden, daß wir in den letzten 15 Jahren auch sehr zielstrebig die Lehrer herangebildet haben. Wir haben die meistgeprüften Lehrer auf diesem Sektor des Berufsschulwesens. Wir haben keinen Lehrermangel, außer in der Fachgruppe 2, das sind Maturanten mit Berufsausbildung. Diese Lücke wird sich auch leicht schließen lassen, weil ja nun mehr Maturanten herankommen, die die mittlere oder höhere Reife nicht erreichen und die man hier sehr gut einbauen kann. Ich muß sagen, diese Lehrerausbildung ist ein sehr wesentlicher Faktor. Wir haben von seiten der Kammer, von den Innungen laufend Fachvorträge die von den Lehrern gern und reichlich besucht werden. Das gleiche geschieht vom Wirtschaftsförderungsinstitut aus. Es werden vom Landesschulrat laufend Kurse durchgeführt und es gibt viele Lehrer, die alljährlich in den großen Ferien hinausfahren in die fortschrittlichen Industrien im In- und Ausland und dort die Möglichkeit haben, sich das Neueste anzuschauen und selbst manuell zu arbeiten. Die größte Freude ist, daß man auch in der Steiermark und zwar in Graz ein berufspädagogisches Institut errichtet hat. Es gibt nur drei in Österreich und zwar in Wien, Innsbruck und mit dem Schuljahr 1968/69 wird man auch in Graz dieses berufspädagogische Institut einrichten. Es wird die Möglichkeit bieten, unsere Berufsschullehrer weiterhin bestens auszubilden. In diesem Institut werden die erfahrenen Professoren des In- und Auslandes die aktuellsten Vorträge unseren Lehrern vermitteln.

Zusammenfassend darf ich sagen, daß der Erfolg innerhalb dieser 15 Jahre ein außerordentlicher ist und es wurde von allen Seiten das Beste getan, um diese Entwicklung herbeizuführen. Ich glaube, daß die Koordinierung aller maßgebenden Stellen und zwar der Kammern, Innungen, Schulsitzgemeinden, des Referates im Land, des Landesschulrates, des Landesberufsschulbeirates mit der Landesregierung zur gemeinsamen Arbeit ein dornenvoller Weg war und ist; wie überhaupt die gesamte Entwicklung.

Dies ist mustergültig Herrn Landesrat Peltzmann gelungen, der selber als Handwerksmeister mit ganzem Herzen an der Entwicklung dieser gewerblichen Berufsschulen gearbeitet hat. Es ist ein außerordentlicher und schöner Erfolg, den wir in diesem Land zu verzeichnen haben. Ich möchte bei dieser Gelegenheit und ich glaube, wir sind es der Jugend schuldig, in ihrem Namen allen jenen danken, die hier mitgearbeitet haben, dieses große Werk zu vollenden. Dank zu sagen allen Stellen, die ich genannt habe, auch den Referenten, angefangen vom Herrn Landesrat Illig, Landtagspräsident Brunner, Landesrat Wegart und Landesrat Peltzmann. Ich glaube, daß dieser große Erfolg uns dazu befähigt, unserer Jugend nicht nur bestes fachmännisches Wissen und Können zu vermitteln, sondern daß wir auch in der Lage sein werden, dieser Jugend die Freude zum Beruf und die Liebe zur Heimat beizubringen. Ich bin auch davon überzeugt, daß das Krankjam-

mern und das Verbreiten von Pessimismus, wie es vielfach die linke Seite zielbewußt aus politischer Berechnung betreibt, unserer Jugend den schlechtesten Dienst erweisen. Wir sind verpflichtet, unserer Jugend die besten Bildungsmöglichkeiten zu geben und ihr den Glauben an unsere Heimat zu vermitteln, damit sie befähigt ist, sich ihre Welt von morgen erfolgreich bauen zu können. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident:** Das Wort hat der Herr Abg. Leitner.

**Abg. Leitner:** Meine Damen und Herren! Einige Vorredner haben schon bemerkt, daß die Fragen, die die Schule betreffen, in Österreich sehr viele bewegen und das ist gut so. Das beweist aber auch, daß die Schulgesetze, die erst vor sechs Jahren beschlossen wurden, offensichtlich in vielen und entscheidenden Fragen nicht das gebracht haben, was man sich erwartet hat und erwarten hätte können. Deswegen gibt es heute große Diskussionen um Reformen. Die Vorschläge, die gegenwärtig zur Reform des österreichischen Schulwesens zur Debatte stehen, laufen im wesentlichen darauf hinaus, die Studienzeit vor allem an den höheren und hohen Schulen zu verkürzen. Das ist sicherlich eine sehr wichtige Frage, aber nur eine Frage im Zusammenhang mit diesen Diskussionen. Schon selten zerbrachen sich die Sachwalter und die Verantwortlichen des Unterrichtsressorts den Kopf so über das Bildungsziel, das mit dem heutigen System erreicht werden soll. Frau Professor Hartwig hat hingewiesen, daß es solche Diskussionen und Überlegungen gibt und geben muß. Aber gerade diese Fragen werden in den Hintergrund gedrückt.

Außerdem müßten auch Diskussionen laufen, ob die derzeitigen Strukturen richtig sind, ob z. B. es nicht notwendig wäre, doch solche Erfahrungen, die Länder haben, die eine Einheitschule haben, das heißt eine Schule, in der alle Kinder vom 8. bis zum 14. bzw. 15. Lebensjahr die gleichen Möglichkeiten haben, die gleichen Unterrichtsmethoden haben und erst ab dem 14. Lebensjahr die Bildungswege auseinandergehen, zu verwerten.

Es gibt solche Diskussionen über die Matura, über die Notwendigkeit, es gibt Diskussionen über die Notwendigkeit, Latein als Fremdsprache zu lehren in den wichtigsten Mittelschulen, aber es gibt auch solche Diskussionen —, und ich glaube, das wäre eine Frage, die auch für Steiermark sehr aktuell wäre — die Frage, daß der Hauptschulbesuch für alle Kinder zur Pflicht wird. Dies kann nur gesichert werden, wenn das Land nicht nur in Volksschulpflichtsprengel, sondern auch in Hauptschulpflichtsprengel eingeteilt wird, damit alle Kinder zumindest die Möglichkeit haben, die Hauptschule zu besuchen. Allerdings wird es dann notwendig sein, Schwerpunkt-Hauptschulen zu schaffen. Es wird notwendig sein, Schulautobusse anzuschaffen, damit man die Kinder eben zu diesen meist weiter entfernten Hauptschulen, wenn notwendig, auch führen kann und dadurch wäre es möglich, diese

ein-, zwei- und dreiklassigen, sogenannten „unterorganisierten“ Volksschulen zu beseitigen.

Wie sich alles bewegt und verändert, das zeigt auch, daß der Herr Abg. Heidinger betont hat, daß es notwendig ist, Schwerpunktschulen, Volks- und Hauptschulen zu bauen. Noch vor einigen Jahren — ich kann mich erinnern — als ich damals schon die Frage gestellt habe, ist man auf dem Standpunkt gestanden, daß zwei- und dreiklassige, niederorganisierte Schulen gar nicht so etwas Schlechtes seien. Aber es entwickelt sich offensichtlich auch bei verschiedenen Damen und Herren in der Frage der Schule etwas nach vorwärts.

Es soll nicht bestritten werden, daß die von verschiedenen Seiten erhobene Forderung, den seit Jahrzehnten sich angesammelten und mitgeschleppten Ballast, besonders was den Inhalt des Studiums betrifft, zu beseitigen, sehr angebracht ist und daß dies durch anderes, heutiges zu ersetzen wäre. Dadurch taucht vielleicht besonders die Frage auf, daß es gar nicht so unbedingt notwendig ist, das neunte Mittelschuljahr bzw. das dreizehnte Schuljahr, wie es jetzt ist, aufrecht zu erhalten. Gewiß bedeutet das 13. oder 9. Mittelschuljahr gerade für die Eltern kleiner Einkommen eine sehr große Belastung und wenn wir überprüfen, wieviele Kinder von Arbeiter-Eltern die höheren Schulen oder die Hochschulen besuchen, dann fällt einem auf, daß das zweifellos damit zusammenhängt, oder auch sehr wesentlich damit zusammenhängt, daß eben diese Eltern nicht imstande sind, die entsprechenden Mittel aufzubringen.

Man ist heute sechs Jahre nach der Verabschiedung der Schulgesetze noch immer nicht imstande, der Elternschaft eine plausible, eine sehr eindeutige Erklärung dafür zu geben, wozu sie die zusätzliche Belastung, die eben das 13. Mittelschuljahr bringt, auf sich nehmen sollen, wozu das 9. oder das 13. Mittelschuljahr gut sein soll. Das ist nebenbei bemerkt auch ein Beweis dafür, daß es in diesem Unterrichtsministerium, daß es im Unterrichts-Ressort Planlosigkeit gibt. Dieses Ressort kann sich höchstens darauf ausreden, daß Planlosigkeit nicht nur beschränkt ist auf das Unterrichtsministerium.

Wenn man gerade im Zusammenhang mit dieser ganzen Diskussion die Politiker der Österreichischen Volkspartei, aber auch der SPÖ hört, dann vertreten sie vor allem das Verlangen der Elternschaft, offensichtlich deswegen, weil es populär ist, für die Abschaffung des 9. Schuljahres einzutreten. Zuerst waren sie dagegen, jetzt sind sie im wesentlichen dafür. (Abg. Heidinger: „Wo haben Sie denn das her!“)

Es gibt sicherlich Diskussionen, aber offensichtlich hat auch die Sozialistische Parteiführung ihre Ansichten dabei geändert.

Wenn manche Damen und Herren glauben, die Abschaffung des 9. Schuljahres sei die wesentliche Angelegenheit und daß dadurch die Reform durchgesetzt ist und damit alles in Ordnung ist, dann hat man eine Ordnung, nämlich, daß wieder alles beim Alten ist, so wie es war, wenn

nicht andere Maßnahmen, was das Schulsystem betrifft, ergriffen werden. Tatsächlich ist sehr wenig getan, obwohl doch die entscheidende Frage die ist, daß auf unseren Mittel- und Hochschulen die Kinder aus unterprivilegierten Schichten sehr schwach vertreten sind und es die Aufgabe der Schulbehörden und auch der verschiedenen öffentlichen Stellen sein müßte, ihnen den Besuch höherer Schulen zu ermöglichen.

Adolf Kotzlik hat in seinem Buch „Wie wird wer Akademiker“ darauf hingewiesen, wie es bei uns in Österreich ist, daß fast alle Kinder von Selbständigen eine höhere Schule besuchen mit Ausnahme jener, die in die Sonderschule gehen müssen. Die Zahl der Arbeiterkinder hingegen, die eine höhere Schule und eine Hochschule besuchen, ist nach wie vor beschämend gering. Notwendig wäre die Einführung eines entsprechenden staatlichen Stipendiums, gesetzmäßig gesichert, nicht nur für begabte Schüler. Jeder von uns weiß, wieviele besonders gute Schüler in einer Klasse sind. Und wenn sich die Stipendien nur darauf beschränken, für diese wenigen da zu sein und besonders, wenn so und so viele Kinder vom Lande in eine Hauptschule oder Mittelschule übertreten, die sich anfangs sehr schwer tun, dann schafft man damit nicht die Voraussetzung, daß möglichst viele Kinder von Arbeiter-Eltern oder von der bäuerlichen Bevölkerung höhere Schulen besuchen können und dann wird kein Wandel geschaffen werden.

Man wird nun einwenden, daß die Erfüllung dieser Forderung mit sehr viel Geld verbunden ist. Es fehlt bekanntlich schon an notwendigen Mitteln für den zügigen Ausbau der höheren und hohen Schulen. Heute wurde betont, Weiz, Judenburg und andere Orte warten vor allem auf mittlere Schulen und man muß auch beachten, daß uns auch das Ausland im Zusammenhang mit dem OECD-Bericht über Bildungsplanung in Österreich nicht gerade das beste Zeugnis in diesem Zusammenhang ausstellt. Leute, die so reden, haben freilich nie wirklich zu ergründen versucht — also Leute, die sagen, daß zu wenig Geld da ist oder wir hätten kein Geld — warum die Mittel für den großzügigen Ausbau unseres Schulsystems nicht vorhanden sind, warum trotz des beträchtlichen Wachstums unserer Wirtschaft vor allem in den fünfziger und sechziger Jahren unser Schulwesen trotz verschiedener Erfolge — das soll nicht bestritten werden — gegenüber der Notwendigkeit, auch gegenüber den Möglichkeiten zurückgeblieben ist.

Die Ursache ist zweifellos im bestehenden gesellschaftlichen System begründet. Der amerikanische Nationalökonom Galbraith — er gehört unserer Partei nicht an — stellte fest, daß in dieser kapitalistischen Gesellschaft ein Widerspruch zwischen privatem Reichtum und gesellschaftlicher Armut besteht. Das heißt den öffentlichen Stellen in ganz Österreich . . . (Unverständliche Zwischenrufe.)

Herr Landeshauptmannstellvertreter, Sie werden nicht sagen können, daß die Arbeiter und Angestellten, die bei uns zwischen 3.000 und

4.500 Schilling brutto in der großen Masse verdienen, zu den Reichen unserer Gesellschaft gehören. Wenn ich von privatem Reichtum spreche, dann meine ich andere Herrschaften. (Gelächter.)

Es blieb eben zuwenig für die Verbesserung der Infrastruktur im allgemeinen. Aber dazu gehört zweifellos der Ausbau des Schulsystems. Dadurch ist man schon heute in ein Dilemma geraten. Alle Prognosen für 1980 zeigen, wenn sich auf dem Gebiet der Schule, Wissenschaft und Technik in Österreich nicht etwas Grundsätzliches zugunsten von Schule, Wissenschaft und Technik ändert, daß wir in ein arges Dilemma geraten werden. Wissenschaft, Technik und Forschung sind heute unmittelbar zu Produktivkräften geworden, auf die auch die österreichische Wirtschaft nicht verzichten kann, wenn sie konkurrenzfähig bleiben will. Andererseits sind die höheren Schulen und auch die Hochschulen aus den vorhin genannten Gründen nicht imstande, genügend Fachleute mit verwertbaren Erkenntnissen zu entwickeln bzw. zu liefern: Die Wirtschaft verlangt heute schon stark und in den nächsten Jahren wird es ungestüm sein, daß die Hochschulen ihr dienstbar gemacht werden. Unter diesem Druck beginnt die Unterrichtsverwaltung Maßnahmen einzusetzen, die aber so wie in den Vereinigten Staaten zweifellos nicht ausreichen. Man geht deshalb daran, die Hochschulen zu Wissensfabriken zu machen, die möglichst innerhalb kürzester Zeit zu möglichst geringen Kosten eine möglichst große Anzahl von Spezialisten in ihrem Fach, ohne die ganzen Zusammenhänge zu erkennen, herausbringen sollen. Sie wollen, wie es in dieser Fachsprache heißt, Fachidioten entwickeln und sie entsprechend einsetzen. Das wirtschaftliche Rationalisierungsprinzip soll damit auch im Schulwesen zum vorherrschenden Prinzip werden.

Der Leistungsdruck ist heute schon groß, auch für Schüler und Studenten und er soll erheblich verstärkt werden. Unkritische Spezialisten sollen produziert werden, die dafür zu sorgen haben, daß die Wirtschaft weiter wachse. Sie haben ihren Geist und ihre Arbeitskraft dafür zu verschwenden, wie man aus langlebigen Gütern kurzlebige macht, wie die Produkte ihrer Arbeit rasch wieder zerstört werden können. Kann doch die Wirtschaft dieses kapitalistischen Systems nur wachsen, wenn die Erzeugnisse rasch veralten, damit sie sobald als möglich durch neue nachgeschafft werden können. Die Wirtschaft kann also nur wachsen, wenn der geschaffene Reichtum sogleich wieder zerstört wird bzw. als veraltet gilt. Die Rüstungswirtschaft ist dafür ein schlagendes Beispiel. (Abg. Dr. Heidinger: „Rußland rüstet nicht?“ — Abg. Dr. Eichinger: „Rußland ist das beste Beispiel!“)

Von dieser Seite wird sehr versucht abzurufen.

Die Professoren widersetzen sich einem sogenannten technokratischen System durchaus nicht. Sie wurden in diesem Geiste der Untertänigkeit erzogen. Sie haben bestimmte Vorteile und Privilegien, die auch von den Herrschenden nicht angetastet werden. Wohl aber leisten gerade in



den letzten Jahren die Studenten großen Widerstand. Dieser Widerstand nimmt zu.

Sie lehnten sich gegen das bestehende autoritäre Unterrichtssystem auf und sie widersetzen sich den technokratischen Reformen, die das Schulsystem den Anforderungen des heute herrschenden kapitalistischen Systems und seiner Wirtschaft anpassen sollen. Bekanntlich fordern die Studenten ein demokratisches Schulsystem (Abg. Heidinger: „Das haben die Prager Studenten auch gemacht, wie sie sich auf die russischen Panzer gesetzt haben!“) in dem die Menschen nicht nur Merkmachines sind, die bloßes Wissen zu speichern haben, wie es von den Computern verlangt wird, sondern sie wollen zu kritisch denkenden Persönlichkeiten erzogen werden. (Abg. Heidinger: „Das wird der Untergang der kommunistischen Welt sein, dieses System!“)

Das überlassen Sie den anderen.

Die Demonstrationen finden vor allem in den kapitalistischen Ländern statt. Zu diesem Zweck müßte das bestehende Schulsystem freilich völlig geändert werden. Unsere Schulen sind Anstalten zur Züchtung von Untertanen. (Gelächter.)

Ich habe selbst eine Diskussion im Fernsehen gesehen, wo namhafte Professoren und Rektoren festgestellt haben, daß Untertanen gezüchtet werden sollen. Unsere Schulen müssen aber Schulen der Diskussion werden, Schulen des Dialogs. (Abg. Dr. Heidinger: „Leitner'sche Schulreform!“)

Die Lehrer wären dann nicht nur mehr primus inter pares oder erster unter gleichen, sondern der Lehrende und der Lernende würden sich gemeinsam den Stoff erarbeiten. (Abg. Dr. Heidinger: „Das war bei Plato!“)

Diese Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden, die Sie heute oftmals beschwören, die aber nirgends bei uns besteht, würde sich ihrer Verantwortung in der Gesellschaft auch bewußt werden, da sie sich doch stets kritisch mit der Wirklichkeit auseinandersetzt. Ehe dann ein ausgebildeter Hochschulabsolvent z. B. mit der Produktion von Napalm beginnt, würde er sich fragen, zu welchem Zweck das Ergebnis seiner Arbeit verwendet wird. Es ist natürlich klar, daß die heute bei uns Herrschenden solche kritische Hochschulabsolventen nicht brauchen. Es ist klar, daß die Ordinarien, die Institutsvorstände nicht freiwillig diese Linie einschlagen und auf ihre bestehenden Privilegien verzichten werden. Ein wirklich demokratisches Schulsystem kann nur durch eine Änderung der Gesellschaftsordnung erfolgen, wie das heute schon sehr viele Studenten in den sogenannten westlichen Ländern sehen und mit aller Kraft verlangen.

Diese jungen Menschen lassen sich von ihren radikaldemokratischen Forderungen nicht durch formaldemokratische Zugeständnisse, zu welchen man allenfalls bereit wäre, abbringen. Sie lassen sich, wie sie sagen, die Freiheit nicht durch die Münze kleiner Freiheiten abkaufen.

Meine Damen und Herren! Wenn man heute die Studenten auf diese Art diskutieren hört — und vielleicht vertreten sie manchmal auch

Standpunkte, die nicht ganz unserer Zeit entsprechen — so muß man doch sagen, daß sie in den Grundfragen, die sie aufwerfen, jedenfalls recht haben und die heutige Zeit und die heutige Entwicklung ist so, daß man wahrscheinlich nicht darüber hinwegkommen wird, ihren Forderungen einigermaßen gerecht zu werden.

Der Herr Abg. Lackner hat heute schon über das Judenburger Gymnasium gesprochen. Ich war auch bei dieser Protestversammlung anwesend und habe auch einigen Herren dort gesprochen, mich für sie und ihre Interessen, die Interessen der Eltern und der Schüler einzusetzen. Ich möchte nicht wiederholen, was der Herr Abg. Lackner schon richtig hier gesagt hat. Aber ich möchte mit dem beginnen, was er am Schluß gesagt hat, das heißt, daß die Eltern der Schüler des Judenburger Gymnasiums heute in eine Situation gedrängt wurden, daß sie trotz Zusageicherungen, die der Minister gegeben hat, nicht mehr glauben und vertrauen können und wie die Eltern gesagt haben, sie werden erst dann aufhören, mit aller Kraft hinter ihren Bemühungen her zu sein, wenn der Caterpillar beginnt, die Baugrube auszuheben, wenn sie also die Gewißheit haben, daß die Bundesregierung endlich aus ihren Versprechungen Ernst macht. Die Judenburger Eltern anerkennen nur mehr Realitäten und sie haben recht.

Aber, meine Damen und Herren, wie weit ist der sogenannte Rechtsstaat in Österreich gekommen? Wenn selbst Ministern nicht mehr geglaubt und vertraut wird, weil sie ihre Versprechungen, ihre Zusagen brechen, bzw. wenn sie nicht sehen wollen, unter welch himmelschreienden Zuständen die Schule in viele Jahre dauernden Provisorien hausen mußte und die Schüler dort lernen und die Professoren lehren müssen. Was ist das für ein Recht, wenn der Neubau des Judenburger Gymnasiums wieder verschoben wird, dessen Provisorien von den verschiedenen Provisorien, die es bei uns in Steiermark gibt, am längsten dauern und die zu den schlechtesten Verhältnissen nicht nur Steiermarks sondern, wie die Elternvertreter behaupten, ganz Österreichs zählen. Niemand kann ihnen da entgentreten bei dieser Behauptung. Und deswegen verlangen sie an erster Stelle und nicht, wie es noch vor einigen Tagen hieß, ganz hinten gereiht zu werden. Wie es mit unserem sogenannten Rechtsstaat bestellt ist, haben nicht nur die Judenburger Eltern erfahren, sondern auch 700 Schüler, zum Teil sind es Kinder, zum Teil sind es Jugendliche, die nach solchen Erlebnissen und Erfahrungen große Zweifel in unsere Demokratie hegen und hegen müssen. Welcher junge Mensch will sich mit einem solch undemokratischen Verhalten, mit dem Mißbrauch der Macht abfinden, wenn man selbst Versprechungen höchster Vertreter unseres Staates nicht mehr trauen darf.

Verschiedene Stellen tun heute so, als sei für diese Benachteiligung Judenburgs im Zusammenhang mit dem Bau eines Gymnasiums nur Wien, das Unterrichtsministerium, verantwortlich. Meine Damen und Herren, wir wissen es ja, wie die Vorbereitungen gepflogen werden. Und

in diesem Zusammenhang spielte meiner Ansicht nach der Landesschulrat Steiermarks eine wesentliche Rolle, denn seine Stellungnahme, seine Reihungsvorschläge, sind sehr entscheidend für die Entscheidungen des Ministeriums. Es wäre meiner Meinung nach richtig, wenn der Präsident des Landesschulrates, der Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Koren und auch der Vizepräsident, der Herr Landesrat Sebastian darstellen würden, wie sich der Landesschulrat zu diesen Problemen verhält und verhalten hat (Landesrat Sebastian: „Absolut positiv!“) und welche konkrete Stellungnahmen er im Zusammenhang mit dieser Situation abgegeben hat. Die Judenburger Eltern und Schüler dieses Gymnasiums haben etwas getan, was die Spitzenpolitiker der ÖVP und SPÖ sonst sehr scharf ablehnen, sie sind Entscheidungen höherer Stellen mit öffentlichen Demonstrationen, sogar mit Schülerstreiks entgegengetreten und haben erst damit erreicht, daß die zuständigen Stellen ihre Haltung zugunsten der Judenburger Bevölkerung bzw. der Eltern dieser Schüler geändert haben. Das ist ein sogenannter außerparlamentarischer Kampf, das sind Maßnahmen und Aktionen, die, wenn die Verhandlungen trotz bester Argumente nichts mehr fruchten, offensichtlich zielführend sein können, wenn sie einheitlich und konsequent durchgeführt werden. Solche Methoden könnten öfter bei uns angewendet, die Verantwortlichen in Land und Bund dazu bringen, mehr als bisher den gerechten Wünschen der arbeitenden Bevölkerung Rechnung zu tragen. Das ist eine Erfahrung, die nicht im Trubel der Zeit untergehen darf. Alle Freunde der Jugend, alle denen eine gute Ausbildung der jungen Menschen am Herzen liegt, alle, die das Gedeihen des obersteirischen Industriegebietes sichern wollen, werden die Judenburger Eltern auch weiterhin unterstützen.

**Präsident:** Nächster Redner ist der Herr Abg. Prof. Dr. Moser. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Prof. Dr. Moser:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man der Debatte zur Gruppe 2 gefolgt ist, so müßte man aus den Beiträgen, die von der linken Seite ins Haus gekommen sind — im rollenden Einsatz, möchte ich sagen — den Eindruck gewinnen, daß auf dem Schulsektor ein heillooses Durcheinander, eine völlige Planlosigkeit herrscht.

Man muß zugeben, meine Damen und Herren, daß im Jahre 1962, als das Schulgesetz beschlossen wurde, man sich nicht im klaren darüber war, welche Konsequenzen dieses haben wird. Es war ja kein Konzept, es war ein Kompromiß zweier Konzepte. Aber inzwischen, meine Damen und Herren, ist doch einiges geschehen. Und ich wundere mich, daß anscheinend niemand von Ihrer Fraktion den OECD-Bericht gesehen hat. (Abg. Heidinger: „Ich habe schon vor drei Jahren darüber gesprochen!“)

Im Jahre 1965 ist, nach modernsten Methoden ausgearbeitet, ein Plan mit vielen Beilagen, der über 500 Seiten umfaßt, erstellt worden, in dem

ausgerechnet ist, Kollege Heidinger, wie viele Schüler werden wir haben, wieviel Mittelschüler, wieviel Maturanten, wieviel Hochschüler, was die Wirtschaft braucht, wieviel Mediziner wir brauchen usw. Nur er stimmt leider nicht ganz! Man kann eben in einer dynamischen Entwicklung der Wirtschaft, der Technik, der Gesellschaft, keinen starren Bildungsplan erstellen. Und selbst wenn er stimmen würde, meine Damen und Herren von der linken Seite des Hauses, ich könnte ja auch einen Krankenplan von Herrn Landesrat Sebastian hier verlangen und eine Resolution beschließen, daß er einen erstellt. Er würde uns einen schönen Plan vorlegen und dann werden wir ihn fragen: Herr Landesrat, warum haben Sie nicht die Krankenhäuser gebaut, die zur Erfüllung dieses Planes notwendig sind? (Landesrat Sebastian: „Das ist nicht möglich! Wir wissen nicht, wer krank wird, aber wieviele geboren werden, das wissen wir!“)

Haben Sie nicht gesehen, wieviele Schulen gebaut worden sind in den letzten sieben Jahren? Jeder Bezirk hat eine Mittelschule. Wenn man heute vielleicht meint, im Land herrsche Planlosigkeit, weil wir keinen Bildungsplan haben — ein Schulkonzept haben wir. Ich würde empfehlen, bevor Sie solche Behauptungen aufstellen, sich bei den beiden anwesenden Hofräten Dr. Klauzer und Dr. Scheiber zu erkundigen über dieses Schulkonzept. Sie werden Ihnen ausführlich Auskunft geben. (Abg. Heidinger: „Das bestimme ich ja der Herr Landeshauptmann, wo eine Hauptschule hinkommt!“)

Herr Abg. Lackner Vinzenz hat, auf das möchte ich auch eingehen, hier gemeint, er könne seinen Kindern nicht zumuten, eine amputierte allgemeine Schulbildung zu erhalten. Nun, es ist schon eine Generation vorbei, daß es eine abgeschlossene Allgemeinbildung gegeben hat. Wir müssen langsam auch in diesem Haus zur Kenntnis nehmen, daß man heute mit der Allgemeinbildung nur ein Grundwissen vermitteln kann, das kritisch erarbeitet und mit dem Willen verbunden sein muß, sich ein Leben lang weiterzubilden. Das ist Allgemeinbildung! Darum ist es nicht möglich, die Stofflawine in einer allgemeinbildenden Schule aufzufangen. Man kann sie nur dort auffangen, wo man sich spezialisiert auf ein Fachgebiet. Daher besteht in allen Industriestaaten das Bemühen, frühzeitig zu spezialisieren, im 16. bis 17. Lebensjahr, spätestens im 18. Lebensjahr. Das ist auch der wahre Grund, warum die Eltern ein Unbehagen spüren. Nicht, weil sie billig davonkommen und die Schüler nicht in ein 9. Mittelschuljahr gehen lassen wollen, sondern weil sie wissen, daß man den allgemein gebildeten Maturanten nirgends sofort einsetzen kann. Er kann auf die Hochschule gehen oder er muß noch eine Schulung für einen Beruf bekommen.

Wenn Sie sagen, daß alles planlos ist, dann ist es sicher auch planlos, daß wir Schüler- und Studentenheime haben, daß wir neun Millionen Schilling im Voranschlag haben für diese Heime und vier Millionen Schilling für Stipendien an Mittel- und Hochschüler. Man muß wohl sagen, das Land Steiermark hat vorbildlich vorgesorgt,

daß kein begabtes Kind auf eine höhere Schulbildung verzichten muß, ob es nun in einem abgelegenen Graben daheim ist oder einem armen Elternhaus angehört. Man sollte endlich einmal das unsinnige Gerede vom Bildungsprivileg der begüterten Schichten in den verdienten Ruhestand schicken. (Landesrat Gruber: „Das ist noch zu früh!“)

Ich möchte nun aus der Kenntnis heraus, daß das Land Steiermark große Mittel für die Schulen zur Verfügung stellt, zwei besondere Wünsche anmelden. Der erste Wunsch bezieht sich auf die staatsbürgerliche Erziehung in unseren Schulen, die sicher gut gemeint ist, aber sich zu sehr auf die Vermittlung von Wissen über unseren Staat konzentriert. Sie vermeidet es, in die Diskussion mit der Jugend zu treten, heiße Eisen anzufassen und so fehlt es ihr an Attraktivität, am notwendigen Salz; sie wird vielfach als fad empfunden, oder wie jemand gesagt hat, sie ist zu sachlich oder gar schon sächlich. In einer Jugenddiskussion hat einer gemeint, das sei ungeschlechtlich, was in der Zeit des betonten Sex ja fast ein Todesurteil für diese staatspolitische Jugenderziehung bedeuten würde. Ich will nicht sagen, daß es überall so ist. Aber wir müssen von der Schule verlangen, daß sie mehr zur Diskussion ermuntert, zu einer echten Auseinandersetzung und daß sie auch eine politische Bildung vermittelt. Eine Jugend, die politisch gebildet ist, wird auch vom unschätzbaren Wert einer Demokratie zu überzeugen sein und bereit sein, die Demokratie zu verteidigen mit der Waffe des Schwertes und mit der Waffe des Geistes.

Ich bedaure es sehr, daß heute hier im Hause die Bemühungen um eine geistige Landesverteidigung, um die Bereitschaft, für dieses Land einzutreten, in abfälliger Weise erwähnt wurden. (Abg. Brandl: „Von wem?“)

Ich bedaure es, daß man in Beziehung zur geistigen Landesverteidigung die Bemerkung gemacht hat, daß es hohe Offiziere gibt, die im Ton von 1941 geistige Landesverteidigung betreiben, sozusagen als wenn dieser Ton noch aus dem Führerhauptquartier käme. (Abg. Zinkanell: „Warum soll man das nicht sagen? Fällt das auch unter den Maulkorbzwang?“)

Das ist gesagt worden. Wir sind sehr für Kritik, aber wir sind gegen Pauschalverdächtigungen. Ich frage mich nur, was hat man sich bei dieser doch gehässigen Pauschalverdächtigung eigentlich gedacht? (Abg. Zinkanell: „Das war keine Pauschalverdächtigung, das ist eine Unterstellung, was Sie jetzt gemacht haben!“)

Man könnte sagen, auch diese Behauptung komme aus einem Hauptquartier, das aber nicht in Deutschlandsberg liegt. Ich fühle mich verpflichtet, in diesem Haus eine Pauschalverdächtigung gegen eine Berufsgruppe, die eine große Verantwortung zu tragen hat, zurückzuweisen. (Beifall bei der ÖVP. — Unverständliche Zwischenrufe von der SPÖ.)

Ich sage das selbst auf die Gefahr hin, auf die Negativliste des betreffenden Herrn zu kommen, daß er mit mir nicht mehr diskutiert. (Abg. Heidinger: „Er ist doch immer in der Anonymität

verschwunden!“ — Zahlreiche weitere unverständliche Zwischenrufe.)

Sie können es im Protokoll nachlesen. Das was ich gesagt habe, wurde hier gesprochen. (Abg. Pölzl: „Abg. Dr. Klauser war es!“ — Präs. Afritsch: „Er hat keine Pauschalverdächtigung ausgesprochen, er hat nur Einzelfälle herausgestellt, die gibt es heute überall, bei den Beamten und bei den Offizieren!“)

Ja, Herr Präsident, Einzelfälle, aber dieser Angriff stammt aus dem Konzept für die Generaldebatte zum Budget. (Zwischenruf des Abg. Ileschitz.)

Daß, Herr Ileschitz, unsere Gesellschaft nicht frei ist von Konflikten, ist klar, das weiß jeder. Demokratie bietet aber die Chance, solche Konflikte mit den Mitteln der freien Auseinandersetzung und des Rechtes zu bewältigen. (Abg. Heidinger: „Der redet vom ÖVP-Klub!“)

Beruhigen Sie sich meine Herren! Lesen Sie das Protokoll nach, da wird alles drinnen stehen.

Vielleicht darf ich das noch sagen. Demokratie ist niemals, und das muß man der Jugend klar machen, ein utopischer Zustand, an dem man nichts zu verbessern hätte; sie ist ein unerreichbares Ideal, das immer neu angestrebt werden muß.

Die Jugend sieht leider viel zu oft die Mißstände und sie sieht zu wenig die Chancen, diese Mißstände beseitigen zu können. Die Jugend neigt dazu, von einer Demokratie Wunder zu erwarten, die diese nicht liefern kann. Und dann ist sie enttäuscht. Dann kommen so ungestüme Vorwürfe, wie man sie bei Jugend-Diskussionen hört: man glaubt, eine Scheindemokratie ablehnen zu müssen, in der unter Aklamation nur längst beschlossene Sachen angenommen werden; man behauptet, daß zur Absicherung der Machteliten die Demokratie in raffinierter Weise manipuliert wird, oder wie unlängst ein Herr der Neuen Linken gesagt hat, „wir kämpfen gegen das Kartell der Macht“.

Meine Damen und Herren, welch Frevel hier an der Grenze zu Ländern, die eine brutale Herrschaft des Staates kennen. Aber man kann nicht der Jugend den Vorwurf machen. Der Herr Abg. Fuchs hat hier erklärt — und ich möchte das sinngemäß wiederholen: Der negative Affekt eines Teiles der Jugend gegenüber der heutigen Politik gewinnt oder verliert in gleichem Maße an Anziehungskraft, in dem Landtag, Regierung und Verwaltung sich als unfähig oder als fähig erweisen, die Probleme einer dynamischen Zeit rasch, energisch und erfolgreich anzupacken und zu lösen. (Landesrat Gruber: „Das haben wir so schon gehört, wir haben da so aufgepaßt!“)

Der Jugend muß mehr Glaubwürdigkeit der Erwachsenenwelt entgegengesetzt werden, eine Bereitschaft, sich jeder Herausforderung der Zeit unerschrocken zu stellen, Herr Landesrat Gruber, zugleich aber die Grundlagen des Staates und der Gesellschaft energisch zu wahren.

Ich möchte noch einen zweiten Wunsch hier anfügen. Er hängt mit dem Mittelschulproblem zusammen. Ich glaube, wir müssen von der Schule verlangen, daß sie Menschen heranbildet,

die klar denken gelernt haben, die geistig beweglich sind, die sich ein Leben lang weiterbilden können und deren Intelligenz nicht durch eine Masse unverdauten Wissens verstopft ist.

Es müßte möglich sein den Merckstoff, den man leicht nachschlagen kann, reichlich zu kürzen, dann würden wir auch in acht Jahren mit der Mittelschule auskommen.

Meine Damen und Herren, in dieser Situation liegt eine der Ursachen für das Unbehagen unter der studierenden Jugend, weil eben die Ausbildung zu lang ist, weil die Akademiker früher ins Berufsleben kommen wollen. Das muß man sehen und nicht mit billigen Argumenten denen, die hier eine echte Reform anstreben, Bildungsfeindlichkeit aufoktroieren wollen. Viele Schüler fühlen sich durch das Vielwissen, durch die Lehrstofflawine quantitativ überfordert, dafür aber qualitativ unterfordert. Das liegt auch an den Unterrichtsmethoden. Im optischen Zeitalter kann man mit dem reinen Wortunterricht kaum mehr fesseln. Eine Darbietung mit audiovisuellen Mitteln, durch ein Gespräch vertieft, etwa in programmierter Unterweisung, entsprechend den Schülern ins Gedächtnis eingepägt, wäre ein erfolgreicher Weg. Man hat ihn auch in vielen Staaten schon erfolgreich versucht.

Es ist zu begrüßen — aber ich glaube, der Herr Abg. Klobasa hat den Voranschlag nicht ganz durchgesehen —, daß im a. o. Budget 400.000 Schilling stehen für die Bildstellen, für diesen Zweck, damit solche Mittel jetzt angeschafft werden können. Diese 400.000 Schilling sind im a. o. Budget bedeckt. Der Herr Abg. Klobasa hat kein Wort von diesen 400.000 Schilling gesagt. Das ist eine zusätzliche Dotation, die auf einen Antrag der ÖVP-Fraktion ins a. o. Budget hineingekommen ist. (Abg. Klobasa: „Das habe ich so gesagt!“ — Abg. Heidinger: „Das hat er ja begrüßt!“ — Abg. Heschitz: „Sie werden bald einen Vierer bekommen, Her Professor!“)

Meine Damen und Herren, ich bin gleich fertig. Es wurde ein gemeinsamer Antrag im Hause eingebracht über das Erlernen von Fremdsprachen, die für das Fortkommen jedes Menschen tatsächlich von großer Bedeutung sind. Es wurde beantragt, in den Schulen Klubs zu bilden, um sich dort in Diskussionen in der Fremdsprache weiterzubilden. Es gibt schon solche Klubs, wir haben seit Jahren Jugendklubs gebildet. Wir verwenden im internationalen Jugendaustausch eine Reihe von Methoden, um die Fremdsprachenbildung zu erweitern. Ich möchte dazu nur sagen: Der audiovisuelle Sprachunterricht, der mit Bild und programmiertem Ton kombiniert ist, vermittelt eine moderne Fremdsprache etwa in der halben Zeit als man bisher brauchte, sie zu erlernen. Es wäre daher sehr erwünscht, wenn die Erfahrungen, die man z. B. beim deutsch-französischen Jugendaustausch mit dieser neuen Methode gemacht hat, besser verwertet würden, wenn wir uns zu den Sprach-Labors bekennen, die besonders an jenen Schulen einzuführen wären, welche die Lehrer ausbilden. Ich glaube — und damit möchte ich schließen — das Erlernen einer Fremdsprache, daß man sie in Wort und Schrift beherrscht, bietet auch einen Einblick in

das Fühlen und Denken eines fremden europäischen Volkes und ist somit ein wertvoller Beitrag für Europa. (Beifall.)

**Präsident:** Ich erteile Herrn Abg. Scheer das Wort.

**Abg. Scheer:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Schuldebatten dieses Hauses waren in der Vergangenheit immer durch besondere Sachlichkeit gekennzeichnet und es hat eigentlich parteipolitische Auseinandersetzungen zu dieser Gruppe kaum gegeben. (Landeshauptmann Krainer: „Solidarität der Lehrer!“)

Schon aus dem einen Grund, weil auch die Elternschaft in allen diesen Dingen parteipolitisch nicht erfaßbar ist, weil die Meinungen der Eltern zu Schulfragen in keine Parteizwangsjacke zu bringen sind. Daher haben sich alle, die sich bisher mit schulischen Problemen beschäftigt haben, wohlweislich gehütet, dieses sehr heikle und diffizile Problem in den Strudel der Politik geraten zu lassen.

Sicherlich läßt sich nichts ohne Politik erledigen oder überhaupt betrachten, weil die Politik ja letzten Endes nichts anderes ist als der Versuch, die Beziehungen der Menschen untereinander zu ordnen. Aber bei der Schulgesetzgebung hat man sich da und dort vielleicht politische Aspekte gedacht, aber im allgemeinen darf man doch sagen, daß politische Momente nicht die gravierendsten und ausschlaggebendsten waren, die auch zu dem Gesetzeswerk von 1962 geführt haben. Die Meinungen an der Bildungs- und Schulpolitik werden nie und nimmer auf einen Nenner zu bringen sein, genau so wenig, wie wir uns nicht schablonisieren lassen in eine Richtung oder vielleicht in eine einzige Partei zwingen lassen.

Auch alle Wünsche, die hier geäußert werden zu Schulbauten da oder dort, werden nie aufhören. Der ideale Staat, der vor jedes Haus eine eigene Schule baut, wird auch nicht das erreicht haben, daß das dann jedem paßt, sondern es werden wieder diese und jene Wünsche offen bleiben. Beim Schulgesetzwerk 1962 sind wir der Auffassung, daß manches, was am Anfang bei diesem Gesetzeswerk gut schien, sich in der Praxis da oder dort noch nicht bewährt hat oder nur zum Teil bewährt hat, daß aber zweifelsohne ein Versuch unternommen wird, der gemacht werden muß. Der Vorwurf, den wir zu recht machen, daß wir ein Schulgesetzwerk bekommen haben, dazu aber die nötigen Voraussetzungen im Schulraum und in der Lehrerzahl nicht getroffen wurden, das ist bei allen Reden nicht wegzudiskutieren, das ist eine Tatsache, die wir feststellen und die wir bedauern und unser heißes Bemühen muß daher dahingehen, diese Mängel endlich zu beseitigen.

Eine Schulreform im gesamten gesehen, möchten wir auch damit bezeichnen, daß sie von der ersten Schulstufe bis zum abgeschlossenen akademischen Grad in einem Zug überdacht werden muß, weil eine Mittelschulreform ohne Hochschulreform und umgekehrt nicht sehr sinnvoll erscheint. Wir müssen dem modernen techni-

schen Zeitalter entsprechend eine Entrümpelung der Lehrpläne vornehmen, die sicherlich notwendig ist. Die Frau Abgeordnete Hartwig hat heute in tieferschürfenden Worten zweifellos über manches Problem gesprochen. Ich möchte mich in dieser Hinsicht nicht wiederholen und verweise auf ihre Ausführungen, insbesondere was die Lehrerausbildung der Mittelschulprofessoren anlangt, die auf der Hochschule studieren und deren Ausbildung zweifellos einer besonderen Betrachtung wert ist.

Aber nun zum Lehrermangel und zur Ausbildung. Solange wir hier beisammen sind, kann ich mich erinnern, wurde immer wieder der Ruf nach den fehlenden Lehrern erhoben und alle möglichen Vorschläge sind gebracht worden, um diesem Übelstand abzuwehren. Ich muß dem Abgeordneten Heidinger widersprechen, der der Meinung ist, daß erst im Jahre 1967 Versuche unternommen worden sind, diesem Lehrermangel durch irgendwelche Maßnahmen entgegenzutreten, denn diese Versuche sind schon vor 1967 da und dort sehr intensiv erfolgt. Aber nun im Jahre 1962 wurde auch der Startschuß gegeben für die pädagogischen Akademien, die die ehemaligen Lehrerbildungsanstalten abgelöst haben. Es wurde gleichzeitig der Startschuß dazu gegeben vom Bund her, daß sowohl pädagogische Akademien des Bundes als auch konfessionelle pädagogische Akademien errichtet werden sollen. Es ist auch eine sehr interessante Feststellung in dem Fall zu tun. Wir in Graz können uns glücklich schätzen, eine ganz neue pädagogische Akademie in Eggenberg vor uns zu haben. Zur gleichen Zeit müssen wir leider feststellen, daß die pädagogische Akademie des Bundes es noch nicht einmal zu einem ersten Spatenstich gebracht hat, obwohl im Jahre 1962 meines Wissens sogar im Landesschulrat der Beginn zur Errichtung dieser pädagogischen Akademie auch gemacht wurde. Man hat Gründe gesucht und dann endlich die Steinergründe gefunden. Später hat man herausgefunden, daß sie sich nicht eignen sollen und dergleichen mehr. Eine lange Reihe von Dingen, die endlich dazu geführt hat, daß wir heute noch nicht einmal den Spatenstich zu einer derartigen pädagogischen Akademie in Graz machen können und auf der anderen Seite sehen müssen, daß die Diözese Graz-Seckau ein hervorragendes Schulwerk hingestellt hat mit einem Internat mit 80 Betten. 130 Hörer sind draußen, 28 außerordentliche Hörer und sogar eine Knabenübungsschule ist auch angeschlossen. Dagegen ist die staatliche Akademie am Hasnerplatz noch immer in zehn Klassen untergebracht. Ich hatte das Vergnügen dort in die Schule zu gehen und weiß, wie eng die Räumlichkeiten sind. Außerdem ist in dieser Lehrera Akademie ein musisch-pädagogisches Gymnasium noch zusätzlich untergebracht worden, wo wir schon vor 30 Jahren keinen Platz am Hasnerplatz gehabt haben. Nicht nur in Graz gibt es eine Diözesan-Akademie, sondern auch in Krems, Linz und in Zams bei Innsbruck, während keine einzige neue pädagogische Akademie in Österreich besteht, die der Bund errichtet hätte. Dabei ist noch dazu zu bemerken, daß

diese Diözesan-Akademien nicht durch öffentliche Gelder unterstützt worden sind. Nur die Lehrkräfte werden, wenn diese Akademien gebaut werden, vom Bund her selbstverständlich entsprechend subventioniert.

Das ist alles. Ich darf feststellen, daß in dieser Hinsicht hier eine Sache geleistet worden ist, die aller Achtung wert ist. Es fragt sich nur, wo bleibt der Bund mit der Errichtung der pädagogischen Akademie?

Das wäre mein kurzer Beitrag zum Schulwesen gewesen. (Beifall.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist Herr Dipl.-Ing. Schaller. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. Schaller:** Hohes Haus! Ich möchte in meiner Diskussion zur Gruppe 2 Ihre Aufmerksamkeit auf ein ganz spezielles Kapitel des Pflichtschulwesens richten, nämlich auf die Frage der Entwicklung der Pflichtschulen auf dem Lande. Es ist heute von mehreren Rednern bereits die Entwicklung des Hauptschulwesens dargestellt worden. Ich kann mich daher in diesem Bereich sehr kurz fassen. Ich glaube, daß hier gerade in der jüngsten Zeit ein recht geschickter Weg gegangen worden ist, nämlich, die Hauptschule nunmehr doch in die zweizügig geführte Hauptschule umzuwandeln. Ich sehe dies deshalb als besonders begrüßenswert an, weil damit der Hauptschule, die eine sehr zentrale Funktion in unserem Bildungssystem hat, der richtige Platz zugewiesen wird. Wenn wir nun die Frage stellen, wie weit sie diese zentrale Funktion tatsächlich ausübt, so ergibt sich folgendes Bild:

Wenn wir die 5. bis 8. Schulstufe hernehmen, so besuchen derzeit von 100 Schülern 26 die Volksschule, 1 die Sonderschule, 13 die höhere Schule und 60 die Hauptschule. Das ist die generelle Lage, wie es sich aus der Schulstatistik ergibt. Die Situation ist sofort eine andere, wenn man diese Statistik ein wenig aufzulösen beginnt. Hier können Sie feststellen, daß der Unterschied gebietsweise beträchtlich ist. Wenn wir die 5. Schulstufe der Pflichtschule herausnehmen, die uns den Trend des Übertrittes von der Volks- in die Hauptschule angibt, so stehen hier 6.638 Volksschülern 12.842 Hauptschüler gegenüber, das heißt im steirischen Mittel besuchen 63 Prozent der Pflichtschüler, das heißt etwa zwei Drittel, die Hauptschule. Dieser Prozentsatz steigt in der Stadt Graz beträchtlich an und zwar auf 82 Prozent, gefolgt vom Bezirk Leoben 80 Prozent und Bezirk Mürzzuschlag 73 Prozent. Wenn Sie einen Blick in die östlichen oder südlichen Gebiete des Landes werfen, so müssen Sie feststellen, daß z. B. der Hauptschulanteil im Bezirk Hartberg nur 45 Prozent beträgt, in Leibnitz 47 Prozent und in Feldbach 49 Prozent.

Hier sehe ich eine große Gefahr. Wenn es nicht gelingt, das Gefälle in der Ausbildung zwischen dem städtisch-industriellen und dem ländlichen Raum in kürzester Zeit zu beseitigen, so wird die an sich bereits erkennbare Diskriminierung in der Bildung unbehebbar. Ich brauche nicht zu betonen, welche Konsequenzen eine solche Situa-



tion gerade für die jungen Menschen haben müßte. Besonders problematisch ist in diesem Zusammenhang noch, daß gerade jene Gebiete von der Disparität der Bildungsmöglichkeiten besonders stark betroffen sind, die uns infolge der ungünstigen Agrarstruktur und der fehlenden Industrialisierung auch auf den anderen Gebieten genug Sorgen bereiten.

Die Ursachen für diese Situation sind sehr vielfältig. Einmal ist sicherlich eine gewisse Voreingenommenheit gegenüber der Hauptschule, die in der Vergangenheit bestanden hat, für diesen Zustand mitverantwortlich. Wenn diese Einstellung überwunden ist, so sind aber die Folgen da und dort noch spürbar. Aber ich glaube, daß auch einer der Gründe in der Volksschule liegt. Eine Konzentration der Oberstufen etwa in der Hauptschule hat naturgemäß auch eine Reduzierung der Oberstufenklassen in der Volksschule, teilweise sogar Auflassung von Volksschuloberstufen zur Folge.

Nun ist verständlicherweise das Bestreben, eine Schule nicht kleiner, sondern eher größer zu machen, sehr stark. Ich weiß nicht, ob der relativ geringe Hauptschulbesuch dieser Gebiete unmittelbar mit dieser letztgenannten Frage zusammenhängt. Interessant ist jedenfalls in diesem Zusammenhang, daß der Prozentsatz der für die Hauptschule reif erklärten Schüler auch gebietsweise sehr stark verschieden ist. Er schwankt von 64 Prozent bis 93 Prozent. Es weisen jene Bezirke, die den geringsten Prozentsatz an Hauptschulreife haben, auch den geringsten Prozentsatz an Hauptschulbesuchern auf. Es sind dies wiederum die süd-, ost- und weststeirischen Bezirke. Ich glaube, es wäre ganz sicher falsch, den geringen Hauptschulbesuch etwa in der relativ geringen Hauptschulreife zu suchen.

Ich bin keineswegs überzeugt, daß innerhalb der Steiermark etwa ein so starkes Begabungsgefälle besteht, wie etwa aus dem Prozentsatz der Hauptschulreife abgelesen werden könnte. Gerade deutsche Begabungsuntersuchungen haben sehr klar und deutlich ergeben, daß zwar ein Ausbildungsgefälle von städtischen Gebieten zu ländlichen hin besteht, keineswegs aber ein Begabungsgefälle. Ich glaube, es wäre eine sehr dankenswerte Aufgabe für die Schulaufsicht, den Gründen für die unterschiedliche Beurteilung in der Frage der Hauptschuleignung einmal nachzugehen.

Einen ganz entscheidenden Faktor für den unterschiedlichen Hauptschulbesuch sehe ich allerdings in der oftmals recht ungünstigen Aufteilung zwischen dem Hauptschul-Berechtigungs- und Hauptschul-Pflichtsprengel, mit anderen Worten, auch in der zu geringen Ausbreitung der Hauptschul-Pflichtsprengel. Meines Erachtens wäre es einmal ernstlich zu prüfen, ob überhaupt eine Unterteilung in Pflicht- und Berechtigungs-sprengel heute noch aufrecht erhalten werden kann und ob man nicht tatsächlich die Frage der generellen Hauptschulpflicht prüfen müßte.

Sicher ist jedenfalls, daß eine Steigerung des Hauptschulbesuches nur über eine Ausweitung der Hauptschul-Pflichtsprengel erreicht werden kann. Ich habe mir im vergangenen Jahr die

Mühe gemacht und versucht, eine Karte aufzustellen, welche Gebiete in unserem Land von Hauptschul-Pflichtsprengeln erfaßt sind. Es ist also räumlich gesprochen nicht wesentlich mehr als die Hälfte unseres steirischen Gebietes. Interessanterweise fehlen die Pflichtsprengel vor allem dort, wo sie eigentlich auf Grund verkehrsmäßiger Bedingungen durchaus möglich wären, während umgekehrt in anderen Gebieten, wo die Verkehrssituation auf Grund der Gebirgslage ungünstiger ist, wie etwa in der Obersteiermark, aber auch im Bezirk Feldbach, das Gebiet weitgehend durch Hauptschul-Pflichtsprengel erfaßt ist.

Nun glaube ich, daß einer der Gründe sicherlich darin liegt, daß die Bürgermeister oder Gemeindeverantwortlichen fürchten, wenn sie sich in einen Hauptschul-Pflichtsprengel einordnen lassen, bei eventuellen Hauptschulneubauten die Gemeinde in große finanzielle Verpflichtungen hineinzustürzen, mit denen sie dann nicht fertig werden können. Die Belastung, die den Gemeinden, vor allem den Landgemeinden, mit einem Hauptschulausbau, bzw. mit dem Ausbau des Pflichtschulwesens auferlegt werden, sind naturgemäß sehr groß. Solche Aufgaben werden in vielen Fällen überhaupt nur mehr über die Schaffung von Mittel- oder Großgemeinden lösbar sein. Und ich meine, daß auch hier eine der echtsten Begründungen für die Gemeindezusammenlegung zu suchen ist.

Von der bildungspolitischen Seite her gesehen, muß unser Ziel sein, möglichst das ganze Land, vor allem auch die ländlichen Gebiete, von der Hauptschule her zu erfassen.

Ob eine solche Maßnahme auch gesetzlich, etwa über die Abänderung des Schulerhaltungsgesetzes, unterstützt und vorangetrieben werden könnte, entzieht sich meiner Kenntnis.

Daß dieses unser Ziel, begabte, tüchtige Kinder in bessere Schulen zu bringen, an technischen oder wirtschaftlichen Schwierigkeiten insbesondere am Verkehrsproblem, scheitern sollte, kann ich einfach nicht glauben. Wenn wir heute in der Lage sind, den Weltraum zu beherrschen und Raumschiffe auf den Mond zu schicken, so müßten wir eigentlich doch imstande sein, unsere Kinder die wenigen Kilometer bis zum nächsten Schulort zu transportieren.

Ich glaube — und damit bin ich schon am Schluß — daß die Schaffung der Möglichkeiten, etwa über Ausweitung der Hauptschulsprengel, die Durchsetzung des Hauptschulbesuches auch auf dem Lande, eine sehr wichtige, schulpolitische Aufgabe ist, der wir uns alle gemeinsam zu stellen haben. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Peltzmann. Ich erteile ihm das Wort.

**Landesrat Peltzmann:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Kapitel Berufsschulwesen sowie Beihilfen für die Berufsausbildung von Lehrlingen haben meine hochgeschätzten Vorredner, glaube ich, schon das Wesentlichste ausgesagt.

Es ist bekannt, daß die Steiermark schon 1953 erkannt hat, daß die Ausbildung von Lehrlingen in lehrgangsmäßigen Schulen besser gewährleistet ist als in den sogenannten Tagesschulen. Wir können heute mit Stolz feststellen, daß bereits rund 43 Prozent von unseren rund 21.600 Lehrlingen diese Schulpflicht in lehrgangsmäßigen Schulen erfüllen. Wir haben zur Kenntnis genommen und Sie wissen, daß wir zur Zeit am Ausbau von drei weiteren Landesberufsschulen für den Handel tätig sind, so daß, wenn diese Schulen eröffnet werden, fast 60 Prozent unserer Lehrlinge, und wenn wir die in Graz verbleibenden dazurechnen, rund 78 Prozent unserer Lehrlinge in lehrgangsmäßigen Schulen untergebracht sind.

Nun zu den neu errichteten Landesberufsschulen ein kurzes Wort: Wir haben den Ausbau Hartberg begonnen, wir haben mit dem Bau in Radkersburg begonnen, wir werden im Frühjahr 1969 mit der Errichtung der Landesberufsschule in Voitsberg beginnen. Warum hat sich Voitsberg so lang hinausgezögert? Auf Wunsch der Regierung, die einem Antrag des Landtages gerecht wurde, haben wir diese Schule in zwei Bauarten planen und ausschreiben lassen. In der Betonskelettbauweise und als Stahlbau. Dadurch hat sich die Planung verzögert. Das Interessante, das sich dabei aufzeigt, ist, daß in anderen Ländern der Stahlbau noch um 20 Prozent billiger kommt als der Betonbau. Bei uns ist es umgekehrt. Die Stahlbauweise kommt um ein Drittel teurer als die Betonskelettbauweise. Wir müssen feststellen, daß die österreichische Eisenindustrie nicht in der Lage ist, diese Profile, die dazu verwendet werden müssen, zu liefern, so daß ein Großteil dieser Profile leider Gottes vom Ausland bezogen werden muß. Ich hoffe, daß die Regierung hier den Beschluß faßt, in einer der zwei genannten Varianten die Berufsschule in Voitsberg zu errichten, so daß wir auch hier in Voitsberg zum Bauen kommen, um dadurch zu ermöglichen, alle Handelslehrlinge der Steiermark ziemlich zum gleichen Zeitpunkt in lehrgangsmäßigen Schulen einschulen zu können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einer meiner hochgeschätzten Herren Vorredner, der Herr Abg. Loidl hat auch den Berufswechsel angezogen. Ich gebe ihm hier in dieser Hinsicht vollkommen recht. So sagen auch die Amerikaner, daß ein Facharbeiter der heutigen Zeit alle zehn Jahre seinen Beruf neu erlernen oder umlernen muß, um mit der Entwicklung der Technik und der Wissenschaft Schritt halten zu können. Ich glaube, daß hier eine große Aufgabe vor uns liegt. Obwohl hier schon viele Institutionen, das Wirtschaftsförderungs-Institut, das Berufsförderungs-Institut, das Land, der Bund, ja das Sozialministerium, Einrichtungen geschaffen haben, sind das noch viel zu wenige, um unseren Facharbeitern die Möglichkeit zu geben, sich immer den Gegebenheiten anpassen zu können.

Wenn wir die Zahl der Arbeitslosenunterstützungsbezieher genau anschauen —, das Wort „Arbeitsloser“ wäre nicht richtig, wenn wir es aussprechen wollten — so ergibt sich hier ein

interessantes Zahlenbild: Wir haben in Österreich mit Stichtag 31. Oktober 1968 52.800 Arbeitslosenunterstützungsbezieher. Wir wissen, — und das mußten auch die Herren vom Landesarbeitsamt bei der letzten Besprechung bestätigen — daß von dieser Zahl höchstens 40 Prozent voll vermittlungsfähig sind, das sind rund 21.000. Auf der anderen Seite haben wir 27.100 offene Arbeitsstellen und rund 50.000 Ausländer in Österreich beschäftigt.

Sie werden sagen, wie gibt es das? Offene Stellen und auf der anderen Seite Arbeitslose. Weil es hier teilweise an der Qualität der Ausbildung fehlt, besteht ein echter Facharbeitermangel. Wir konnten mit Freude feststellen, daß die obersteirische Eisenindustrie durch die Bank die Aufnahmesperren aufgehoben hat und in erster Linie Facharbeiter zur Einstellung sucht. Herr Abgeordneter Loidl, wenn Sie sagen, daß der Ausbildungsweg, die Berufsschulpflicht erweitert werden müssen, dann kann man darüber diskutieren.

Ich war im Frühjahr 1967 mit meinem Regierungskollegen Bammer in Schweden, um die Berufsschulen und Ausbildungsmöglichkeiten zu studieren. Wir mußten feststellen, daß es in dem oft zitierten Land Schweden überhaupt keine Berufsschulpflicht gibt. Die Schulpflicht endet mit dem 9. Schuljahr und die Lehre ist dort verhältnismäßig ausgesprochen mangelhaft. In ganz Stockholm (Groß-Stockholm hat immerhin 1.2 Millionen Einwohner) lernten zu diesem Zeitpunkt z. B. das Fleischhackerhandwerk rund 36 junge Menschen. Über unsere Frage, wie das weitergehen soll, hat man die Achsel geschuppt und gesagt, man ist dabei, neue Wege zu suchen. Sie haben offen zugegeben, daß der Weg, den man beschreitet — nur mit der staatlichen Lehre — den Erfordernissen der Wirtschaft nicht Rechnung tragen kann. Natürlich sind wir verpflichtet, hier unserer Jugend etwas Neues zu bieten.

Aber, sehr geehrter Herr Abgeordneter Loidl, der Radio- und Fernsehmechaniker, den Sie als Beispiel angeführt haben, der hat vor zehn Jahren auch nicht mit dem Vorschlaghammer das Radio repariert. Dazu hat er auch nur einen Schraubenzieher gehabt und die Prüfgeräte. (Abg. Loidl: „Aber 30 Prozent haben die Prüfung nicht bestanden!“)

Ich komme auf das noch zurück. Natürlich müssen wir zur Kenntnis nehmen — ein sehr hartes Wort —, daß es durch die Entwicklung, durch die Bildungsexplosion hier natürlich zu einer negativen Auslese kommt. Sie können nicht bestreiten, daß besonders der Handelsberuf vor 15 und 16 Jahren einer gehobenen Berufssparte zuzuzählen war. Heute wandern diese Arbeitskräfte in „Mupäds“, Mittelschulen und Fachschulen ab; die früher Hilfsarbeiter geworden sind, drängen heute zum Facharbeiter. Gott sei Dank, wir müssen feststellen, daß die Zeit des Hilfsarbeiters vorüber ist. Das sind in erster Linie die Arbeitslosen, die aus dem Mangel von Kenntnissen keinen passenden Arbeitsplatz finden.

Aber Sie sagten auch, daß die Kammern hier in ihren Internaten einfach Internatsgebühren

verlangen, die der arme Lehrling bezahlen muß. Herr Abgeordneter Loidl, ich kann Ihnen sagen, erstmals wird die Lehrlingsentschädigung vom Meister einbezogen. (Abg. Loidl: „Das ist ja Verdienst!“)

Während der Zeit arbeitet er nichts. Wenn er auf Kosten der Allgemeinheit das lernen darf. (Abg. Loidl: „Dann fahren sie auf Urlaub und lassen dorthin das Geld überweisen und dann sagen Sie, es kostet ihn nichts!“)

Er braucht keinen Urlaub nehmen. Wir haben eine Schulzeit und jeder Betrieb muß ihm die Zeit zur Erfüllung seiner Schulpflicht zur Verfügung stellen. (Abg. Loidl: „Das ist Arbeitszeit, die Schulzeit! Bezahlte Arbeitszeit!“)

Diese Arbeitszeit leistet er dort ab, um das zu lernen.

Aber es gibt in ganz Steiermark kein Landes-schülerheim, das so niedrige Internatskosten verlangt, als die Internate der Handelskammer. Ich möchte Ihnen noch etwas sagen, Herr Loidl.

Die Handelskammer hat für die Errichtung von Internaten 105,661.021,29 Schilling ausgegeben. (Abg. Loidl: „Die Groschen wußte ich nicht!“)

Was glauben Sie, wer das sonst hätte ausgeben müssen. Ich glaube, das Land Steiermark, weil wir nach dem Gesetz zu dieser Aufgabe verpflichtet gewesen wären, sofern sich kein anderer Internatsträger findet. Aber nicht nur das. Sie haben gesagt, die Personalkosten werden vom Land Steiermark bezahlt. Auch hier müssen Sie einen Unterschied machen. Für das Personal, das heißt Küchen- und Aufräumpersonal, zahlt die Handelskammer. Das Land Steiermark zahlt zum Erzieherdienst 50 Prozent der Effektivkosten dazu. Auch hier wäre das Land Steiermark nach dem Gesetz verpflichtet, die Kosten allein zu tragen. Für Erzieherkosten sind in der Zeit von 1964 bis 1968 11,085.000 Schilling angelaufen und das Land hat dafür die Hälfte, 5,542.500 Schilling, bezahlt. Wenn das keine echte Ersparnis ist für das Land, dann verstehe ich diese Dinge nicht. Ich bin bereit, wenn Sie die zusätzlichen Mittel beschließen (die Handelskammer Steiermark muß 50 Millionen Schilling Darlehen aufnehmen, um die weiteren Internate errichten zu können), vom Land Steiermark aus zu bauen. Wir sind beim Budget. Herr Landesfinanzreferent, Sie brauchen mir nur um 50 Millionen Schilling aufzustocken und die Kammer braucht kein Internat bauen Herr Loidl. (Abg. Loidl: „Das ist Demagogie!“)

Die Arbeiterkammer ist noch nie zu mir gekommen und hat gesagt, wir wollen auch ein Internat bauen, laßt uns hier teilhaben an diesen Dingen. Es stünde ihr frei. Warum hat sie es bis heute nicht getan? Man kann nicht einfach eine Institution kritisieren, die für die Ausbildung von jungen Menschen diese gewaltige Summe hinlegt. Ich verstehe nicht, daß man das der Handelskammer nicht zuspricht und daß man sagt, sie bekommt 50 Prozent vom Land ersetzt. Das ist umgekehrt. Die Handelskammer zahlt zu einer Aufgabe des Landes. Hier soll man die Dinge nicht verwischen und verwirren. Das

wäre dem Hohen Haus nicht angepaßt. Das sind die Dinge, die man aussagen muß.

Ich sagte heute schon, daß es jedem jungen Menschen in Österreich möglich ist, einen Beruf zu erlernen, sofern er selbst will. Das ist die Voraussetzung. Sie müssen mir die jungen Menschen bringen, die auf Grund ihres sozialen Standards nicht imstande sind, sich einen echten Beruf anzueignen. Das Land Steiermark gibt folgende Summe allein an Lehrlingsbeihilfen aus:

Im Jahre 1963 rund 780.000 Schilling, 1964 1,032.000 Schilling, 1965 2,300.000 Schilling, 1966 2,400.000 Schilling und 1967 2,800.000 Schilling.

Ich glaube, daß jeder sozial berücksichtigungs-würdige Fall von der Abteilung 4 positiv erledigt wurde. Ich muß Sie auffordern, wenn Sie einen Fall haben, von dem Sie sagen können, das stimmt nicht, daß Sie ihn mir offen darlegen. Sie werden in der Steiermark keinen finden.

Ich glaube, das Land und die Kammer sind sich genau bewußt, was sie ihrer Jugend schuldig sind und haben diese Forderung, die an sie herangetragen wurde, bis zum heutigen Tage erfüllt. (Beifall.)

**Präsident:** Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

**Berichterstatter Abg. Hermann Ritzinger:** Ich verzichte auf das Schlußwort und wiederhole meinen Antrag.

**Präsident:** Ich ersuche die Abgeordneten, die mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 2 einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Die Gruppe 2 ist angenommen.

Unterbrechung der Sitzung: 21.45 Uhr.

Fortsetzung der Sitzung: 11. Dezember 1968, 8.30 Uhr.

**Präsident:** Ich eröffne die gestern unterbrochene Sitzung des Hohen Hauses.

Wir kommen zur

### Gruppe 3 „Kulturwesen“

Berichterstatter ist Herr Abg. Anton Nigl. Ich erteile ihm das Wort zu seinem Bericht.

**Abg. Nigl:** Hoher Landtag! Die Gruppe 3, „Kulturwesen“ umfaßt sechs Abschnitte mit 12 Unterabschnitten, und zwar die Wissenschaftspflege mit den Museen, den Bibliotheken und der sonstigen Wissenschaftspflege, der Kunstpflege mit den Kunstschulen, dem Theater- und Bühnenwesen, den Musikschulen und der Musikpflege sowie der sonstigen Kunstpflege, weiters der Volksbildung mit den Einrichtungen der Volksbildung und der sonstigen Volksbildung, der Heimatpflege, beinhaltend die Unterabschnitte Denkmalpflege, den Naturschutz und die sonstige Heimatpflege mit dem Landesarchiv, dem Rundfunk- und Filmwesen.

Die hervorstechenden Gruppen sind, bezogen auf die Summen, die Museen mit 15,482.000 Schilling Ausgaben, die Musikschulen und die Musikpflege mit Ausgaben von 22,599.000 Schilling sowie das Theater- und Bühnenwesen für welches ein Aufwand von 21,594.000 Schilling präliminiert ist.

Die gesamte Gruppe verzeichnet Einnahmen von 4,986.000 Schilling, denen Ausgaben von 85,522.000 Schilling gegenüberstehen. Das Land Steiermark dokumentiert damit seinen beachtlichen finanziellen Leistungswillen für die kulturellen Anliegen des Landes. Namens des Finanz-Ausschusses beantrage ich die Annahme dieser Budget-Gruppe.

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich als erster Redner Herr Abg. Dipl.-Ing. Schaller. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. Schaller:** Hohes Haus! Wenn man die zum Teil recht lebhaft diskutierte und die steirische Kulturpolitik verfolgt und die Gruppe 3 unter diesem Gesichtspunkt ein wenig durchleuchtet, so kann man eine recht interessante Feststellung machen. Den größten Teil der Gruppe 3 machen die Abschnitte Theater und Bühnenwesen mit 21 Millionen Schilling, Museen mit 15 Millionen Schilling und die Musikpflege mit 23 Millionen Schilling aus. Der Schwerpunkt der kulturellen Förderung im Lande liegt, zumindest im Haushaltsvoranschlag, eindeutig bei den klassischen Kultureinrichtungen. Dies hat sicherlich seinen Grund und die Bedeutung dieser Einrichtungen wurde in diesem Hause immer wieder eingehend und ausführlich gewürdigt. Jene Posten, die dem zeitgenössischen Schaffen dienen und etwa in Unterabschnitt 329 zusammengefaßt sind, nehmen sich mit etwa 4,5 Millionen Schilling fast eher etwas bescheiden aus. Aber sie sind es, die immer wieder zu recht lebhafter Diskussion Anlaß geben und den Eindruck entstehen lassen, als ob sich die kulturelle Förderung einseitig auf diesen Bereich konzentrierte.

Diese kurze Aufstellung zeigt schon, wie wenig begründet diese Meinung ist. Warum entzündet sich aber dann gerade an diesen Fragen meist die Diskussion um die Kulturpolitik? Ich glaube, daß man sich als Abgeordneter auch um Fragen der Kultur und des Geistes Gedanken machen muß. Und zwar nicht zuletzt auch deshalb, weil eben die Ausstrahlungen des Geistes tief hineingreifen in die übrigen Bereiche des Lebens, bis in die gesellschaftliche Umwandlung hinein. Ich möchte deshalb versuchen, von meinem Standpunkt aus zu einigen dieser Fragen kurz Stellung zu nehmen und einige Gesichtspunkte zu beleuchten:

1. Eine lebendige, gegenwartsorientierte, um nicht zu sagen eine zukunftsorientierte Kulturpolitik muß ihrem inneren Wesen nach zu Auseinandersetzungen führen und den Widerspruch provozieren.

Wenn das nicht der Fall ist, dann geht sie im gewissen Sinne an der Wirklichkeit vorbei. Zeitgenössisches, geistiges und kulturelles Schaffen,

wie es sich heute darbietet, fordert zur Stellungnahme heraus. Es stellt den Menschen in seiner ganzen Fragwürdigkeit, in seiner Existenz in den Mittelpunkt. Es ist das existenzielle Erlebnis von Angst, Bedrohung, Unfreiheit, Krieg und Gewalttätigkeit, das ihm vordergründig begegnet. Nicht das Gute und das Schöne, nicht die Harmonie und die Freude ist es, denen der Künstler vielleicht zuerst gegenübertritt. Deshalb auch der oftmals erschreckende desillusionierende Charakter der Darstellungen, der sich bis zur Häßlichkeit verdichten kann.

Gegenwärtiges Schaffen, soweit es aus ernsthaften Bemühungen kommt, ist alles eher als unverbindlich. Es ist ein sehr engagiertes, es fordert heraus. Diese Entwicklung sehen, heißt natürlich nicht, sie in allem und jedem gutheißen oder gar begrüßen. Es heißt auch nicht, alles Angebotene kritiklos und ungeschaut übernehmen. Man wird nicht zu allem „Ja“ sagen können, weil es Grenzen gibt, die nicht ungestraft überschritten werden dürfen. Sich aber von vornherein zu verschließen wäre ebenso unsinnig wie das Gegenteil. Ich glaube, daß die steirische Kulturpolitik hier einen recht eigenen, aber richtigen Weg gegangen ist. Man kann nicht einfach all das, was heute geschieht und vorgeht, ignorieren. Die ausschließliche Förderung allseits anerkannten und gesicherten Kulturgutes ist zwar unproblematisch, aber kaum sehr lohnend. Würde man dies tun, stellte man sich außerhalb jedes zeitgenössischen aktuellen Geschehens und müßte den Anspruch auf Mitgestaltung der Welt des Geistes verwirken. Wenn man aber, wie es hierzuland geschieht, den Schritt in das Heute und Morgen riskiert, so begibt man sich natürlich unmittelbar in das Kräftefeld der Auseinandersetzung und muß auch zur Kenntnis nehmen, daß man kritisiert oder angegriffen wird. Die Lebendigkeit der Auseinandersetzung etwa in Steiermark hat uns sicherlich gezeigt, daß der Weg an sich richtig ist.

2. Dem zeitgenössischen kulturellen und geistigen Schaffen wird sehr gerne eine auflösende, zersetzende Tendenz zugeschrieben. Dies kann man nicht so ohne weiteres überhören, insbesondere dann, wenn man als Träger öffentlicher Verantwortung für Aufbau und Ordnung zu sorgen hat. Dieser Vorwurf ist auch nicht so ohneweiters wegzudiskutieren. Es gibt tatsächlich in der Kunst und in der Literatur deutlich spürbare, anarchistische, negierende Züge. Aber hier muß man auch ein grundsätzliches Wort sagen.

Wenn es solche Auflösungserscheinungen gibt, dann sind sie primär nicht im Künstler selbst entstanden, sondern in der Gesellschaft. Im künstlerischen Werk finden sie vielmehr ihre Selbstdarstellung.

Diese Feststellung entbindet den Künstler sicherlich nicht seiner subjektiven Verantwortung. Es sollen mit dieser Feststellung auch nicht gelegentliche Verirrungen und Abartigkeiten entschuldigt oder bagatellisiert werden. Sie sind im übrigen nicht der Normalfall. Ich glaube, das dürfen wir durchaus sagen, sondern sie sind Gott sei Dank immer noch die Ausnahme.

Das, was mich persönlich viel mehr bedrückt, wenn man von Auflösung und Zersetzung spricht, ist eine andere Tatsache. Es ist die systematische Zerstörung des Menschen durch die Aushöhlung und Verflachung seiner Persönlichkeit.

Dieser Zerstörung leisten aber nicht die Künstler Vorschub, sondern jene Männer, die einen sehr beträchtlichen Teil der modernen Massenmedien in der Hand haben und diese ihre Machtstellung ohne Bedenken in reiner Gewinnsucht einzusetzen verstehen. Dieses Geschäft geht gut. Es gibt nichts, was nicht bunt illustriert und entsprechend aufgemacht in millionenfacher Auflage an die Öffentlichkeit geschleppt wird. Je primitiver umso besser. Der Verdummung sind keine Grenzen gesetzt. Egoismus, Gewalttätigkeit und Perversität werden über diesen Weg allmählich gesellschaftsfähig gemacht und eingeschleust. All das geschieht unter scheinheiliger Anrufung der Freiheit, mit deren Namen kaum jemals mehr Unfug getrieben wurde.

Zu den Gefährdungen des Humanen gehört auch die kalkulierte Manipulation durch die Wohlstandsgesellschaft. Über die Weckung immer neuer Bedürfnisse und neuer Wünsche wird der Mensch mehr und mehr in einen nahezu sinnlosen Konsumzwang getrieben und zum Sklaven der eigenen Begehrlichkeit gemacht. Vor wenigen Tagen habe ich im Fernsehen ein Interview mit einem der Päpste der Meinungsforschung, der Werbepsychologie, verfolgt und der hat zugegeben, daß 80 Prozent der Dinge, die gekauft werden, nicht gebraucht werden.

Ich glaube, hier liegt eines jener Bemühen im studentischen Bereich, auch in den Ideen eines Marcuse, diesen Hexenkreis zu durchbrechen. Ich glaube, aus diesem Gesichtspunkt heraus müßte man sich mit der studentischen Idee, die dort vertreten wird, auseinandersetzen.

3. Es betrifft die Frage der Gefährdung der Autorität. Die geistigen Bewegungen, wie sie heute, insbesondere in der studentischen Jugend festgestellt werden, sind tiefgreifend und zwar deshalb, weil es sich um einen sehr konsequenten rationalen Prozeß handelt. Daran ändert nichts, wenn die Betroffenen vorerst über sich selbst keine klaren Aussagen zu treffen vermögen. Es geht ihnen nicht so sehr um dieses oder jenes Problem. Vorerst wird alles, auch das was manchen sehr angenehm und teuer geworden ist, in Frage gestellt. Nur das, was einer kritischen Prüfung stand hält, will übernommen werden.

So ist jedenfalls die Vorstellung. Der Kritik, welcher bei uns nicht ungern das Wort Zersetzung vorgesetzt wird, kommt daher eine entscheidende Bedeutung als Mittel zur Wahrheitsfindung zu. In diesen Zusammenhang stellt sich zwangsläufig das Problem der Autorität. Aber es ist nicht diese selbst, die in Frage gestellt wird. Es ist vielmehr der dogmatische Anspruch auf blinde Gefolgschaft. Jene Autorität wird in Frage gestellt, die losgelöst von ihrem Träger lediglich auf Grund eines Amtes oder einer Stellung beansprucht wird. Es ist das Amtskappel, das Obrighkeitsdenken, die Überheblichkeit und

die Selbstgefälligkeit, die hier bekämpft werden.

Ich glaube, nicht zu Unrecht, Autorität und Macht haben in der Demokratie einen anderen Ausgangspunkt als in einem absoluten oder autoritären System. Nicht, daß die Demokratie auf Autorität verzichten könnte. Sie ist auch hier vonnöten. Aber sie wird nur dort anerkannt, wo sie einseitig und glaubhaft gemacht werden kann, wo sie von einer gereiften und erfüllten Persönlichkeit getragen wird. Die Art und Weise in der sich die Jugend mit diesen Problemen auseinandersetzt, ist eine recht sympatische. Sie ist in vielem ehrlicher und aufrichtiger, wenn auch härter und konsequenter als in der früheren Zeit. Was einen bedenklich stimmt, ist die Hilflosigkeit und Unsicherheit, mit der manche unserer Zeitgenossen den Fragen der jungen Menschen gegenüberstehen. Das ist der geistige Hintergrund für unser kulturelles, geistiges und politisches Wirken. Wenn wir bestehen wollen, so müssen wir uns diesen Fragen stellen. Ich bin fest überzeugt, daß nicht zuletzt die Aufgeschlossenheit, die gerade in diesem Land im Bereiche des Geistes und der Kultur anzutreffen ist, wesentlich dazu beigetragen hat, daß die notwendigen Auseinandersetzungen nicht jene Formen angenommen haben, wie wir sie von anderen Ländern her kennen. Weil es zu den schöpferischen Kräften im Lande eine Verbindung gibt, stehen sie nicht abseits, sozusagen in außerparlamentarischer Opposition, sondern bilden einen kräftigen Bestandteil und einen wichtigen Impuls für unser geistiges Leben.

Ein 4. und Letztes, Kulturpolitik und Fortschritt. Die steirische Kulturpolitik wird von manchen als zu fortschrittlich angesehen. Die grundsätzliche Bejahung der Konfrontation mit dem Heute schließt das Bekenntnis zur überlieferten Kultur keineswegs aus. Wer würde es wagen, etwa einen Beethoven, Bruckner, Albrecht Dürer, um nur einige zu nennen, überhaupt in Fragen zu stellen. Sie stehen außer jeder Diskussion.

Wir müssen ehrlich und aufrichtig bekennen, daß wir ohne diese Großen der Geschichte des Geistes nie das wären, was wir heute sind oder zu sein glauben. Aber gerade in der steirischen Kulturpolitik ist dieser weite Bogen immer wieder gespannt worden. Ich denke an die großartigen Ausstellungen der letzten Jahre, die vom Land Steiermark veranstaltet und getragen wurden; an die Innerösterreich-Ausstellung, an den steirischen Bauern und an die letzte Ausstellung in diesem Jahr „Der steirische Berg- und Hüttenmann“, die wir nicht zuletzt auch der Initiative des steirischen Kulturreferenten verdanken.

Ich denke hier auch an die Schaffung des österreichischen Freilichtmuseums in Stübing, das in seiner ganzen Dimension sicherlich erst in einigen Jahren erkannt werden wird. Vielleicht liegt die Ursache so manchen Mißverständnisses darin, daß wir allzu gern bereit sind einzuteilen und einzuordnen. Die einen werden sehr schnell als progressiv, die anderen als konservativ bezeichnet. Als ob nicht beides nebeneinander oder ineinander möglich wäre. Ist man etwa deshalb konservativ, weil man sich zur Geschichtlichkeit



der Kultur bekennt und auch das hinter uns Liegende mit hereinnimmt? Ist man deshalb schon fortschrittlich, wenn man sich zeitgemäß und modern gibt? Gerade im Bereiche des Geistes ist die Klassifikation immer problematisch.

Die Etikette sagt gar nichts. Das wirkliche Kriterium der Wertmaßstäbe liegt ganz wo anders. Es ist die Einstellung zum Menschen und seiner Welt. Es ist die Gesinnung der Offenheit und Wahrhaftigkeit, die Bereitschaft zum Gespräch, zur kritischen Auseinandersetzung. Es ist die grundsätzliche Bejahung und Respektierung des anderen und die daraus erfließende Toleranz und es ist nicht zuletzt auch das Bekenntnis zu einer fortschreitenden Entwicklung des Menschen und der Menschheit. Das ist die Gesinnung, die uns auszuzeichnen hätte. Indem wir glauben, daß diese hinter den kulturpolitischen Bemühungen in der Steiermark steht, vermag ich für meine Person ein klares und deutliches Ja zur steirischen Kulturpolitik zu sagen. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abg. Lind. Ich erteile es ihm.

**Abg. Lind:** Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte nun als Einbegleitung Musik an Ihr Ohr dringen lassen, zumindest im Geiste. Meine Worte gelten auch heuer wieder der Blasmusik. Die Blasmusik hat Tradition, sie ist ein besonderer Kulturträger in unserem Lande. Sie ist aber auch der Träger der Volksmusik. Die künstlerische Ausbildung schreitet immer mehr voran. Sie dient vor allem aber auch der Jugend- und Erwachsenenbildung und ist ein besonderes Mittel für die Völkerverständigung, aber auch für unsere Verständigung. Die Blasmusik hat sehr große Aufgaben übernommen und sie hat eine riesengroße Breitenwirkung, speziell auf dem Lande, aber nicht zuletzt auch in der Stadt. Ich glaube, daß wir aber vor allen Dingen immer wieder dagegen ankämpfen müssen, daß die Blasmusik doch noch teilweise als zweitrangig erklärt wird.

Dies ist unter keinen Umständen der Fall. Es wirken in der Steiermark 370 Kapellen, also die Blasmusik-Kapellen haben sich in der letzten Zeit wieder um zehn vermehrt. In diesen 370 Kapellen wirken über 9.000 Blasmusiker mit und davon sind wieder über 2.000 Jungbläser.

Es ist sehr erfreulich, daß es hier keine Nachwuchsschwierigkeiten gibt. Es ist selbstverständlich, daß diese Blasmusiker eine sorgfältige Ausbildung brauchen und daß wir daher für diese Ausbildung auch die entsprechenden Förderungsmittel zur Verfügung stellen müssen. Die Ausbildung der Blasmusiker erfolgt selbstverständlich in den Musikschulen. Die Musikschulen haben ebenfalls große Aufgaben übernommen und es tragen hier speziell die Gemeinden ihre besonderen Leistungen dazu bei. Die Musikschulen ringen den Gemeinden sehr große finanzielle Mittel ab. Aber wenn wir vergleichen, daß in den Musikschulen beispielsweise im Vorjahr 169 Bläser, 94 Holzbläser und 16 Schlagwerker ausgebildet wurden, so wurden von den Blas-

musikern selbst mehr als viermal so viel Bläser, also 794 und 344 Holzbläser und 124 Schlagwerker ausgebildet. Wir tragen also große Verantwortung, daß diese musisch begabten Menschen die Möglichkeit für eine gute Ausbildung haben, daß die Kapellmeister entsprechend ausgebildet werden und die Förderungssumme von 120.000 Schilling im Vorjahr erhöht wurde. Leider kam nicht der volle Betrag zur Auszahlung. Ich möchte daran erinnern und darum bitten, daß diese Förderungsmittel in der nächsten Zeit erhöht werden, vielleicht ist es auch noch möglich durch eine Umdisponierung im jetzigen Budget, diese Mittel zu erhöhen.

Wenn wir Vergleiche anstellen, so gibt Tirol dreimal so viel für die Förderung der Blasmusik aus, Kärnten und Oberösterreich geben je 70.000 Schilling nur für Schulungszwecke; bei uns sind 20.000 Schilling dafür eingebaut. Niederösterreich selbst steht an der Spitze mit einer Förderungssumme von einer Million Schilling. Dazu kommen noch 500.000 Schilling für die Anschaffung von Trachten und Instrumenten. Die Blaskapellen selbst sind auch ein besonderer wirtschaftlicher Faktor. Sie haben im Vorjahr Ausgaben von über 6,715.000 Schilling getätigt. (Abg. Dr. Klausner: „Vergessen Sie die Musikschulen nicht, Herr Kollege!“)

Habe schon die Musikschulen mit eingeflochten. Und wir sind alle davon überzeugt, daß auch die Musikschulen große Aufgaben übernommen haben, aber daß die Breitenwirkung über die Bläser selbst noch dem weit voransteht und daß wir deshalb auch verpflichtet sind, diesen Blaskapellen eine bessere Förderung ange-deihen zu lassen. Die Blasmusikkapellen stehen vor allem auf dem flachen Lande weitaus im Vordergrund, dort, wo die Musikschulen nicht mehr hinauskommen, sind unsere Bläser als Idealisten immer wieder tätig und opfern ihre Freizeit und ihr eigenes Geld dafür. Sie haben eine unheimliche Anzahl von unbezahlten Stunden aufzuweisen.

Ich glaube, es ist daher unsere Aufgabe, all diesen Idealisten besonders für ihre bisherige Tätigkeit zu danken. Helfen wir alle mit, daß die Blaskapellen verstärkt werden, daß junge Menschen wieder in die Blaskapellen eintreten. Helfen wir mit, daß die Blasmusik ihre Tradition beibehält, helfen wir am weiteren Aufbau mit und geben wir finanziell mehr für die Förderung der Blasmusikkapellen. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Ich erteile Herrn Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz:** Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! In dieser Gruppe 3 ist auch ein Abschnitt, der sich mit der Wissenschaftspflege, also mit der Förderung von Forschung und Wissenschaft beschäftigt, letzten Endes mit jenen Aufgaben, die der Steiermärkische Wissenschafts- und Forschungs-Fonds mit zu unterstützen hat. Ich kann es mir nicht versagen, auf eine Einzelheit einzugehen, die im Rechnungshofbericht bei der Überprüfung der Jahre 1963, 1964 und 1965 aufscheint und die im

Grunde genommen eine Bestätigung der Anfrage meines Klubkollegen Abg. Scheer vom 6. Juli 1965 beinhaltet.

In der damaligen Anfrage haben wir festgestellt, daß jene Anweisung, die seitens der Regierung beschlossen wurde, nämlich von Baurechnungen eine bestimmte Prozentsumme — genau genommen ein Prozent — dem Wissenschafts- und Forschungsfonds zuzuführen, ohne Rechtsbasis, das heißt auf kein Landesgesetz gestützt ist. Wir haben weiters festgestellt, daß dies kein geeigneter Weg zu einer wirksamen Förderung ist, daß es ein Verstoß gegen budgetrechtliche Grundsätze darstellt und wir haben die Frage gestellt, ob eine Erhöhung der Landesaufwendung für Forschung und Wissenschaft in geregelter Form geplant ist. Der Herr Landeshauptmann hat in seiner damaligen Antwort festgestellt, daß er keinen Verstoß gegen budgetrechtliche Grundsätze darin sehe und das ein Gesetz demnächst dem Landtag zugeleitet würde. So lautete die Antwort vom 6. Juli 1965. (Landeshauptmann Krainer: „Leider, der Verfassungsdienst macht so große Schwierigkeiten!“)

Nun hat der Rechnungshof bei der Überprüfung festgestellt, daß die außerhaushaltsplanmäßige Darstellung in der durchlaufenden Gebarung unzulässig war. Ich zitiere wörtlich: „Die von der Landesregierung getroffene Maßnahme entbehrt aber einer gesetzlichen Grundlage. Durch Skonti erreichte Verbilligungen können nicht für andere Zwecke verwendet werden . . . usw. Und das nächste: daß der Einbehalt von ein Prozent in der Kalkulation als Ergebnis dieser Maßnahme, eine Verringerung der Skonti bewirkte, wo früher zwei bis drei Prozent von den Firmen oder Beauftragten gewährt wurden.“

Nun, meine Damen und Herren, worum geht es? Und worum ging es uns damals und worum geht es uns heute? Nicht — und diese Bedenken bestehen natürlich nach wie vor — weil budgetrechtlich der ganzen Vorgangsweise nicht zugestimmt werden kann, soll etwa eine Förderung unterbleiben. Aber wir glauben, daß die Förderung von Forschung und Wissenschaft zweifellos in der Bedeutung jenen Rang einzunehmen hat, daß eine ordentliche und ausreichende finanzielle Regelung auch einer Materie gerechtfertigt ist, die an sich rein formell verfassungsmäßig Bundesangelegenheit ist. In einem Land, das letztlich mit seinen vier Hochschulen aufs engste mit Forschung und Wissenschaft verbunden ist, ist es notwendig, die geeignete gesetzliche Grundlage zu schaffen.

Wenn wir nun schon von dieser Wissenschaft und Forschung reden, dann darf ich doch auch ein wenig auf den Ruf nach Hochschulreformen, nach Reformen im Schulwesen zu reden kommen, die angeblich oder vornehmlich eine der Hauptursachen einer unruhigen studentischen Jugend sein sollen.

Meine Damen und Herren, ich möchte eines feststellen: Jene — und ich gehe da nicht unbe-

dingt primär auf österreichische Verhältnisse ein — die als echte — und hier möchte ich betonen — politische Drahtzieher hinter studentischen Unruhen stehen, sind keinesfalls typisch für das, was sich in studentischen Kreisen tatsächlich vollzieht. Denn würden nicht absolut unzureichende Verhältnisse gegeben sein, dann würden die von mir genannten Drahtzieher zweifellos ohne Gefolgschaft und ergebnislos ihre Versuche unternehmen. Aber sie haben Gefolgschaft, weil sie echtes Unbehagen aufgegriffen und, ich möchte nicht sagen, zur Wirkung gebracht, aber mobilisiert haben und zwar ohne bestimmte Zielsetzung. Wenn gestern die Frau Abg. Prof. Hartwig hier die Frage aufgeworfen hat, inwieweit das Bildungsideal — das Humboldt'sche Bildungsideal, — der Geisteswissenschaft neben den Naturwissenschaften noch aufrecht zu erhalten ist, dann möchte ich auf eine Tatsache hinweisen: Nämlich, daß die Studienrichtungen, konkret einige im Bereich der Philosophie, bei den Soziologen, bei den Politologen, also jene geisteswissenschaftlichen Richtungen, die bewußt und traditionell in den gesamten Studienbereich eine gar nicht geringe Zeitdauer mit einberechnet haben, die gewissermaßen der eigenen Bildung — nicht der vorgeschriebenen — sondern der zusätzlichen dient, daß genau das jene Fakultäten oder jene Institute auf den Hochschulen sind, wo offensichtlich die Studenten mit dieser ihrer eigenen Bildungsmöglichkeit und der für die eigene Bildung ohne Lehrplan vorgesehenen Zeit nichts anzufangen wissen.

Gerade diese Studienrichtungen beherbergen aber die Unruheherde. Interessanterweise findet man das nicht bei den Medizinern, nicht auf der technischen Hochschule, nicht dort, wo ein zwar sehr verpöntes, aber sehr exaktes Studium betrieben wird. (Abg. Dr. Heidinger: „Und weil sie keine Stellen kriegen. In Deutschland produzieren sie am laufenden Band!“)

Diese Frage ist deshalb nicht so brennend, weil die Ersteren, wenn sie die Studiendauer in der jetzt noch festgesetzten Zeit fortsetzen, einige Zeit brauchen werden, bis sie in die Situation kommen, sich nach einem abgeschlossenen Studium um Stellen zu bewerben. Es würde vielleicht dazu reizen, die Frage aufzuwerfen, ob nun all das, was als Studium bezeichnet wird, auch als solches in Wirklichkeit aufzufassen ist oder ob nicht manchmal krampfhaft der Versuch gemacht wird, ganz normale Überlegungen durch eine bewußte Komplizierung in den Rang eines Studiums zu erheben? Was steckt aber tatsächlich noch dahinter? Es ist vom Parlament das allgemeine Hochschulstudiengesetz verabschiedet worden. Darin ist die Verheißung ausgesprochen, daß in den Detailstudienplänen der einzelnen Studienrichtungen, etwa die Dauer des effektiven Studiums, der theoretischen Dauer angepaßt wird.

Mit anderen Worten, daß es möglich ist, in der vorgesehenen Zeit das Studium zu absolvieren. Denn der jetzige, seit gut eineinhalb Jahrzehnten anhaltende Zustand ist der, daß es in manchen Bereichen insbesondere komplizierter

technischer, medizinischer und chemischer Studien nicht möglich ist, in den 8, 9 oder maximal 10 Semestern fertig zu werden, sondern die durchschnittliche Studiendauer bei 14, 15 bis 16 Semestern liegt. Es sollte also diese Verheißung des Gesetzgebers erfüllt werden. Bis jetzt ist erst ein Entwurf einer Studienrichtung im Bereiche der Begutachtung. Ich glaube, daß wir hier von der Steiermark auch in dem uns möglichen Rahmen dazu beitragen sollten, endlich die Detailstudienpläne und die begonnenen Beratungen in dieser Richtung zum Tragen zu bringen.

Eine nächste Frage ist die der Lehrkanzelbesetzungen. Es ist nicht nur ein Problem, daß wir zu wenig Professoren, Dozenten und Assistenten haben und es daher an persönlichem Kontakt zwischen Lehrenden und Lernenden fehlt, sondern die Frage ist die, wer nun diese Lehrkanzeln besetzt, ob der Anreiz (ich habe in einem anderen Zusammenhang gestern schon davon gesprochen) für eine geeignete wissenschaftliche Fachkraft gegeben ist, eine Lehrkanzel in Österreich zu besetzen. Diesen Anreiz nur auf dem finanziellen Gebiet sehen zu wollen ist ein Irrtum und wäre eine Ungerechtigkeit gegenüber der Forschungstätigkeit. Denn dieser Anreiz liegt mindestens im gleichen Ausmaß dort, wo es sich um die Forschungsmöglichkeiten des einzelnen Professors handelt.

Wenn er auch in diesem Bereich der Forschung nur etwa gleiche Konditionen vorfindet als in anderen Ländern, dann wird dieser Anreiz praktisch auf Null reduziert, dann haben wir unbesetzte Lehrkanzeln oder besetzte Lehrkanzeln, aber mit Leuten, die sich als brave Verwalter bestehender Ideen, als Schreiber des 15. Buches aus 14 vorliegenden zu der Professorenwürde hinaufgedient haben. Die, glaube ich, sollten auf unseren Hochschulen nicht lehren. Eine weitere Frage ist, wie weit kann die Verwaltungsarbeit den Professoren und wissenschaftlichen Kräften zugemutet werden. Eine weitere sehr entscheidende Frage ist: Fakultätssystem oder das amerikanische Departmentsystem.

Ich glaube, daß hier in dieser Frage einmal von einer Seite sehr offen gesprochen werden sollte, die bisher geschwiegen hat. Es soll einmal die österreichische Industrie, es sollen führende Industriekräfte aus dem Ausland sich dazu äußern, was sie von der Ausbildung des österreichischen Technikers halten. Davon verspreche ich mir viel mehr als von Überlegungen seitens 18-, 19- oder 20jähriger Studenten, die im Grunde genommen bestimmt Gutes wollen, aber keine Ahnung vom Tuten und Blasen haben.

Wenn heute die Ausbildung auf diesen Zweigen der Hochschule eine absolut befriedigende mit einem hervorragenden Ergebnis ist, dann soll man sich nicht mit Gewalt in ein System hineinlizitieren, nämlich in das des Departments, das meiner Überzeugung nach ungeeignet ist, jene Ausbildung weiterzuführen, wie sie bisher auf den Hochschulen — und ich nehme jene Zweige, wo wir wirklich auch heute noch die Wettbewerbsfähigkeit in der Ausbildung durchaus aushalten — zu ausgezeichneten Ergebnissen geführt hat und führt.

Ein weiterer Punkt bezieht sich auf die Frage Berufungs- und Abberufungsverfahren. Natürlich gibt es den Verkalkungsprozeß nicht nur im wirtschaftlichen und politischen, sondern auch im Bereich der Hochschule. Selbstverständlich kann sich die Notwendigkeit ergeben, einen Professor nach 25jähriger Dauer und Lehrkanzelinhabung von dieser Tätigkeit abzurufen. Das Abberufungsverfahren unter Festlegung bestimmter Voraussetzungen scheint mir noch immer zielführender zu sein, als die Berufung auf Zeit, von der soviel gesprochen wird und von der sehr wenig zu halten ist.

Eine nächste Frage, die rein zum Schlagwort geworden ist und der man den Hintergrund aufzeigen muß, ist die berühmte Drittelparität, das heißt die Vorstellung, daß das gesamte Hochschulgeschehen im gleichen Ausmaß von Studenten, Assistenten, Dozenten und Professoren bestimmt wird. Wenn man einigermaßen nüchtern die Vorgänge im Bereich der Studenten- und Hochschulverwaltung betrachtet, dann muß man folgendes klar aussprechen. Es gibt zweifellos eine ganze Anzahl von Bereichen innerhalb der Hochschule, die ausschließlich von Studenten allein ohne Dreireden von Professoren zu erledigen sind. Aber ebenso gibt es Bereiche, die ausschließlich von Professoren ohne Mitbestimmungsrecht der Studenten zu entscheiden sind.

Ich kann mir nicht vorstellen, daß in dem früher genannten Berufungsverfahren Studenten mitzureden haben sollen, weil ihnen die Grundlagen zur Urteilsfähigkeit in dieser Frage fehlen. Ich kann mir umgekehrt nicht vorstellen, was bei der Stipendienvergabe die Professorenenschaft dreinzureden hat, weil ihr ebenso die Grundlage zur Beurteilung fehlt. Daher: Eine vernünftige Regelung wird es nur dann geben, wenn eine stufenweise Zusammenarbeit in jener Form erfolgt, die von eindeutigen Studentenhörheiten bis zur eindeutigen professoralmehrheit im Rahmen der Hochschulverwaltung reicht.

Keine Frage ist es, daß die heutige Fakultätsgliederung, soweit sie etwa eine Konkurrenzierung — hier Universität, dort Technik — ich meine dabei die Mathematik, die Physik, die Chemie usw. darstellt, eine Änderung erfahren muß und daß es notwendig sein wird, insbesondere interdisziplinäre Institute neu zu schaffen. Es war gestern von der Kybernetik die Rede. Das wäre beispielsweise eine solche interdisziplinäre Disziplin, weil sie einfach ihrer Aufgabe nach mehreren Fachrichtungen zur Seite zu stehen hat und es gäbe noch viel zu sagen über neue Lern- und Lehrmethoden, über audiovisuelle Versuche, nicht nur Versuche, sondern auch Erfolge, die bereits erzielt würden, aber, meine Damen und Herren, im Grund genommen — und das scheint mir nun das Wesentliche zu sein — wie immer man diese Frage der Hochschulreform — ich habe ja nur die wesentlichsten Punkte herausgegriffen, die zur Diskussion stehen — betrachtet, es ist eine Materie, die im konkreten Gespräch auf der Basis von Meinung und Gegenmeinung und auf der Basis

des Ringens um einen vernünftigen und richtigen Weg gelöst werden kann. Daß sie notwendig ist, steht außer Frage, daß sie kommen wird, steht außer Frage, aber daß sie nicht in konkreten Verhandlungen zwischen Studentenschaft und Professorenschaft und meinetwegen Unterrichtsministerium zu lösen ist, das möchte ich auf das heftigste bestreiten. Es scheint nicht notwendig zu sein, diese sehr klaren Probleme — möchte ich behaupten — durch faule Eier und Tomaten unterstreichen zu wollen.

Die Notwendigkeit, hart zu verhandeln, mag für den einzelnen Studentenvertreter unangenehm sein als vielleicht in der vierten Reihe von 57 Demonstrierenden irgend einen geeigneten Gegenstand auf den jeweils vorne Stehenden zu werfen. Aber Basis für eine Reform auf akademischen Boden scheint mir nach wie vor das Gespräch, wenn notwendig, das harte und wenn notwendig, das härteste Gespräch seitens der Studentenschaft zu sein. Für weniger bedeutsam halte ich Lächerlichkeiten, wie Uniformierungsfragen. Ich kann mir sogar sehr gut vorstellen, daß einige jener heftig gegen Talare Demonstrierenden nicht sehr glücklich sein werden, wenn ihre wider Erwarten doch einmal stattfindende Promotion in kurzen Lederhosen erfolgen sollte. Aber das ist ein Zeitpunkt, an den sie im Augenblick sicher noch nicht denken.

Nun, meine Damen und Herren, ich möchte aber noch ein paar Überlegungen anfügen, zu denen mich der Herr Abg. Schaller gewissermaßen verleitet hat mit seinen Ausführungen über die geistigen Strömungen unserer Zeit. Er hat zum Kunstschaffen gesprochen — und ich nehme an, daß irgendwo da doch die rund 1.5 Millionen Schilling des Trigon 1969 dahinterstecken im Rückklang mit zeitgenössischem Geschehen, „man könnte sich dem nicht von vornherein verschließen usw.“ — und er hat vor allem etwas gesagt, was mir wesentlich erscheint, wenn die Ausdrucksform des Künstlers heute nicht Verständnis hervorrufen oder wenn sie, ich möchte sagen, destruktiv erscheint, dann sei das keineswegs die Schuld des Künstlers, vielmehr sei die Schuld zu suchen bei den Massenmedien. Ich nehme nicht an, beim General Bacher, ich nehme nicht an, bei jenen verantwortlichen Chefredakteuren, sondern etwa so in der ganzen Stimmung.

Ja, meine Damen und Herren, ja und nein. Aber ich habe einmal in diesem Haus gesagt und möchte es noch einmal wiederholen, daß ebenso wie den Politikern, den Wirtschaftlern und den Informanten, also dem Journalisten, genauso wie etwa dem Rundfunk-Kommentator, auch dem Künstler eine bestimmte Verantwortung zugeordnet werden muß, eine Verantwortung, die nicht nur darin besteht, seine eigenen Gefühle wiederzugeben, sondern auch daran zu denken, wie eine solche Wiedergabe als künstlerisches Schaffen im Bereich seiner Mitmenschen wirkt. Und ich begrüße es, wenn der Herr Kollege Schaller von der Toleranz spricht, wobei ich immer wieder nur eines meine, diese Toleranz ist, wenn man schon von progressiv und

konservativ spricht, sehr bestreitbar und es beweist sich im einzelnen Fall auch immer wieder, daß das durchaus nicht so abzugrenzen ist. Aber wenn, dann muß diese Toleranz beidseitig sein, dann kann es nicht so sein, daß man offensichtlich — und so wird es ja gemeint — von Konservativen als von jenen vielen Dummen — zu denen ich mich zähle — spricht, die einfach zu primitiv sind, um zu verstehen, welche Bewegungen den modernen Künstler veranlassen, eine Leuchtstoffröhre in eine Telefonzelle hineinzuhängen und das als Kunstwerk zu deklarieren. Wenn man das nicht versteht, dann muß man also tolerant sein, um das dem Künstler zuzubilligen.

Meine Damen und Herren, ich billige ihm das gerne zu, soll er hängen, — ich meine jetzt die Leuchtstoffröhre in die Telefonzelle — aber die gleiche Toleranz muß auch von jenen sogenannten oder wirklich Progressiven verlangt werden, nämlich die Toleranz der Meinung, der Beurteilung und der Kritik. Wenn sie Kritik nicht vertragen, dann sollen sie mit ihren Kunstwerken nicht an die Öffentlichkeit treten, dann sollen sie zu Haus oder in jenem Bereich, wo sie arbeiten, tun und lassen, was sie wollen, niemand hindert sie daran. Aber wenn sie sich mit ihren Kunstwerken in die Öffentlichkeit begeben, dann müssen sie Kritik vertragen und dann müssen sie selbst so tolerant sein, nicht nur als einzig gültigen Wertmaßstab die eigene Beurteilung über das eigene Kunstwerk zu ertragen und alle übrigen als inkompetent und rückschrittlich oder konservativ oder nazistisch oder was weiß ich, zu bezeichnen.

Meine Damen und Herren, das, glaube ich, sollte doch auch dazu gesagt werden, denn ich glaube nicht, daß man bei aller Wertschätzung und bei aller Berücksichtigung von Entwicklungstendenzen, Goethe im gleichen Atemzug mit Bauer nennen kann, nur, weil beide den Vornamen Wolfgang gehabt haben. Meine Damen und Herren, ich glaube, daß es schon auch notwendig ist — und hier komme ich auf das Problem der ebenfalls vom Kollegen Schaller angeschnittenen Autorität zu sprechen — Stellung zu beziehen — ganz gleich, ob diese Stellungnahme richtig ist oder falsch. Ich behaupte gar nicht, daß die meine etwa nun richtig sei, aber immer nur Bestehendes zu relativieren, immer nur zu sagen, „ja wunderbar“, auch gegen die eigene Überzeugung, weil man Angst hat, daß man sonst eben als stock-konservativ gilt, ist auch nicht richtig. Es könnte auch Leute geben, die Angst haben, stock-progressiv zu sein.

Also nur aus Angst Stellung zu beziehen, meine Damen und Herren, das ist mit ein Grund für das in allen Bereichen festzustellende Schwinden echter Autorität, die verlangt, daß man Standpunkt bezieht, daß man Stellung nimmt, daß man seine Meinung sagt. Und heute macht leider Gottes in vielen Bereichen die Jugend letzten Endes der älteren Generation den Vorwurf, daß sie ihr nicht die Speisekarte des eigenen Lebens frei Haus serviert, sondern ihr die Entscheidung und die Beurteilung in viel zu vielen Bereichen überläßt — und das ist nämlich

der echte Vorwurf, er wird zwar nie ausgesprochen, aber es ist der Drang und die Suche darnach, zu wissen, das ist richtig und das ist falsch. Selbst draufzukommen — wie heute die Jugend aufgefördert wird — das ist sowieso in jedem Leben drinnen und wird auch bei ihnen drinnen sein, aber in allen Bereichen immer nur das Vielleicht als Antwort zu bekommen, „vielleicht ist es richtig, vielleicht ist es falsch“, das, meine Damen und Herren, führt dann klarerweise dazu, daß auch Reste echter Autoritäten langsam, aber sicher verschwinden und daß die Autorität genauso ein relativer oder, was noch viel ärger ist, funktioneller Begriff wird wie andere Fragen, wie Verantwortung, wie Toleranz, wie Meinung und dergleichen mehr.

Ich glaube daher, daß auch im Bereiche der Kunst, auch in jenem Bereich des Kunstschaffens im weitesten Sinne des Wortes, das Standpunktbeziehen, das Stellungnehmen genauso nötig ist, wie bei vielleicht hochaktuellen wirtschaftlichen, sozialen, politischen Tagesfragen und daß an dieser Stellung, sei sie geteilt oder abgelehnt, sich die Meinungen zu orientieren haben und daß mit dieser Stellungnahme auch wieder ein Teil ihrer Autorität dann erhalten bleibt, wenn es sich um eine ehrliche Meinung handelt, die nicht davon bestimmt ist, ob sie mit dem letzten Ergebnis einer Meinungsumfrage ident ist, ob sie allenfalls dem von den Meinungsforschern errechneten und oft sowieso falschen Trend entspricht, sondern ob sie dem eigenen Wissen, dem eigenen Willen, der eigenen Auffassung adäquat ist. Hier etwas weniger zurückhaltend zu sein, ganz allgemein, nicht nur im Bereich der Politik, ist, glaube ich, mit eine wesentliche Aufgabe, wenn wir den geistigen Strömungen unserer Zeit gerecht werden wollen.

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist Herr Abg. Groß. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Groß:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich mit besonderer Genugtuung feststellen, daß die Gesamtausgaben für die Gruppe 3 „Kulturwesen“ im Landesvoranschlag 1969 von 73 auf 85 Millionen Schilling erhöht worden sind. Damit stellt das Land Steiermark unter Beweis, daß man den Fragen des Kulturwesens eine besondere Bedeutung beimißt, wobei mehr finanzielle Mittel aufgewendet werden, als in manchen anderen Bundesländern.

Ich möchte das grundsätzlich festhalten, weil eine gewisse Kritik, die in meinen Ausführungen enthalten sein wird, sich daher mehr mit Tatsachen beschäftigen wird, die durch uns nur teilweise beeinflusst werden können. Ich hoffe, daß Sie es mir nicht übelnehmen, wenn ich mich vor allem mit zwei Problemen befasse, die immer wieder bei unseren Budgetdebatten in den Vordergrund treten und die für uns immer größere Sorgenkinder werden.

Das eine ist die Förderung und Erhaltung unserer Bühnen und das andere betrifft Fragen der Volksbildung, bei denen wir noch immer auf sehr viel Unverständnis, vor allem auf Bundes-

ebene stoßen. Das Land Steiermark allein wendet z. B. einen Betrag von rund 20 Millionen Schilling für die Erhaltung unserer Bühnen auf und dazu kommt noch ein Förderungsbeitrag der Stadt Graz in einem noch höheren Ausmaß. In diesem Betrag ist der Zuschuß an das Grazer Philharmonische Orchester in der Höhe von 4,2 Millionen Schilling nicht eingerechnet. Das bedeutet, daß sowohl das Land wie auch unsere Landeshauptstadt Graz sich ihren Verpflichtungen auf diesem Gebiet in einem sehr hohen Ausmaß bewußt sind, was man leider vom Bund nicht behaupten kann.

Viele Menschen haben heute das Gefühl, das Theater habe im Zeitalter des Films und Fernsehens sehr viel von seiner Bedeutung verloren. Das stimmt sicherlich nur zu einem geringen Teil, denn trotz der Konkurrenz durch die modernen Massenmedien, wird das unmittelbare Erlebnis einer künstlerischen Leistung und die geheimnisvolle Wirkung und Gegenwirkung zwischen Schauspieler und Zuschauer, wie sie dem lebenden Theater eigen ist, durch nichts ersetzt werden können. Trotz aller Krisenerscheinungen wird daher das Theater — das Herz der Kunst — sicherlich auch weiterhin bestehen, und die Menschheit wäre um vieles ärmer, wenn dies nicht der Fall wäre.

Nachrichten von Einsparungstendenzen, die das Theaterwesen treffen sollten, müssen aber Anlaß für uns zu einer gewissen Selbstbesinnung sein. Die quantitative Einschränkung des Theaterwesens, der Zahl der Betriebe nach, ist meiner Meinung nach ebenso abzulehnen, wie die qualitative Verminderung durch Auflassung des vollen 3-Spartenbetriebes wie sie Oper, Operette und Sprechbühne darstellt. Solche Gedanken können nur aus der Vorstellung entstehen, Kultur diene lediglich dazu, die Zeit totzuschlagen und sei kein echtes menschliches und soziales Anliegen.

Dem gegenüber ist ganz entschieden und eindeutig auf die entscheidende Rolle des Bühnenwesens in der Entwicklung der Menschheit hinzuweisen und eine moderne Kulturpolitik muß sich an diesen Tatsachen orientieren. Ohne ein eigenes aktives und blühendes Bühnenleben entsteht die Abhängigkeit der Kultur von außen. Und wir haben schon genügend bedenkliche Anzeichen dieser Art, Österreich könnte auf diesem Sektor von einem Export- zu einem Importland werden.

Es muß auch erkannt werden, daß nicht ein bloßer Festspielbetrieb allein enorme Geldmittel verschlingen darf und nicht nur einige Spitzenproduktionen anzustreben sind, sondern daß von der ehrlichen und ständigen Arbeit der Ensemblebühne ein wirkliches Kunstleben in Stadt und Land seine Impulse bekommen muß. Diese Einstellung scheint sich jedoch im Rahmen des Bundes bis heute nicht durchgesetzt zu haben, denn wie wäre es sonst möglich, daß man für die Erhaltung der Bundestheater in Wien im kommenden Jahr einen Betrag von 481 Millionen Schilling vorsieht, während für die von den Ländern und Städten zu erhaltenden Bühnen nur eine Subvention von 16 Millionen Schilling zur Ver-



fügung gestellt wird. (Abg. Dr. Heidinger: „Herr Kollege, Zuschuß an die arme Gemeinde Wien!“)

Davon wird das Land Steiermark 1,934.000 Schilling bekommen. Das ist ein Betrag, der nicht annähernd der Struktur unseres Landes, sowohl in kultureller als auch in finanzieller Hinsicht entspricht.

In Zahlen ausgedrückt bedeutet das, daß rund 96 Prozent der Theatersubventionen des Bundes für die Bundestheater Verwendung finden und dies obwohl schließlich die Steuermittel von allen Österreichern aufgebracht werden. Ich bin gerne bereit, den Bundestheatern einen gewissen Vorrang, der sich aus der besonderen Stellung der Bundeshauptstadt ergibt, einzuräumen, doch darf daraus nicht ein solches Mißverhältnis entstehen. Ich habe auch das Gefühl, daß man auf gewissen Gebieten bei den Bundestheatern oft allzusehr aus dem Vollen schöpft, wie beispielsweise bei der Verpflichtung von Künstlern für Gastspiele, die zwar sehr hohe Gagen erhalten, aber manchmal nicht einmal bis zu zehn Prozent ihrer Verpflichtungen erfüllen müssen, was uns z. B. in einem einzigen Fall sage und schreibe 800.000 Schilling gekostet haben soll.

Auch bei Aufwendungen für Ausstattung ist man oftmals bei den Bundestheatern mehr als großzügig, obwohl durch Einsparungen die Qualität der Aufführungen sicherlich nichts von ihrem Wert verlieren würden. Wenn man den finanziellen Aufwand für die Bundestheater nun der Summe gegenüberstellt, die in Österreich im kommenden Jahr z. B. für die Forschung aufgewendet werden soll, es ist der bisher höchste Betrag, das gebe ich gerne zu — nämlich insgesamt 133 Millionen Schilling — das sind 0,6 Prozent des Bruttonationalproduktes (hier liegen wir noch weit unter dem europäischen Durchschnitt), dann liegt für mich der Gedanke nahe, ob man das auf die Dauer für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung unseres Landes verantworten kann. Vielleicht sollten wir uns doch Gedanken darüber machen, ob in dieser Beziehung der schon öfters geprägte Ausspruch von „Kulturhochstapelei“ bei den Bundestheatern nicht doch eine gewisse Berechtigung hat.

Ich bin mir natürlich im klaren, daß durch eine bessere finanzielle Dotierung der von den Ländern und Städten erhaltenen Theater durch den Bund gewisse Probleme bei der Führung dieser Theater nicht gelöst werden. Aber über diese Fragen wurde in diesem Hohen Haus schon oft gesprochen, so daß ich mich darauf beschränken kann, nur stichwortartig einiges festzulegen, was unsere beiden Bühnen im Lande Steiermark betrifft.

Vor allem möchte ich mich gegen eine oft weit verbreitete Meinung wenden, daß die Gagen der Künstler überhöht sind, weil, wie die Praxis zeigt, uns wertvolle künstlerische Kräfte oft schon nach kurzer Zeit abgeworben werden. Wenn man von einer Erhöhung der Eintrittspreise spricht und sich dabei auf andere westeuropäische Theaterstädte beruft, soll man bei einer solchen Forderung nach sogenannten „Europa-Eintrittspreisen“ auch nicht vergessen, meine Damen und Herren, daß wir hier in un-

serem Land auch keine „Europalöhne“, bis jetzt zumindest, haben.

Bei den Bemühungen, den Kreis der Theaterbesucher zu erweitern, kommt den Theaterbesucherorganisationen eine besondere Bedeutung zu, doch hängt der Erfolg der Bemühungen dieser Institutionen — und das sollten wir nicht übersehen — wesentlich von der Spielplangestaltung und den einzelnen Inszenierungen ab. Damit meine ich, daß das Experimentiertheater doch in eine gewisse Relation zu den Wünschen des Publikums gebracht werden sollte, wobei das nicht bedeutet, daß wir dem Modernen und Zeitnahen nicht eine echte Chance geben sollten. Vielleicht sollte man in diesem Zusammenhang doch auch prüfen, ob der Theaterrausschuß dem Intendanten als leitenden Angestellten zwar Vollmachten geben soll, die eine Kontinuität des Theaterbetriebes weitestgehend gewährleisten, aber gleichzeitig auch eine entsprechende Verantwortlichkeit gegenüber dem Land und der Stadt Graz als wesentliche Erhalter der beiden Theater beinhalten, wobei man in der derzeitigen Fassung — vielleicht sage ich das sehr hart — Land und Stadt in gewissen Bereichen fast nur zum Geldgeber degradiert.

Ich habe zu Beginn meiner Ausführungen auch angekündigt, mich mit Fragen der Volksbildung zu beschäftigen. Auf diesem Gebiet hat unser Bundesland sehr viel Positives aufzuweisen, das vor allem den verschiedenen Institutionen der Erwachsenenbildung zu verdanken ist. Mit viel Idealismus und einer Ausdauer, die oft bewundernswert ist, wurden selbst in den entlegensten Gebieten unserer Heimat Erwachsenenbildungseinrichtungen geschaffen, die jedem Interessenten eine echte Weiterbildungsmöglichkeit bieten. Diese Bemühungen sind im Hinblick auf die notwendige Anpassung in einer sich durch Technik und Fortschritt rasch verändernden Welt nicht hoch genug einzuschätzen.

Niemand, meine Damen und Herren, der sich mit diesen Fragen ernstlich auseinandersetzt, wird der Meinung sein können, daß das in den Schulen erworbene Wissen ausreicht; die kommende Zeit zu bewältigen, wenn es nicht mit einer ständigen Bereitschaft zur Weiterbildung verbunden ist. Während wir in den letzten Jahren leider feststellen mußten, daß das Interesse im Rahmen der Erwachsenenbildung, Kurse zu besuchen, sich eher verringert hat, können wir in diesem Jahr erfreulicherweise eine Zunahme der Hörerzahlen verzeichnen.

Wie viele Menschen in Österreich durch die Einrichtungen der Erwachsenenbildung erfaßt werden, möchte ich durch eine Zahl sehr deutlich vor Augen führen. Im letzten Bildungsjahr haben im Bundesgebiet 13.114 Kurse stattgefunden, die von 268.184 Hörer besucht wurden. Dazu kommen noch 13.431 Einzelveranstaltungen, an denen 1.688.000 Besucher teilgenommen haben. Diese Zahlen beweisen doch sehr deutlich, daß ein echtes Interesse an den Einrichtungen der Erwachsenenbildung besteht.

Das Land Steiermark hat für die Förderung dieser Arbeit im vorliegenden Budget wiederum Subventionsbeiträge vorgesehen, wobei aller-

dings jene Institution — und ich erwähne das jetzt bereits zwei Jahre — die auf diesem Gebiet in unserem Land dominierend ist, keinen finanziellen Zuschuß erhalten wird. Ich meine damit die Volkshochschule der Kammer für Arbeiter und Angestellte in Steiermark, die auf diesbezügliches Ansuchen, soweit mir bekannt ist, bis heute nicht einmal eine Antwort erhalten hat. Das gleiche Schicksal soll im übrigen auch einem Antrag des Landesverbandes der steirischen Volkshochschulen beschieden worden sein.

Mir persönlich, meine Damen und Herren, sind die Gründe, die einer positiven Erledigung im Wege stehen, nicht bekannt; ich wäre aber dem zuständigen Referenten, Herrn Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. Dr. Koren sehr dankbar, wenn er mir mitteilen könnte, warum es nicht möglich war, den genannten Institutionen zumindest eine Stellungnahme, auch wenn es eine ablehnende gewesen wäre, zukommen zu lassen.

Die Förderung der Volksbildung von seiten des Bundes kann ich jedoch trotz bestem Willen überhaupt nicht verstehen. Während man in anderen Staaten den Erfordernissen der Volksbildung durch ständig sich erhöhende Subventionen Rechnung trägt, sieht das Bundesbudget für das kommende Jahr eine neuerliche Kürzung von 22 auf 18 Millionen Schilling vor und das bei einer ganz beträchtlichen Ausweitung des Budgetrahmens. Der Verband österr. Volkshochschulen hat daher in einer einstimmig beschlossenen Resolution festgestellt, daß durch diese Haltung des Bundes der Bestand der Volksbildungseinrichtungen in Österreich und damit auch in unserem Bundesland Steiermark, wesentlich gefährdet wird. Daß man aber die Bemühungen der Volksbildner noch durch die Einhebung einer Umsatzsteuer für Kurse erschwert, gehört geradezu unter die österreichischen Novitäten eingereicht.

Wenn man nämlich die Summe betrachtet, welche diese Steuer bringt, dann muß man einfach zu der Erkenntnis gelangen, daß es nicht budgetäre Maßnahmen sein können, welche die Bundesregierung zu diesem Schritt veranlaßt haben. Ich persönlich ersehe daraus eine sehr gefährliche Grundeinstellung gegenüber den tatsächlich notwendigen Erfordernissen auf dem Gebiet der Volksbildung. Wenn der Herr Unterrichtsminister immer wieder erklärt, Bildung habe Vorrang, dann, meine Damen und Herren, kann ich in voller Überzeugung und nach Kenntnis der Tatsachen sagen, gilt das sicherlich nicht für die Volksbildung in Österreich.

Was die Förderung der Vereinigten Bühnen durch den Bund anbelangt, ist die ÖVP-Fraktion dieses Hauses einem entsprechenden sozialistischen Antrag erfreulicherweise beigetreten und ich hoffe, daß es uns vielleicht doch einmal gelingt, zu einer höheren Dotierung der Länderbühnen durch den Bund zu kommen. Den von uns Sozialisten eingebrachten Antrag, die Bundesmittel für die Volksbildung zu erhöhen und die Kurse auf diesem Gebiet von der Umsatzsteuer zu befreien, ersuche ich alle Abgeordneten dieses Hohen Hauses zu unterstützen.

Abschließend, meine Damen und Herren, darf ich noch auf etwas Bezug nehmen, das in der Generaldebatte eine gewisse Rolle gespielt hat. Soweit mir bekannt ist, hat in einem Zwischenruf der Herr Landeshauptmann dem Generalredner Dr. Klauser bezüglich der Hauptschule Mooskirchen mitgeteilt, daß dort 200 Schüler seien. Mir selbst ist bekannt, daß die Schülerzahl ursprünglich für Mooskirchen nur auf 84 geschätzt worden ist, aber daß tatsächlich heute diese Schule . . . (Landeshauptmann Krainer: „Das ist unrichtig, sie sind mit 130 geschätzt! Das ist eine völlig falsche Darstellung!“)

Herr Landeshauptmann, darf ich dann vielleicht die konkrete Zahl sagen, die jetzt momentan die Schülerzahl betrifft? Es sind 55 Schüler in zwei Klassenzügen und ich sage das nur, um Mißverständnisse, nicht nur in diesem Haus, sondern auch in der Bevölkerung zu vermeiden. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist Frau Abg. Edda Egger. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Egger:** Hoher Landtag! Auch ich möchte von unserer Fraktion aus einige Worte zum Theater sagen. Zuerst muß ich den Herrn Abg. Groß korrigieren. Es stimmt nicht, daß die Gemeinde Graz mehr für die Theater ausgibt. (Abg. Dr. Klauser: „Die Pensionslasten extra, Frau Kollegin!“)

Es besteht ein Vertrag, daß beide Körperschaften gleich viel zu geben haben und im heurigen Jahr gibt das Land 1,360.000 Schilling aus dem Kunstförderungsbeitrag zusätzlich zu dem was 50 zu 50 geteilt wird, so daß der Anteil des Landes sicher über das hinausgeht, was es in diesem Jahr gesetzlich zu zahlen verpflichtet wäre. Diese bedeutenden und stark wachsenden Ausgaben machen natürlich auch für uns die Frage aktuell, ob sie zu bejahen und zu verantworten sind. Allein vom Wirtschaftlichen her sind die Vereinigten Bühnen mit einer Budgetsumme von rund 52 Millionen Schilling und fast 560 Beschäftigten für eine Stadt wie Graz, die arm an wirtschaftlichen Unternehmungen und damit an Steuern ist, immerhin ein beachtlicher Wirtschaftsfaktor.

Aber der Sinn unserer Theater und des Orchesters liegt natürlich in ihrer kulturellen Leistung. Diese könnte man wohl erst erfassen, wenn unsere Bühnen geschlossen werden müßten, wie wir das in den Dreißigerjahren erlebt haben. Was würde dann an Ausstrahlung, an Atmosphäre und Anregung unserer Stadt und unserem Land fehlen. Zwar hört man heute oft genug „für das, was die spielen, sollen wir auch noch so viel zahlen“. Das ist ja auch in einigen Reden zum Ausdruck gekommen. Sicher sollen Theater und Musik innere Bereicherung geben, wie auch Vergnügen bereiten und schön sein, aber es ist typisch für unsere Zeit, nur Genuß zu erwarten. Ich möchte einschränken: für einen Teil der Bevölkerung ist das typisch. Die Besucherzahlen für ernste und heitere Stücke halten sich ziemlich die Waage; Fledermaus und Land des Lächelns brachten in über 80 Aufführungen

seit 1950 91.000 bzw. 83.000 Besucher, die Zaubrerflöte in 86 Vorstellungen sogar 93.000.

Im Schauspielhaus war Hamlet nach dem unbedeutenden Max und Moritz und Pepsie eine der bestbesuchtesten Aufführungen. Moderne Stücke finden meist nur ein kleines Publikum, dafür aber ein umso interessierteres mit ausgeprägter Vorliebe. Viel Jugend ist dabei. Das zeigen besonders die Aufführungen auf der Probebühne, dem typischen Experimentiertheater, wo einzelne moderne Stücke serienweise ausverkauft sind, andere sehr schnell wieder verschwinden. Diese Stücke gehören keineswegs zur Gattung jener, die man im üblichen Sinn genießen kann, meist sind sie sehr problematisch, oft beklemmend oder direkte Provokation. Wieviel würde aber unserem Theater an Spannung, an Reichweite, an der Möglichkeit, Maßstäbe zu geben, genommen werden, gäbe es nicht auch diese Stücke! Ihr Sinn liegt wohl darin, nicht die schöne Vorderseite dessen was wir uns wünschen zu zeigen, sondern die Kehrseite unserer Zeit, also was es in der Wirklichkeit an Zeitströmungen und bewegenden Kräften auch gibt, die Gefährdungen, die unter der Oberfläche des Alltags aber umso wirksamer sind. Durch solche Aufhellungen meist unbewußt bleibender Kräfte kann der Mensch zu einem besseren Verständnis seiner selbst kommen. Haben wir das nicht nötig? Denken Sie nur an die Greuel, derer in diesem Jahrhundert auch Europäer fähig waren! Ich glaube, wir müssen froh sein, wenn auch nur einige Menschen diese Auseinandersetzung mit sich und der Welt suchen, mit den Problemen, den Einseitigkeiten, Auswüchsen und Irrwegen und besonders, wenn sich junge Menschen darum bemühen. Es ist also dankenswert, wenn das Theater an dieser Zeitaufgabe mitwirkt, selbst wenn das in Form der Provokation geschieht. Es wäre ein Mißverständnis, bei solchen Stücken unbedingt etwas die Zeit Überdauerndes und große Kunst zu erwarten.

Allerdings gibt es auch da Grenzen: es muß Maß gehalten werden. Das Publikum hat auch ein Anrecht darauf, die andere Seite des Theaters finden zu können, also das Stück, das Allgemeingültiges zeigt, erhebt und uns Freude und Genuß an der Kunst in all ihren vielfältigen Formen vom Großen und zeitlos Gültigen bis zur heiteren Entspannung gibt. Auch in der darstellenden Kunst soll es so sein wie in der gesamten Kulturpolitik des Landes, daß auch das Wertvolle aus früherer Zeit bewahrt, geschützt und gefördert wird, um im Verein mit den heutigen Leistungen ein Ganzes zu bilden, lebendig und bewegend.

Selbstverständlich muß es im Spielplan Schwerpunkte geben, so daß jeweils eine Linie, ein Leitgedanke sichtbar werden kann. Doch möge dabei von Spielplangestaltern, Künstlern und Kritikern nicht vergessen werden, daß heute das Zerstörende und Zersetzende sehr zielbewußt verbreitet wird und mancher sich dazu als Werkzeug hergibt, ohne zu wissen was er tut. Auch das Experiment muß mit Verantwortung gewählt werden.

Eine andere Grenze müßte der gute Ge-

schmack setzen. Es ist auf die Dauer doch zu primitiv, nur mit Unanständigkeit und Sex provozieren zu wollen. Es gibt Provokation auch auf anderen Ebenen.

Eine weitere Grenze setzt das Finanzielle. Das Land kann nicht noch großzügiger sein. Aber die Qualität der Kunst ist glücklicherweise nur zum geringen Teil vom materiellen Aufwand abhängig. Wir können, was Stars und Ausstattung betrifft, ohnedies weder mit Wien, noch mit Film und Fernsehen konkurrieren, so bedeutend auch unsere Aufwendungen für ein Bundesland sind.

Trotzdem sind wir glücklich, daß uns die Erfüllung solcher kultureller Aufgaben möglich ist. Wir bejahen diese Förderung und Erhaltung unserer Bühnen und des Orchesters, weil damit eine Bildungsaufgabe für das ganze Land erfüllt und das Ansehen unserer Landeshauptstadt gehoben wird.

Wir bejahen solche Ausgaben aber auch aus einem dritten Grund. Kulturelle Leistungen ermöglichen die Begegnung der Völker wie kaum ein anderer Lebensbereich. Da liegt eine besondere Chance Österreichs, dieses kleinen und machtlosen Landes im Schnittpunkt zweier Welten, das hier eine uralte, große und ihm gemäße Aufgabe erfüllen kann. Auf diese Weise können nicht nur wir selbst Anteil an den geistigen Gütern der anderen Völker und diese damit kennenlernen, sondern ihnen auch vieles geben und Brücken bauen in dieser friedlosen Welt. Das hat im besonderen Maß heuer auch der „Steirische Herbst“ gezeigt, jene Gesamtheit von Veranstaltungen, die Wissenschaft und verschiedene Bereiche der Kunst in so guter Weise vereinte.

Wie sehr das auch in den Nachbarländern verstanden wurde, zeigte ein zusammenfassender Bericht im Radio Zagreb, der unter anderem von einheitlicher Atmosphäre, vom Dialog, der immer mehr an Tiefe und Sinn gewinnt und vom unmittelbaren und ungezwungenen Zusammenspiel von Tradition und Avantgarde in einer besonders schönen Weise spricht. So haben das wohl auch die heuer sehr zahlreichen steirischen Besucher dieser Veranstaltungen empfunden, die vielen jungen und älteren Menschen. Das sind Momente, in denen die geistige, die kulturelle Richtung unseres Landes sichtbar wird, beglückend wie auch die sonnigen Herbsttage in unserer steirischen Natur.

Es ist zu wünschen, daß es unserem Land und unserem Kulturreferenten weiterhin möglich sein wird, all dies fortzuführen, zu fördern und auszubauen. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abg. Dr. Moser das Wort.

**Abg. Prof. Dr. Moser:** Gestatten Sie, meine Damen und Herren, ein paar Worte zum Musikleben unseres Landes und zur Förderung, die in den Ansätzen der Gruppe 3 enthalten ist. Ich glaube, die Blasmusikkapellen ausklammern zu können, dazu hat mein Kollege Bürgermeister Lind ja schon vortrefflich gesprochen. Ich werde aber nicht vergessen auf den Zwischenruf des

Herrn Abg. Bürgermeister Dr. Klausner und die Musikschulen in meine Betrachtungen einbeziehen.

Es gibt eine leider weit verbreitete Meinung, daß Kultur eine hübsche Verzierung des Lebens sei, die man sich nur dann leistet, wenn alle sonstigen Bedürfnisse bereits befriedigt sind. Aus den grundsätzlichen Ausführungen des Herrn Abg. Schaller ist bereits hervorgegangen, daß das Land Steiermark nicht auf diesem Standpunkt steht und wenn ich die Bemerkung des Herrn Abg. Groß hier noch präzisieren darf, im Vergleich zu anderen Bundesländern wendet das Land Steiermark den relativ höchsten Budgetprozentsatz für die freiwillige Kulturförderung auf. Man müßte aber die Bitte daranfügen, daß es dem Herrn Landesfinanzreferenten möglich sein wird, im Jahre 1970 einen etwas größeren Rahmen für die Gruppe 3 zuzulassen. Diese kulturfreundliche Gesinnung, meine Damen und Herren, hat der Landtag stets gehabt und deshalb erfreuen wir uns in Steiermark der bedeutendsten Bühnen und des besten Orchesters außerhalb Wiens. Wir haben ein großes Musikschulwerk nach dem Krieg aufbauen können, das vorbildlich für die anderen Bundesländer ist. Und wir sind stolz auf unsere steirischen Hochschulen, denen im Jahre 1963 als vierte Hochschule die Akademie für Musik und darstellende Kunst zur Seite gestellt werden konnte, dank des hohen Niveaus des Grazer Konservatoriums und der Tüchtigkeit seines Leiters, des Herrn Präsidenten Marckhl.

Daß das Land Steiermark die Bedeutung dieser vierten Hochschule sehr wohl zu würdigen weiß, zeigt schon, daß der bisherige Landesbeitrag zum Bund, der ja der Erhalter dieser vierten Hochschule ist, 19 Millionen Schilling beträgt. Für das Jahr 1969 ist der jährliche Zuschuß mit 5,5 Millionen Schilling als eine neue Spitze zu bezeichnen und bedeutet gegenüber heuer eine Erhöhung um 38 Prozent.

Die Klagen des Herrn Akademiepräsidenten können sich daher nicht an die Adresse des Landes richten. Sie konzentrieren sich auf das schwierige Raumproblem, dessen Lösung eine Existenzfrage der Akademie ist. Derzeit ist die Musikhochschule auf acht Gebäude verstreut, zweifellos ein unhaltbarer Zustand für die Professoren und Schüler. Und schon mit Rücksicht auf den hohen Beitrag, den das Land leistet, können wir daher erwarten, daß die damit befaßten Stellen und Behörden vor allem im Bereich der Stadt Graz statt ständiger bürokratischer Schwierigkeiten endlich sich zu einer konstruktiven Lösung durchringen mögen. Lokalintimen, über die der Herr Präsident sich beklagt, dürften eigentlich bei einem so bedeutenden Anliegen des Landes keine Rolle spielen. Vor allem dann nicht, wenn der Herr Bauenminister — und das sei einmal hier ausdrücklich gesagt, weil die Meinung vertreten wurde, der Bund habe kein Interesse für steirische Anliegen — bereits verbindlich zugesichert hat, daß mit dem Bau begonnen werden kann. So muß man hoffen, daß im Jahre 1969 endlich die zwar schwierigen aber bei gutem Willen doch zu be-

wältigenden Voraussetzungen geschaffen werden können.

Wenn ich nun zur höchsten Förderungspost komme, dann ist es der Beitrag zu den Musikschulen. Insgesamt werden als Zuschuß für sie 11 Millionen Schilling aufgewendet. Ich habe schon gesagt, daß das Land Steiermark mit seinem Musikschulwerk an der Spitze aller Bundesländer steht. Die Bemühungen gehen um eine zeitnahe, aber auch landschaftsgebundene Musikerziehung, um die Entfaltung der Musikbegabungen in unserem Land und um die Sicherung des musikalischen Nachwuchses. Dieser Erfolg ist vor allem aber auch auf das Verständnis der 33 steirischen Gemeinden als Träger der Musikschulen zurückzuführen und es ist ihnen zu danken, daß sie soviel Verständnis dafür aufbringen und zu den finanziellen Eingängen aus dem Schulgeld insgesamt einen Beitrag von 9,7 Millionen Schilling im Jahr 1967 leisten mußten.

Das Land Steiermark bestreitet mit seinem Teil besonders die Kosten für die Musikschulleiterbezüge, für Fahrtgelder und für die örtliche Konzerttätigkeit. Wenn nun kritisiert wird, daß dieser Beitrag des Landes größer sein sollte, daß er nur um 300.000 Schilling auf 3,4 Millionen Schilling im Jahre 1969 erhöht wurde, so darf man bei allem Verständnis für die Wünsche der Gemeinden doch nicht übersehen, daß die Musikschule Graz eine immer stärkere Belastung des Landes Steiermark wird. Das Land Steiermark muß 1969 um eine Million Schilling tiefer in die Tasche greifen, um an Gesamtkosten für die Grazer Musikschule fast 8 Millionen Schilling aufzubringen. Wenn Sie, meine Damen und Herren, im Untervoranschlag nach dem Beitrag suchen, den die Stadt Graz zu ihrer Musikschule leistet — etwa im Maßstab der steirischen Gemeinden, müßten das 60 bis 70 Prozent sein, dabei kämen wir auf einen Betrag von etwa fünf Millionen Schilling — dann werden Sie ganz klein und unauffällig dort finden „Beitrag der Stadt Graz 250.000 Schilling“. Das sind etwa 3,5 Prozent der Gesamtaufwendungen. Davon reden aber diejenigen nicht, die laufend sich beklagen mit einem parteipolitischen Unterton, daß das Land zu wenig für seine Landeshauptstadt tue. Im Gegenteil, man muß hier ganz klar zum Ausdruck bringen, die Stadt Graz möge, wenn es ihr irgendwie gelingt, doch mehr für ihr Musikleben tun. Das philharmonische Orchester, dessen Kosten im Jahr 4,2 Millionen Schilling betragen, wird allein vom Land erhalten.

Wenn die Stadt Graz etwas mehr für ihre Musikschule aufbringen würde, dann könnten die vielen Wünsche der Gemeinden leichter erfüllt werden, dann könnten die Volksmusikschulen im ganzen Land so unterstützt werden, wie dies wünschenswert wäre.

Zusammenfassend darf man wohl feststellen, daß sich das Land Steiermark mit seinen freiwilligen Leistungen für das Musikleben, zu denen es ja grundsätzlich nicht verpflichtet wäre, durchaus sehen lassen kann, und daß die Erfolge der Volksmusikschulen auch dafür bürgen, daß wir ein Musikland bleiben und daß wir uns

nicht mit einer musikalischen Fassade begnügen müssen. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Ich erteile das Wort Frau Prof. Hartwig.

**Abg. Prof. Hartwig:** Meine Damen und Herren! Ich kann mich zu Ihrer aller Freude sehr kurz fassen, weil ich in vielem völlig mit meinen Vorrednern übereinstimme. Ich stimme dem Herrn Abg. Schaller vollkommen zu in all dem, was er zu den Massenmedien gesagt hat, in all dem auch, was er zur harten und konsequenten Art, die die Jugend eben einsetzt, gesagt hat. Ich glaube freilich, daß die Infragestellung der Autorität ja gar nicht eine Erscheinung erst unserer Zeit ist. Die hat es in der Renaissance in einem unerhörten Ausmaß auch schon gegeben. Diese Dinge sind alle nicht sehr neu.

Und wenn der Herr Abg. DDR. Götz gemeint hat, daß bezeichnenderweise die Naturwissenschaftler sich an den Unruhen an den Hochschulen nicht oder kaum beteiligen, so hat er auch recht und das habe ich ja gestern mit meiner Bemerkung eigentlich sagen wollen, daß eben das naturwissenschaftliche Denken anders, viel schärfer und exakter ist als das der Geisteswissenschaftler im allgemeinen und daß daher etwas nebulose Vorstellungen dort keinen Platz haben.

Wenn ich also nun doch noch einiges selbst zu den Ausstellungen sagen darf, so möchte auch ich die ausgezeichnete Ausstellung, die in diesen Abschnitt fällt, die Ausstellung „Der Berg- und Hüttenmann“, höchst erfreut im nachhinein begrüßen. Sie war eine sachgerechte und in jeder Beziehung, glaube ich, würdige Fortsetzung des Weges, der mit den früheren Ausstellungen besritten worden ist. Es liegt jetzt ihr Niederschlag im Budget natürlich in Zahlen noch nicht vor.

Aber ich sehe mit Freude bereits den Hinweis auf die Fortsetzung dieses Weges mit der nächsten Ausstellung, die dann vielleicht die letzte in dieser Richtung sein wird und zwar über Handel und Handwerk, die gewiß auch allgemeines Interesse finden wird. Ich glaube auch, daß im Verein mit dem Freilichtmuseum in Stübing zusammen mit diesen Ausstellungen eine sehr schöne Darstellung des geschichtlichen Werdanges unserer Heimat gelungen sein wird, die eine Breitenwirkung auch wirklich in hohem Ausmaß gehabt hat und weiter haben wird. Hier möchte ich jetzt fortsetzen.

Das Wort Kultur kommt von einem lateinischen Zeitwort colere, das bei den Römern zunächst ein Fachausdruck für die Landwirtschaft war und bearbeiten, bebauen heißt und in späterer Folge dann üben oder pflegen. Von dieser sprachlichen Betrachtung her möchte ich einige Worte zu der Veranstaltung des Steirischen Herbstes sagen, die in dieser Form der Zusammenfassung von Musik, Theater und Wissenschaft heuer das erste Mal stattgefunden hat. Das ist gewiß ein vernünftiger und begrüßenswerter Gedanke. Gewisse Schwierigkeiten, die sich für das Theater und Musikleben aus dem Saisonbeginn ergeben, sind bekannt

und können wahrscheinlich überwunden werden. Die steirische Akademie ist eine Dokumentation oder Zusammenfassung vieler wissenschaftlicher Vorträge.

Wenn ich eine ganz vorsichtige Kritik anbringen darf, dann möchte ich sagen, mir scheint diese Veranstaltung ein bißchen an einer gewissen Überbelastung vom Programm her zu leiden. Es ist so: Vormittag und Nachmittag wissenschaftliche Veranstaltungen, Seminare, Diskussionen oder Vorträge und dann, weil das im Steirischen Herbst zusammengefaßt wurde, abends noch künstlerische Veranstaltungen. Das ist wahrscheinlich, für Graz zumindest, ein bißchen viel und der Sog ins Land hinein kann nicht allzu groß sein. Es gibt in Graz vielleicht noch nicht genug Publikum, um diese großartigen Veranstaltungen auch wirklich auszunützen. Ich weiß natürlich, daß man zu wissenschaftlichen Vorträgen niemals die breite Allgemeinheit bekommen kann. Das ist nicht möglich. Es findet aber doch im wesentlichen alles das immer vor einem relativ kleinen und vor allem immer demselben Kreis statt. Hier möchte ich auf das colere, bearbeiten — bebauen, zurückkommen.

Ich glaube, daß man unbedingt versuchen müßte, den Kreis der Angesprochenen langsam zu erweitern. Mir scheint, daß z. B., um von den wissenschaftlichen Veranstaltungen zu reden, auch die allgemeinbildenden höheren Schulen und auch die Studentenschaft zu wenig erfaßt sind. Bei der Studentenschaft ist das bis zu einem gewissen Grad begreiflich, weil die Studenten um die Zeit wirklich noch nicht da sind. Die Hochschule hat kaum begonnen. Für die allgemeinbildenden höheren Schulen ist das so: Wir bekommen Programme, Plakate und Einladungen, aber jetzt hängt es ganz vom Direktor oder den einzelnen Fachlehrern ab, ob sie sich diese Dinge herausuchen, die für die Oberklassen möglich wären, oder ob sie sich denken — und diese Versuchung ist, weil es immer die Zeit des Schulbeginns ist, wo alles Außerschulische gerne ein bißchen weggeschoben wird — Papier zu Papier und die Dinge liegen lassen und bestenfalls die Plakate aufhängen. Wenn es wahr ist, daß Bildung nicht das Füllen eines Topfes, sondern das Anzünden des Feuers ist, dann muß man dieses Feuer wirklich anzuzünden versuchen.

Es ist uns auf dem Gebiete der Schule gelungen, die höhere Bildung breiteren Kreisen zugänglich zu machen. Aber ich habe dort schon gesagt, daß die gleiche Chance noch lange nicht dieselbe ist. Wenn ich als ganz kleines Beispiel, hier etwa die Bemühungen der Theaterringgemeinde (die Theatergemeinschaft macht sie auch, aber für die habe ich kein Recht zu sprechen) heranziehe, neue Publikumsschichten für das Theater zu interessieren, die Arbeiterschaft für das Theater zu gewinnen — was gar nicht leicht ist, weil wir dazu die Hilfe des Spielplanes brauchen, die wir nicht immer haben und auch die Hilfe der Kritik und sehr viel Erziehungsarbeit — so zeigt das die Möglichkeit, einen solchen Weg doch auch zu gehen. Ich möchte hier aber einschieben, daß ich die Ausführungen der



Abg. Egger sehr begrüße. Auch ich bin der Meinung, daß natürlich die öffentliche Hand die absolute Verpflichtung hat, die Gegenwartskunst, ob auf dem Gebiet des Theaters oder der bildenden Kunst, zu fördern, denn wer dann sollte das tun, wenn nicht diese öffentliche Hand. Man hört im Kulturwesen immer wieder den Vorwurf, daß hier verhältnismäßig viel Geld für einen verhältnismäßig kleinen Kreis ausgegeben wird. Mir scheint, daß der Schluß, den man ziehen müßte, nicht sein dürfte, jetzt weniger Geld für diesen kleinen Kreis auszugeben, sondern diesen kleinen Kreis größer zu machen. Das ist der richtige Weg.

Otto Bauer hat einmal die Menschen, die keinen Anteil an den kulturellen Errungenschaften ihrer Zeit haben, die Hintersassen der Nation genannt. Je weniger solche Hintersassen wir haben, desto eher wird es möglich sein, wirklich demokratische Lebensformen zu entwickeln. Denn gewiß hat der verstorbene deutsche Bundespräsident Theodor Heuß recht, wenn er sagt „Demokratie ist nicht nur das Bekenntnis zu den staatlichen Formen der Freiheit des Bürgers, sondern auch das Bekenntnis zum menschlichen Verhalten.“ Ich glaube, daß es die vornehmste und letzten Endes vielleicht sogar die einzige Aufgabe der Kulturpolitik sein muß, den Kreis dieser Hintersassen immer mehr zu verkleinern, er wird nie ganz zu beseitigen sein, das ist mir klar, damit es uns gelingt, zu einer solchen Form der humanen Demokratie zu kommen. (Allgemeiner Beifall.)

**2. Präsident Afritsch:** Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abg. Leitner, ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Leitner:** Meine Damen und Herren! Das Land Steiermark unternimmt in den letzten Jahren starke Bemühungen, dem mit Krampf und viel Hysterie angefachten internationalen Kulturkonzert der Großstadtqualifikation für Graz Rechnung zu tragen und den Anschluß zu finden an den allgemeinen Trend.

Das, glaube ich, ist nicht schlecht und erhält auch von mir und von uns Kommunisten die Zustimmung. Der kulturbeflissene, aber auch der fortschrittliche und weiterdenkende Teil unserer Bevölkerung erfreut sich der in zweijährigem Abstand durchgeführten Ausstellungen heuer vom Berg- und Hüttenmann und auch des im Jahr 1969 wiederkehrenden Trigon und neuerdings auch des heuer als Neugründung gebotenen „Steirischen Herbstes“. Bekanntlich ist für diese Veranstaltungen der Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Koren verantwortlich. Er fühlt es gewissermaßen nicht nur als einen Teil seiner Amtsaufgaben, sondern auch als einen Teil seiner Lebensaufgabe. In gleich erfreulicher Weise ist die Förderung des Forum Stadtpark feststellbar, einer Grazer Institution, die den Namen von Steiermark und besonders der Stadt Graz weit über unsere Grenzen hinausgetragen hat und wir hoffen, daß diese Tätigkeit des Forum Stadtpark auch weiterhin so sein wird.

Es steht demnach, wie aus dem Ausgeführten zu entnehmen ist, mit der Förderung von Kultur

und Kunst im Lande Steiermark durchaus gut. Doch auch in diesem Falle trügt der Schein. Wie ein Donnerschlag fiel nämlich kürzlich mitten in die selbstgefälligen Erwägungen die Kunde, daß die Grazer Stadtverwaltung, wie anzunehmen ist, nicht ohne Absprache mit der Landesregierung, die Subvention für die Grazer Vereinigten Bühnen, also für den auffälligsten Gradmesser einer Kulturpflege, neuerdings um 360.000 Schilling kürzt. Was dies für die ohnehin schon stark angestregten finanziellen Grundlagen dieser Bühnen bedeutet, die schon auf halbe Ration gesetzt wurden, und welche Auswirkungen dies auf die weitere künstlerische Art und Bedeutung haben werden, kann sich jeder der im Hause hier vertretenen Abgeordneten vorstellen, ebenfalls die Bevölkerungskreise, die spüren werden, in welchem Ausmaß diese Kürzung sich auswirken wird.

Die Kosten einer Theateraufführung sind in den letzten Jahren zwangsläufig angestiegen, denn die, die so gerne die Preiserhöhungen zur Bedeutungslosigkeit herunterspielen, müssen doch zugeben, daß sich diese immer stärker fühlbare Teuerungswelle natürlich auch auf das Theater auswirkt und davor nicht Halt macht. Das ist jedoch nicht die Schuld der unmittelbar für die Geschäftsgebarung am Theater Verantwortlichen sondern vielmehr jener, die nichts gegen den ständigen Preisaufrtrieb zu tun gewillt sind, dadurch also mit provozieren, daß nicht nur die Personalkosten der Bühnen, sondern auch jene des Materials und der Regien viel stärker ansteigen.

Es hieße nun die Tatsachen zu verkennen, wenn nicht festgestellt würde, daß die Damen und Herren, die sich als Theater-Experten fühlen und sicherlich deswegen in den Theater-Ausschuß entsandt wurden, sich um eine Bereinigung dieser hemmenden Situation nicht bemüht hätten. Im Gegenteil! Schon vor Jahresfrist ging der Theaterführung von dieser Instanz ein Rezept für das Weiter-Funktionieren der Grazer Bühnen zu. Es besteht, wie sich die Abgeordneten in diesem Saal vielleicht erinnern können — die Bevölkerung kann das ganz bestimmt — im Rat, zu sparen. Dabei tat es nichts zur Sache, daß die empfohlene Kürzung der Probezeiten, die Verringerung der Ausstattungskosten und die Einschränkung der Premierenzahl nur ein weiteres Absinken der Besucherzahlen im Gefolge haben kann. Mit Recht wird nämlich vom Theaterpublikum eine gewisse Perfektion der Aufführungen erwartet, die viel eher durch längerer Proben und durch aufwendigere Ausgestaltung und Ausstattung, wie es leider jetzt nicht der Fall ist, erreicht werden kann. Das von anderen Theatererhaltern entlehnte Rezept war schon lange vorher in langen und heftigen Diskussionen als unbrauchbar zurückgewiesen worden. Ausgerechnet in Graz soll diese verstärkte Einsparung, diese verstärkte Herabsetzung der Probezeiten Erfolg haben?

Auffallend in dem angebotenen Sparprogramm ist, was Graz betrifft, das Fehlen der im Bereich des Theaterausschusses liegenden Spar-

möglichkeiten, wie z. B. das der Unterlassung von langfristigen Engagements oder die Verhinderung von Protektionsverpflichtungen, wo es solche im Gegensatz zu Wien und den Staatstheatern ja nicht gibt. Nun stehen die Grazer Vereinigten Bühnen neuerdings vor dem hemmenden Zwang, trotz weiterer Einschränkungen, die den Betrieb überhaupt oder wenigstens stark schwächen werden, diesen trotzdem aufrecht zu erhalten. (Landesrat Bammer: „Ist ja gar nicht wahr!“)

Doch. (Landesrat Bammer: „Sie müssen halt ein bisserl sparen, wie andere auch!“)

Bisserl sparen? Die Preise steigen aber, Herr Landesrat und in dieser Zeit wird den Grazer Theatern statt mehr — wenigstens den Preiserhöhungen angemessen — weniger gegeben.

Man müßte annehmen, daß in der Landesregierung und vornehmlich in der zuständigen Kulturabteilung zumindest die Frage nach einem Ausgleich für den neuerlichen Ausfall und Abgang ventiliert wird. Doch man hört davon nichts. Obwohl ich mir denken könnte, daß es die Aufgabe der steirischen Landesregierung und auch des Herrn Landeshauptmannes wäre und nicht nur des Herrn Landeshauptmannstellvertreters, in Wien auch in dieser Frage einmal mit den entsprechend Verantwortlichen steirisch zu reden. (Landesrat Bammer: „Da sind wir Ihrer Meinung, ausnahmsweise einmal, beim Herrn Unterrichtsminister z. B. — Heimat bist Du großer Söhnel!“)

Es dürfte hier im Hause allgemein bekannt sein, daß die Bundesregierung an Subvention für die Staatstheater, wie hier schon angeführt, viele hundert Millionen Schilling ausgibt, einen Betrag, der sich naturgemäß — wie auch schon hier betont wurde — auch aus den Steuereingängen aus der Steiermark zusammensetzt. Der Betrag, den aber das Unterrichtsministerium den Bundestheatern zuwendet, steht selbst in seiner Gesamtheit in keinem Verhältnis zu dem, was den Wiener Staatsbühnen bewilligt wird. Geläufig dürfte auch sein, daß in Wien für Gast-Sänger Traumbühnen von 50.000 Schilling und noch mehr pro Abend ausgegeben werden und daß nicht zuletzt wegen der Verpflichtung von Gästen in der Bundeshauptstadt fix engagierte Sänger und Schauspieler — nicht irgendwer — nur mangelhaft, zur Hälfte und noch weniger ausgenützt werden, obwohl diese Künstler, Sänger usw. mit dieser ihrer Situation nicht einverstanden sind.

Darüber hinaus liest man nicht wenig von einem fast total abgesunkenen Qualitätsverlust eben dieser Staatsbühnen. Bei einer auch nur einigermaßen verantwortlichen Bemühung an den verantwortlichen Stellen der Staatsführung müßte es doch gelingen, diesen kostspieligen und auch künstlerisch nicht immer zu rechtfertigenden Protektionismus abzubauen und Beträge frei zu bekommen, die anderen Theatern, auch unseren Vereinigten Bühnen zum ausgleichen der neuerlichen Subventionskürzungen von Land und Stadt zugeführt werden könnten. Das würde, wie schon angedeutet, eines außerordent-

lichen Bemühens bedürfen, das Grazer Theater vor dem völligen Zusammenbruch zu bewahren. Das wird — ich glaube, da sind wir uns einig — keine leichte Aufgabe sein, aber doch eine, die zu lösen ein Verdienst nicht nur für Steiermark, sondern für die österreichische Kultur wäre.

Abschließend möchte ich noch einige Worte zum „Steirischen Herbst“ sagen, den wir grundsätzlich bejahen und dem wir zustimmen. Das neue Unternehmen des Landes Steiermark in Gemeinschaft mit dem Studio Steiermark des Rundfunks wurde heuer erstmals in die Herbstmonate verlegt, weil, wie bei dieser Gelegenheit als begründet behauptet wurde, die Sommermonate bereits durch einige große oder kleinere Festspielveranstaltungen, Freilichtaufführungen usw. übersättigt seien. Ein Grund, den auch wir gelten lassen würden, hätte sich nicht ebenfalls deutlich, wie bei den liquidierten Sommerfestspielen, der erwartete Fremdenstrom sein Ziel anderswo gesucht.

Eine objektive Überlegung, wieso es nicht dazu kam, müßte zu dem klaren Ergebnis kommen, daß es doch nur am Programm gelegen sein kann. Denn einzig das Musikprotokoll 1968 des Studios Steiermark mit sehr interessanten Gästen von nah und fern erfüllte die Anforderungen, die an die gleichen Sonderveranstaltungen gestellt werden müßten. Allerdings wäre in diesem Fall etwas weniger mehr gewesen. Die ohnehin pflichtschuldigen Eröffnungsvorstellungen im Theater, die nicht über einem durchschnittlichen Niveau lagen, als Besonderheit auszugeben, erscheint weder mir noch anderen verantwortbar. Nicht einmal die Barockoper im Festsaal des Schlosses Eggenberg überragte nach Ansicht der Kritiker das Niveau einer Alltäglichkeit.

Was aber hatte, so mußte sich jeder Theaterfreund fragen, die bereits in der vergangenen Saison abgespielte Oper Christoph Columbus in einem sogenannten Festprogramm zu suchen? Um das Maß voll zu machen, blieb selbst die steirische Akademie, wie hier schon angeklungen ist, diesmal einiges schuldig. Ganz unverständlich war in diesem Vortragszyklus über die Manipulation und Manipulierbarkeit der Menschen jener Vortrag „Betrachtungen über die Anwendung chemischer Werkzeuge im Pflanzenbau“. Doch auch sonst gab es noch einige Ausrutscher und Blindgänger. Ein auf zwei Wochen komprimiertes und nur wirkliche Höhepunkte beinhaltendes Programm hätte möglicherweise doch den einen oder anderen Fremden anlocken vermocht. Darum geht es unter anderem. Wenn man auch aus begrifflichen Gründen nicht immer offen davon spricht, so dient das für den Steirischen Herbst nicht unerheblich aufgewendete Geld nur einer nicht allzu interessanten Verdichtung des steirischen Kulturprogramms, an dessen Vielzahl ohnehin kein Mangel besteht.

Hier, so scheint es mir, fehlt einem an sich guten Gedanken nicht nur das angeblich traditionell schöne herbstliche Wetter, sondern mehr noch die Verantwortlichkeit der Verantwortlichen. So war es ein Vorteil, daß die dafür auf-

gewendete Propaganda nur die heimische Bevölkerung erreichte.

**Präsident:** Herr Abg. Karl Lackner hat das Wort.

**Abg. Karl Lackner:** Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren! Zum Problem Kultur gibt es viele Meinungen und Anschauungen. Meine Meinung ist, daß die Kultur das Spiegelbild der schöpferischen Kraft eines Volkes ist und daher das gesamte Volk verpflichtet ist, dieses Kleinod nicht nur zu hüten, sondern auch zu fördern. Frau Kollegin Hartwig war so freundlich und hat das Wort Kultur verdeutscht. Ich muß sagen, es wäre das Kapitel Kultur nicht vollständig, wenn nicht festgestellt werden würde, daß gerade auch das Bauerntum, von dem der Name her stammt, einen wesentlichen Beitrag zu unserem Kulturleben geschaffen hat. Seit Tausenden von Jahren haben Bauern diesen Raum, den wir unsere Heimat nennen, besiedelt, geformt und gestaltet. Mit der Gestaltung hat das Kulturschaffen des Bauern noch lange nicht aufgehört. Im Freilichtmuseum in Stübing können wir die Jahrhunderte des bäuerlichen Geistes und Lebens sehen. Es hat das Bauerntum auch auf ganz anderer Ebene, in der Mundartdichtung, Volksmusik, Volks- und Brauchtumspflege einen wesentlichen Beitrag geleistet.

Wenn in der Gegenwart sehr lebhaft diskutiert wird, ob die moderne Kunst einen Sinn hat, ob sie wertlos ist oder ob sie nicht wertlos ist, dann möchte ich als Bauer ganz kurz dazu meine Meinung sagen.

Ich sage auf jeden Fall: ja! Alles, was uns geboten wird hat seinen Sinn. Auch wenn es ein Blödsinn ist und zwar deshalb: Wenn wir die Dinge logisch betrachten von der Natur her, es ist doch das Kultur- und Kunstleben praktisch das Ebenbild der Natur. Die Natur ist in allen Dingen Kulisse für die Motive, die uns geboten werden. Wenn ein Mensch in der glücklichen Lage war, z. B. den Sonnenuntergang auf einem Gletscher oder das Wetterleuchten oder das Alpenglühen zu erleben und ein anderer sieht dann nur ein Bild solcher Naturereignisse, dann muß er sich sagen, der Maler war nicht ganz normal, denn das gibt es nicht. So gewaltig ist die Farbenpracht. Es haben daher nicht die Künstler die Farben erfunden, sondern die Natur hat sie ihnen vorgeführt. Sie brauchen sie nur nachzumachen. So ist es auch in allen anderen Dingen. Wenn einem wo Dinge vorgeführt werden, von denen man nicht weiß, was es ist, so findet man das auch in der Natur, wenn man mit offenen Augen durch die Gegend geht. Es ist daher ein ungeschriebenes Gesetz der Schöpfung, wenn ich das so sagen darf, alles was wir in der Natur finden hat seinen Sinn, seine Bedeutung und Notwendigkeit. Um aus der Vielfalt ein Beispiel zu erwähnen. Es hat der Weinstock seine Reblaus. Diese muß sein, damit sich der Rebstock wehren kann dagegen, damit er Abwehrstoffe schaffen kann, um gesund zu bleiben und am Leben zu bleiben. Genauso ist es mit unserer Kunst und

unserer Kultur. (Gelächter. — Landesrat Bammer: „Wer sind die Läuse in der Kultur?“)

Warte, ich werde es gleich sagen. Hätten wir nur lauter gute Musik, dann würde dieses Große, dieses Wertvolle bald an Bedeutung verlieren, weil wir keinen Unterschied mehr hätten, wo die Läuse sind und wo der Rebstock. Wir brauchen das. So ist das. Dadurch ist es uns Menschen gegeben, daß wir die Dinge kritisch beurteilen können.

Wenn der Herr Dr. Götz gesagt hat, daß irgendwelche Künstler Kritik nicht vertragen, ist das meiner Meinung nach nicht so schlecht. Wer eine Kritik nicht verträgt hat Angst und wer Angst hat ist schwach, also brauchen wir keine Angst vor ihm haben. (Abg. Dr. Klauser: „Sehr richtig, sehr richtig!“ — Allgemeiner Beifall.)

Es ist daher in der Natur so, nur das Gesunde und nur das Starke wird sich auf die Dauer behaupten können. In unserem Kulturleben ist es ganz gleich. Nur der gesunde starke Geist wird sich letzten Endes durchsetzen.

Weil wir uns in der Adventzeit befinden, möchte ich noch ganz kurz einen kleinen Beitrag der bäuerlichen Kunst von dieser Zeit her geben und erinnern an die Gestaltung der Krippen und die damit verbundene Schnitzkunst, an die Advent- und Weihnachtslieder, die uns Menschen einmal Gelegenheit geben, ein bißchen in uns zu gehen. Und gerade in dieser Advent- und Weihnachtszeit spiegelt sich ein jahrhundertalter gesunder Geist wider, der es sogar zuwege bringt, Menschen, die das ganze Jahr für nichts mehr Zeit haben, zueinander zu führen und die so auch zueinander finden. Und gerade diesen Geist, meine lieben Damen und Herren, müssen wir pflegen und hüten, damit er auch für die Zukunft erhalten bleibt. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

**Präsident:** Ich erteile Herrn Abg. Groß das Wort.

**Abg. Groß:** Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Bitte, entschuldigen Sie, daß ich mich noch einmal melde. Es wird sehr kurz sein, auch keine Antwort auf die Frau Abg. Egger und den Abg. Moser, was die Führung des philharmonischen Orchesters anlangt, aber ich bin gebeten worden, etwas nachzuholen und ich tue das gerne. Ich habe früher bei der Gruppe 3 über Förderung des Theaters durch Organisationen gesprochen und ich stelle hier gerne fest, daß dies nicht nur diese Organisationen tun, sondern daß auch die Betriebe in der Steiermark im weitestgehenden Ausmaß den Besuch der Grazer Theater durch ihre Betriebsangehörigen sehr fördern. Ob das nun die Firma Pengg ist, Böhler und andere Betriebe. Ich stelle das also gerne fest, daß hier Bemühungen bestehen seitens der Betriebsführung und auch seitens der Arbeitnehmerschaft. (Landeshauptmann Krainer: „Und der Gemeinden!“)

Und der Gemeinden, jawohl, Herr Landeshauptmann.

Warum ich mich hier gemeldet habe? Das kann ich sehr kurz begründen. Meine Damen und Her-

ren, in der Gruppe 3 ist eine ganz kleine Post — eine verhältnismäßig kleine Post — enthalten „Rundfunk und Filmwesen“ und ich möchte diese Post zum Anlaß nehmen, kurz zu etwas Stellung zu nehmen, was jetzt in der Öffentlichkeit sehr rege diskutiert wird. Es handelt sich nämlich dabei um die Einführung des von der Postverwaltung geplanten Inkassos der Rundfunk- und Fernsehgebühren nicht mehr im jetzigen Intervall, sondern in einem Intervall von drei Monaten, also vierteljährlich.

Und nun, meine Damen und Herren, wenn man bedenkt, daß wir in Österreich über zwei Millionen angemeldete Rundfunkgeräte und etwas mehr als eine Million Fernsehgeräte haben, dann kann man aus diesen Zahlen ersehen, welcher großer Kreis von Menschen von einer solchen neuen Regelung betroffen werden würde.

Es gibt sicherlich darunter viele, vor allem Menschen mit einem geringen Verdienst, denen es oft sehr schwer fallen wird, 210 Schilling im voraus und auf einmal zu bezahlen. Man könnte hier zwar sagen, daß man das Geld zusammenlegen soll und es käme ja schließlich das gleiche heraus, doch es zeigt schon die Praxis der viermonatigen Einhebung, wie das in den Sommermonaten ja jetzt schon geschieht, daß es manchmal sehr schwer ist, diesen Betrag zu bezahlen, weil es einfach nicht in der Mentalität mancher Menschen liegt, diese Beträge auch tatsächlich monatlich zusammenzulegen. Ich bin daher der Meinung, meine Damen und Herren, es könnte unserer Postverwaltung nicht schaden, wenn sie sich einmal eine Lösung einfallen ließe, die sowohl den Rundfunk- als auch den Fernsehteilnehmern als auch ihren schon jetzt so überforderten Briefträgern dient, die diese Beträge einheben müssen.

Vielleicht hat man im Zeitalter der sogenannten zweiten industriellen Revolution auch bei der Postverwaltung schon einmal etwas von Holleritmaschinen und Lochkarten-Erlagscheinen gehört, mit denen man diese Gebühren unter Umständen auch monatlich einheben kann.

Ich darf in diesem Zusammenhang erwähnen, daß eine steirische Abgeordnete das ja auch im Nationalrat bereits zur Sprache gebracht hat. Aber ich bin persönlich der Meinung, bei der Postverwaltung wird Rationalisierung und Kundendienst heute noch immer sehr klein geschrieben und ich darf in diesem Zusammenhang vielleicht betonen, daß wir Sozialisten ja ursprünglich grundsätzlich gegen die sehr starke Erhöhung der Rundfunk- und Fernsehgebühren, die ja zu den höchsten in Europa zählen, gestimmt haben. Es ist zwar nun eine Befreiung von diesen Gebühren für Menschen mit ganz niedrigem Einkommen vorgesehen, doch viele wissen nicht, wie und wann man eine solche Befreiung erhalten kann. Vielleicht könnte das Postfach 7000, das ja von so vielen gesehen wird, das einmal näher erläutern und auch der Presse eine entsprechende Information zur Verfügung stellen. (Beifall.)

**Präsident:** Herr Landeshauptmann Krainer

hat sich in die Rednerliste eintragen lassen. Ich erteile ihm das Wort.

**Landeshauptmann Krainer:** Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren! Ich möchte nur eine kurze Berichtigung bringen, die sich eigentlich zurückerstreckt auf die Generalrede des Herrn Dr. Klauser und auf die Bemerkungen des Herrn Abg. Groß bezüglich der Hauptschule Mooskirchen.

Ich stelle fest, daß bei der Errichtung dieser Hauptschule noch einmal, und zwar im Jahre 1967 genaue Feststellungen über die Schülerzahlen des Schulprengels eingeleitet wurden, und zwar vom Bezirksschulrat Voitsberg. Der Errichtungsakt ist dann erfolgt. Die Errichtung selbst, das heißt die Einschulung ist nicht, wie vorgesehen 1967/68 erfolgt, sondern erst 1968/69 und zwar deshalb, weil es einfach an dem notwendigen Schulraum bis dorthin gefehlt hat.

Nun ergibt es sich, daß der erste und zweite Klassenzug dieser Hauptschule 55 Kinder eingeschult hat, das heißt also, das erste Schuljahr. Die Erhebung, die inzwischen erfolgt ist und die tatsächlichen Zahlen sagen uns nun, daß nicht 200, wie ich in einem Zwischenruf behauptet habe, sondern mindestens 212 Kinder nach dem derzeitigen Stand der Erhebungen am Ende, wenn die Schule also ihre Entwicklung bis zur vierten Klasse genommen hat, in dieser Schule sein werden. Ich glaube nicht, daß jemand behaupten kann, daß diese Schule zu Unrecht errichtet wurde. (Abg. Dr. Klauser: „Wo, Herr Landeshauptmann, nicht daß!“)

Ich sage es Ihnen halt noch einmal, ich habe es Ihnen schon gesagt. Die Gemeinde Lieboch hätte sich ja melden können, hätte die Schule ja bauen können. Sie hat es nicht getan und daher ist Mooskirchen zum Zuge gekommen. (Landesrat Sebastian: „Sie hat ja keine Erlaubnis bekommen!“)

Aber entschuldigen Sie vielmals, das ist doch un wahr. Ich muß mich ehrlich wundern, daß jetzt im Landtag auch das Übel einreißt, daß man mit un wahren Behauptungen operiert. (Landesrat Sebastian: „Man braucht ja nur die Protokolle nachzulesen!“ — Glockenzeichen des Präsidenten.)

**Präsident:** Ich erteile Herrn Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. Dr. Koren das Wort.

**Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. Dr. Koren:** Herr Präsident! Hohes Haus! Mit Freude und Dankbarkeit ist festzustellen, daß in den zehn Wortmeldungen, die in der Gruppe 3 zu verzeichnen gewesen sind, eine erfreuliche Anteilnahme und ein erfreuliches Interesse an der Arbeit, die durch diese Gruppe verkörpert ist, zu Tage trat.

Ich danke den Damen und Herren, die gesprochen haben und möchte, soweit es in die Kompetenz des Amtes und des Referates fällt, ganz kurz antworten auf die Dinge, für die man eine Antwort verlangt, und zwar der Reihe nach.

Herr Kollege und Freund Lind: Selbstver-

ständig ist niemand in diesem Hohen Hause, der nicht die Bedeutung von Musikkapellen richtig einschätzen würde und keiner ist da, der es nicht auch begrüßen würde, wenn wesentlich mehr Mittel zur Verfügung stünden. Die Musikkapellen haben in erster Linie für ihre Bereiche, für die Gemeinden oder ihre Betriebe das nötige musikalische Kolorit zu besorgen, zur Erheiterung, zur Unterhaltung, zur Erbauung und zur Gestaltung der Feierlichkeiten, die im Laufe eines Jahres anfallen.

Nun ist es daher auch in erster Linie die Aufgabe dieser Körperschaften, dieser Bereiche, dieser Gemeinden und dieser Betriebe, für die Musik zu sorgen. Und wenn es ein Sprichwort gibt „wo kein Geld, dort keine Musik“, so ist das auch umzudrehen und zu sagen, „wo Musik gemacht werden soll, dort muß man auch das Geld dafür herbeischaffen“, wobei man sich selbstverständlich auch der Verantwortung des Landes für die Pflege dieser im Lande gegründeten und weit über das Land hinaus bedeutungsvollen Kultureinrichtung selbstverständlich im klaren ist. Nur möchte ich hinzufügen, was ja schon von einem der Redner — oder durch einen Zwischenruf — festgehalten worden ist: es ist ja nicht nur das, was in der Gruppe 3 hier als Förderung der Blasmusikkapellen verzeichnet ist, hier in Anschlag zu bringen, sondern es gilt auch, die Millionen in Betracht zu ziehen, die für die Volksmusikschulen eingesetzt sind, aus denen heraus ja der wertvollste Nachwuchs für die Blasmusikkapellen kommt.

Herr Abg. Dr. Götz, Ihre Frage wegen des einprozentigen Abzuges für den Forschungsfonds fällt nicht in meine Kompetenz und im übrigen betreffen Ihre Ausführungen über die allgemeine Hochschulpolitik und Ihre Ausführungen über die Situation der Jugend nicht unmittelbar meine Kompetenz, ich werde mir erlauben, im Laufe meiner hoffentlich nicht allzu langen Ausführungen auch noch darauf zurückzukommen.

Herr Abg. Groß ich habe Ihnen eine Frage zu beantworten. Das ist die, die das Gesuch betrifft, das die Arbeiterkammer an die Kulturabteilung der Steiermärkischen Landesregierung gerichtet hat. Ich habe mich informiert. Es ist tatsächlich im September 1968 ein solches Gesuch eingetroffen mit dem Wunsch, 1969 berücksichtigt zu werden. Es ist daraufhin wegen der bereits fertiggestellten Arbeiten für das Budget keine Antwort ergangen und man hat erklärt, man wird eben im Jahre 1969 sehen was zu machen ist und dann die entsprechende Antwort geben. Ihren übrigen Ausführungen, die das Theater, die Volksbildung und die Erwachsenenbildung anlangen, kann ich nur zustimmen. Ich möchte aber einen Irrtum richtigstellen. Wenn Sie sagen, daß die Stadt und das Land im ganzen genommen nur die Abgänge der Vereinigten Bühnen zu bezahlen hätten, aber keinen Einfluß auf das was auf der Bühne vorgeht und auf die Stückwahl haben, dann muß ich Ihnen sagen, daß eben ein Intendant nur dann kommt, wenn er volle Freiheit in der Gestaltung des Spielplanes, volle Freiheit in der

Bestellung und in der Entlassung des künstlerischen Personals hat. Es gibt nur einen einzigen wirksamen Regulator, auf das Programm Einfluß zu nehmen und das ist das Publikum, das durch seine Absens oder durch seinen Besuch die Stückwahl des Regisseurs oder des Intendanten bestätigt oder ablehnt.

Frau Abg. Professor Hartwig, ich danke für die, wenn auch kritischen Äußerungen. Es ist sicher, daß im Steirischen Herbst in diesem Jahr keine Vollkommenheit erreicht wurde. Die wird nie erreicht werden, aber im Anfang ist die Improvisation immer stärker. Man ist mehr oder weniger darauf angewiesen, Vorhandenes zu addieren, aber es ist unser Bestreben, die Dinge dann doch mehr zusammenzufinden und in einem einzigen Gedanken doch zu einer Geschlossenheit zu machen.

Was die besondere Kritik an der Akademie anlangt, glaube ich, daß eine vorgefaßte Meinung erzeugt wurde durch eine Presseaussendung, die in der Vorschau auf den Steirischen Herbst und die steirische Akademie festgestellt hat, alles ist gut, aber die Akademie ist heuer nichts. Der tatsächliche Verlauf hat, zumindest was den Besuch anlangt, diese Voraussagen nicht bestätigt. Es war noch nie ein so starker Besuch. Wir haben nie den Anlaß gehabt, aus dem großen Saal herauszugehen, weil immer der große Saal notwendig gewesen ist. Es haben 4.000 Besucher während des heurigen Steirischen Herbstes die Akademie besucht. Es waren Einzelvorträge wie die von Professor Mauer mit 410, die von Professor Aspenger mit 455 und die von Dozenten Dr. Cesnik mit 400 Besuchern ausgezeichnet. Die Diskussionen, haben zwar nicht diese Zahl erreicht. Aber es ist immerhin eine erkleckliche Zahl von Hörern zu den Seminaren und Diskussionen gekommen und das ist zum ersten Mal der Fall gewesen, eine beachtliche Zahl von jungen Menschen. Im übrigen ist es so bei der Akademie, daß es nicht darauf ankommen wird, wieviele Besucher hingehen werden. Gerade diese offizielle Veranstaltung des Landes hat den Zweck, bestimmte Themen in ihrer Aktualität erkennen zu lassen und sozusagen zur öffentlichen Diskussion zu stellen in der Hoffnung, daß durch die Publikation, die nachfolgt, die entsprechende Auswirkung kommt und in der Hoffnung und im Vertrauen auch, daß durch die Medien Radio und Fernsehen diese Themen tatsächlich in der allgemeinen Diskussion in Erscheinung treten.

Nun hätte ich Rechenschaft zu geben über die Gruppe 3 des Landesvoranschlages für die ich mit Ausnahme des Abschnittes 33 die Verantwortung trage. Ich sage, ich hätte Rechenschaft zu geben über das Kulturwesen und Kulturleben in diesem Land. Aber je länger man sich mit diesen Dingen beschäftigt und je älter man wird und ich hoffe auch, je einsichtiger man wird, umso vorsichtiger und bescheidener wird man mit der Verwendung des Wortes Kultur. Vor allem wenn man es in der Einengung auf ein bestimmtes Referat und auf einen bestimmten Sachbereich betrachtet.

Wenn die ausgewiesenen Beträge unter ver-



schiedenen Titeln dem Kulturwesen des Landes dienen, möchte ich, um alle Mißverständnisse auszuschließen, das, was selbstverständlich ist, aussprechen, daß nämlich das kulturelle Leben des Landes, die Kultur und das Geistesleben des Landes sich nicht in den Aufgabenbereichen erschöpfen, erschöpfen kann und erschöpfen will, für die in der Gruppe 3 die finanzielle Vorsorge getroffen wird. Wir müssen es uns immer wieder sagen, daß über diesen, durch den Landesvoranschlag gekennzeichneten Rahmen hinaus nicht nur die hohen Schulen des Landes, die höheren und mittleren und die Elementarschulen im breiten Land, die Berufsschulen des Gewerbes und der Landwirtschaft dazugehören, sondern daß selbstverständlich auch alle die Leistungen des Landes, die ein Sozialstaat, ein Rechtsstaat und ein Wohlfahrtsstaat zustande bringt, letzten Endes zur Kulturleistung des Landes zu rechnen sind. So ist die Tätigkeit in der Verwaltung, von der Spitze des Landes über die Bezirkshauptmannschaften bis zur Arbeit der Bürgermeister und der Gemeinderäte auf nichts anderes gerichtet, als auf die Ordnung der Gemeinwesen, trotz aller materieller und finanzieller Belastung und Sorge, eine geistige Aufgabe, eine Ordnung der Dinge aus Geist, Gewissen und Verantwortung.

Und so ist alles, was wir für unsere Alten, für unsere Kranken, für unsere Hilflosen an Werken errichten und erhalten, eine soziale Aufgabe, hinter der eine sittliche Idee und ein humanes Prinzip stehen und also Kultur im wahrsten Sinne des Wortes ist. Der deklarierte kulturelle und geistige Auftrag des Landes ist es, alle diese Dinge als geistige Aufgaben zu sehen, alles, von der Autobahn bis zur Industrieförderung, von der Forstaufschließung bis zur Wasserversorgung als Erfüllung menschlicher Aufgaben, als eine geistige Aufgabe, als eine Bildungsaufgabe zu formulieren und in all diesen Bereichen den humanen Kern sichtbar zu machen. Und im übrigen ist das, worüber wir aus Anlaß der Gruppe drei des Landesvoranschlages diskutieren, letzten Endes nur mehr das, was übrig bleibt; aber das ist noch einiges.

Ich möchte vielleicht einige Thesen vorausschicken, deren Berechtigung und Wahrheitsgehalt an den darnach aufgezählten Dingen überprüft werden kann:

Es geht uns in der steirischen Kulturpolitik oder, wenn wir vielleicht weniger großspurig sprechen wollen, es geht uns in der steirischen Kulturarbeit erstens um die Erhaltung der Substanz des Landes, der geistigen Substanz durch die Förderung der Begabungen für Wissenschaft, Kunst und Berufstüchtigkeit, der Förderung der materiellen Substanz, soweit sich in ihr der Geist manifestiert; Ich meine die bedeutenden Bauten, die charakteristischen Ortsbilder, in denen sich wie überall das Wesen des Volksschlages verkörpert, die Erhaltung der Substanz in der Landschaft und Natur ihrer Schönheit willen, aber immer mehr auch entgegen der Gefährdung und Bedrohung, der sie ausgesetzt ist, ihre Bewahrung und Reinerhaltung als Quelle des Lebens schlechthin.

Zur Erhaltung der Substanz rechnen wir aber auch die ständige Weckung und Festigung eines Landesbewußtseins, nicht im Sinne einer Beschränkung auf eine hinterwäldlerische Sentimentalität, sondern einer Besinnung auf die Kraft und auf die Möglichkeiten, die der uns zugemessene Fleck Erde aus seiner geschichtlichen Formung und in seiner geographischen Lage darbietet.

Und die zweite Aufgabe in der Sorge um die Kultur des Landes, die vor allem dem geistigen, dem wissenschaftlichen, wie dem künstlerischen Leben zugewendet ist, gilt der Information. Wir wollen wissen, was in der Welt vorgeht und die Welt soll wissen, daß wir es zur Kenntnis nehmen, was in der Welt, in der Auseinandersetzung der Geister geschieht. Wir brauchen diese Information, um das geistige Leben in Bewegung zu halten. Und darum machen wir die Fenster auf, wir fürchten uns nicht, auch nicht vor einem scharfen Wind, weil wir von der Standfestigkeit unserer Menschen überzeugt sind. Aber es soll uns niemand vorwerfen, daß wir uns abriegeln und abkapseln in einem mit weißgrünen Mascherln verzierten Wolken-Kuckucksheim. Wir wollen auf der anderen Seite aber, eben weil wir aus dem konkreten Land heraus unsere Verantwortung ableiten, unser Verhältnis zur Welt und zur Zeit nicht in einer unverbindlichen Beziehungslosigkeit verströmen lassen. Darum bleibt uns Ausgang und Halt all unserer Arbeit und unseres Bemühens, unserer Vorsätze und unserer Hoffnungen der Mutterboden.

Das Steirische, das Österreichische in seiner spezifisch steirischen Ausprägung, wie sie in der Erinnerung an das alte Innerösterreich einen neuen Glanz erhalten hat, die Muttersprache, an deren Südgrenze wir leben und die wir darum mehr als andere schätzen, weil sie uns mehr ist als ein bloßes Verständigungsmittel, weil sie uns auch hier den Auftrag gibt, das, was wir für notwendig und richtig halten, was geschehen muß für eine friedliche und freiheitliche Entwicklung der Menschheit, zu übersetzen aus unserer Sprache in die Sprache des Nachbarn und von dorthier die Antwort zurück zu übersetzen in unser Idiom.

Wir wollen keine Klassifikation unserer Bemühungen, wir wollen weder als konservativ belobt oder verspottet, wir wollen aber auch nicht als progressistisch akklamiert oder verhöhnt werden. Wir verweigern uns jeder Klassifikation. Wir dienen der Substanz, wir dienen dem Leben des Landes und wenn man schon ein Fremdwort will, dann ist es das Prinzip des Dynamischen, dem wir verpflichtet sind.

Es ist menschlich durchaus begreiflich, ja selbstverständlich, daß verschiedene Initiativen und Unternehmungen des Kulturreferates verschieden beurteilt werden. Dem einen scheint das romantisch-historische den Vorrang oder ein Übergewicht zu haben, dem anderen sind die Fenster nach außen zu weit geöffnet und er meint, die Jungen allein hätten nur mehr Förderung und Verständnis zu erwarten und die Alten und das Alte sei nicht mehr geschätzt,

verkannt und darum auch nicht mehr gefördert.

Wir leben in einem Rechtsstaat, in einem freiheitlichen Staat, wir lehnen jeden Dirigismus ab. Um was wir werben, ist das Verständnis; das Verständnis, wenn wir uns um die Erhaltung der Substanz des Künstlerischen im Lande bemühen und nichts anderes als das Verständnis für die Strömungen des neuen Geistes in der Wissenschaft und Kunst ist es, was wir als Aufgabe der Information betrachten.

Um Information geht es, wenn Vortragende auf unserer Akademie aus anderen Ländern und auch aus anderen geistigen Landschaften mit ihren Überzeugungen und Postulaten, die nicht die unseren sind, bei uns hier zur freien Diskussion gekommen sind; und Information ist es, wenn wir, wie etwa im Trigon, die Bewohner eines vom Weltverkehr immerhin abgedrängten Bundeslandes mit den Tendenzen der Kunst in der ganzen Welt vertraut machen; Information war auch das „Musikprotokoll 1968“, mit dem sich der österreichische Rundfunk, Studio Steiermark — zur Mitgestaltung des „Steirischen Herbstes“ eingestellt hat.

Es hat nicht allen gefallen und kann nicht allen gefallen. Aber die Grazer sollen wenigstens wissen und kennen, worüber sie schimpfen und ihren Unmut aussprechen.

Es wird sich herumsprechen, daß in einem Zeitalter, in dem die Wissenschaft den Einblick in den Mikrokosmos des Atoms ebenso aufsprengt hat als in den Makrokosmos des Alls, in dem soziale und wirtschaftliche Umwälzungen vonstatten gegangen sind und gehen, deren Auswirkungen wir noch nicht so richtig zur Kenntnis genommen haben, natürlich auch die Kunst, nicht im Kleide des 19. Jahrhunderts und die Künstler in der sozialen Stellung und Funktion eben dieses Jahrhunderts, das in vielem gerade auf dem Gebiete der Pflege der bildenden Kunst noch unter den Auswirkungen des Feudalzeitalters gestanden ist, gesehen werden können, wenn sich dieses Jahrhundert auch nicht mehr in den großen Sälen und Salons, sondern im trauten Heim des Bürgers etabliert und leicht verwandelt hat. Damals hatte der Künstler noch die Wände zu dekorieren mit romantischen Landschaften, mit heroischen Motiven, mit frommen und erbaulichen Themen, mit sinnenfrohen Huldigungen an das Leben, wie den bekannten Zigeunerinnen mit dem entblößten Busen, der ja auch nicht nur ausschließlich ästhetischem Interesse gedient hat.

Der heutige Künstler will nicht mehr dekorieren. Es ist nicht seine Aufgabe, zu gefallen, er will und er soll das Gegenwärtige und, wenn er es erahnt, das Zukünftige im Zeichen sichtbar machen. Er soll ansprechen, aufrütteln, erschüttern und, wenn es sein muß, erschrecken. Das verlangt natürlich vom Künstler, und ich spreche nur vom Künstler, vom wirklichen, redlichen und wahren Künstler, einen großen Ernst und eine große Verantwortung. Es verlangt aber auch vom Betrachter das Bemühen, der Absicht und der Gestalt des Kunstwerkes Verständnis entgegenzubringen; und wenn man sich um dieses Verständnis bemüht, dann hat man auch ein

Recht, es zu beurteilen und auch zu verurteilen, wenn es diesen Spruch verdient.

Es geht uns um ein Gleichgewicht, das Gleichgewicht zwischen der Erhaltung der Substanz des Landes und der Information und andererseits um ein Gleichgewicht, das wir in allem und immer wieder von neuem in den Unternehmungen des Kulturreferates zu verwirklichen trachten, nicht zuletzt in jener Zusammenfassung künstlerischer und wissenschaftlicher Repräsentation, wie wir sie im „Steirischen Herbst“ versuchen, der nach seinem ersten Verlauf eine beachtliche Zustimmung und ein Einverständnis mit unseren Intentionen weit über die Grenzen des Landes hinaus gefunden hat. Im Radio Agram hat, wie Frau Kollegin Egger schon erwähnt hat, die Kulturredakteurin dieser Institution, Frau Snjeska Knezevic, einen zusammenfassenden Bericht über den „Steirischen Herbst“ gegeben, den ich glaube, als ein Zeugnis nicht der Rechtfertigung, sondern als ein Zeugnis diesem Rechenschaftsbericht zum Teil einfügen zu müssen:

„Ich möchte“, so sprach und schreibt Frau Knezevic, „meine zwei prägnantesten Eindrücke vom ‚Steirischen Herbst‘ hervorheben, die von zwei, glaube ich, Grundideen, besser gesagt, von zwei Grundqualitäten der Manifestation geprägt sind. Den ersten möchte ich als Allgemeindruck bezeichnen, als Allgemeindruck einer einheitlichen Atmosphäre, die in Graz besteht. Mir scheint es, daß man in dieser Atmosphäre einen Hauch von jenen Tendenzen spüren kann, die nicht nur das politische, kulturelle, überhaupt öffentliche Leben des Landes in diesem Jahrzehnt bezeichnen, sondern vielmehr eine Eigenschaft einer neuen, ich möchte fast sagen typisch österreichischen modernen Weltanschauung geworden sind.“

Das ist die Tendenz des Dialogs und der Wille zum Dialog, Dialog zwischen verschiedenen Weltanschauungen, Ideologien, verschiedenen Denkmodellen. Diese Tendenz, so scheint es mir als auswärtigem Betrachter, entfaltet sich in Österreich in allen Formen des Lebens immer mehr, bekommt immer mehr an Tiefe und Sinn, besonders heute in der Zeit einer akuten europäischen Krise.

Selbstverständlich hat diese allgemeine, auf den ersten Blick sozusagen abstrakte Tendenz hier in Graz, im ‚Steirischen Herbst‘, einen durchaus konkreten Charakter gewonnen, der das Motto des ‚Steirischen Herbstes‘ genau ausdrückt, also das Herstellen, Stärken und Vertiefen der menschlichen und künstlerischen Kontakte zwischen Nachbarländern, wie eine lange mehrhundertjährige Geschichte gemeinsamen Zusammenlebens in einem Staate verbindet. Ich möchte hoffen, daß heute endlich die Zeit gekommen ist, in der man ohne Vorurteile aus dieser gemeinsamen Geschichte und langen Verbundenheit einige positive, gesunde Elemente für eine Grundlage des zukünftigen gegenseitigen Verständnisses dieser Staaten gewinnen kann. Abgesehen davon, daß sich aus einer Konfrontation des kulturellen, künstlerischen, wissenschaftlichen und philosophischen Schaffens, die

bestimmt anregend wirkt, interessante Resultate ergeben können. Und gerade im Licht der neuesten Ereignisse in Europa bekommt solche Orientierung nicht nur ernsteste Berechtigung, sondern bezeugt ihre Notwendigkeit. Also hierin sehe ich eine große Bedeutung solcher Manifestationen.

Neben dieser Qualität besteht hier in Graz etwas ganz Spezielles, und das gibt dieser Manifestation einen besonderen Reiz: nämlich das unmittelbare und ungezwungene Zusammenspiel von Tradition und Avantgarde; präziser gesagt, eine Verbindung zwischen dem, was aus der Tradition das Wertvollste, Lebendigste ist, und jenem Neuen von heute. Ich möchte ein Beispiel zitieren, das diesen Gedanken ausdrückt:

Zwei Lesungen, bei denen sich, eigene Werke lesend, zwei Autoren, zwei Dichter präsentiert haben; der Ältere, fest mit seinem Werk der Tradition dieses Bodens verbunden, der Jüngere, ein Avantgardist, auch mit diesem Lande verbunden. Das waren Franz Nabl und Peter Handke. Die erste Lesung fand in festlicher Atmosphäre des Barockschlosses Eggenberg bei Kerzenlicht und Kammermusik statt, die zweite im nüchternen Saal des Forum Stadtpark mit einem Publikum, das rauchend, auf den Stufen und dem Boden sitzend, mit größter Aufmerksamkeit das Lesen Handkes unter grellem Licht sich anhörte.

Ich führe dieses Beispiel nur zur Illustration an, denn diese Spannweite erfüllt auch andere Veranstaltungen. Die Bereitwilligkeit, mit der man das Neue aufnimmt, der Wunsch, dem Neuen zum Durchbruch zu helfen, das Vertrauen, das man ihm gegenüber aufweist (ich gebe wieder ein Beispiel — die künstlerischen Resultate der Malerwochen auf Schloß Retzhof), andererseits das ausgewogene Gefühl für Maß und guten Geschmack, womit ältere Werke präsentiert werden, das alles erzeugt in diesen Tagen in Graz eine Atmosphäre des Unkonventionellen, Vertrauten, des gegenseitigen Vertrauens und des Wunsches zur Mitarbeit. Das erzeugt auch die Stimmung, wie sie jene Lesungen slowenischer Lyrik erfüllte.

Ich möchte auch hoffen, daß diese Kontakte fruchtbar werden. Ich möchte hoffen, daß sich dieser Dialog nicht nur auf einige Künstler und Wissenschaftler, die hierher eingeladen worden sind, erstrecken wird, sondern, daß aus den Eingeladenen Botschafter der Ideen des ‚Steirischen Herbstes‘ in ihren Ländern werden.“

Und nun in knapper Aufzählung einige der Dinge, an denen Sie überprüfen können, inwieweit die Thesen, die ich Ihnen aufgestellt habe, nicht in Versprechungen, sondern in sehr realen Gedanken, Worten und Werken bestätigt werden.

Ich beginne mit dem Joanneum und mit ihm mit der Neuen Galerie, die ja immer im Mittelpunkt des Kreuzfeuers der Kritik steht. Sie hat aus eigener Verantwortungen zehn bedeutende Ausstellungen in diesem Jahr abgehalten. In der Neuen Galerie selbst die Gemälde- und Graphikausstellung der „Galerie nächst St. Stephan“, die Gedächtnisausstellung „Wilhelm Thöny“,

eine Lebenswerk-Ausstellung des Professors „Rudolf Szyszkowitz“, eine Ausstellung junger Schweizer Künstler „Wege und Experimente“, die Werke der „III. Internationalen Malerwochen auf Schloß Retzhof“ und die „Graphik der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aus Jugoslawien und Österreich“ und schließlich die jetzt noch laufende Ausstellung „Religiöse Kunst heute“. Dazu kommen im Ecksaal des Joanneums die Graphikausstellung „Palle Nielson“ aus Schweden und die Ausstellung des „Hans Fronius Archivs“ und vor allem im Künstlerhaus die große Gedächtnisausstellung für „Ernst Christian Moser“, dessen Bedeutung als Maler aus der Mitte des 19. Jahrhunderts uns durch diese Ausstellung erst so richtig bewußt gemacht wurde. Sieben gegenständliche Maler! Weit mehr als die Hälfte der Ausstellungen haben Themen traditioneller Kunst gegolten. Daneben hat die Neue Galerie Ausstellungen in Agram, Belgrad und Venedig mit eigenen Beständen durchgeführt und eine Graphikausstellung „Fritz Silberbauer“ in Deutschlandsberg veranstaltet.

Im Hause in der Neutorgasse wurde die „Sonderausstellung zur steirischen Schulgeschichte“, ein Beitrag des Landes zum Diözesan Jubiläum, unter dem Titel „Segenszeichen im Alltag“, als Gastveranstaltung eine „Schlangenausstellung“ und die Ausstellung „Die schönsten Deutschen Bücher der letzten drei Jahre“, durchgeführt.

Die Alte Galerie veranstaltete die lehrreiche Ausstellung „Original und Kopie“ und, wieder als Beitrag zum Diözesan Jubiläum, die außerordentlich gut besuchte, mit Leihgaben aus steirischen Stiften und Pfarren bereicherte Ausstellung „Maria in der steirischen Kunst“. Im nächsten Jahr wird zum 400. Geburtstag des Hofkünstlers Giovanni Pietro de Pomis, des Erbauers des Mausoleums und Malers des Gnadensbildes von Mariahilf, eine Ausstellung veranstaltet.

Aber alle diese Ausstellungen unseres Joanneums, von denen ich nicht alle genannt habe, sind nur ein Teil der jahraus, jahrein ohne Spektakel geleisteten Ordnungsarbeit und wissenschaftlichen Arbeit, die unsere Joanneumskustoden und -vorstände, anerkannt in der Fachwelt auch des Auslandes, immer wieder leisten. Das gilt auch von den acht wissenschaftlichen Beamten des Steiermärkischen Landesarchivs. Ihnen allen ist die Erhaltung der steirischen Geschichte und Landeskunde über die Arbeit an den Realien unserer Museen und Archive aufgetragen.

Im nächsten Jahr feiert dieses Steiermärkische Landesarchiv das hundertste Jahr der Neugründung unter Joseph von Zahn. Aus diesem Anlaß haben wir die Einladung ausgesprochen, den großen 10. Österreichischen Historikerkongreß und den 8. Österreichischen Archivtag vom 19. bis 23. Mai in Graz abzuhalten. Dabei sind vier große öffentliche Vorträge und 46 Referate in den einzelnen Sektionen vorgesehen. Die Steiermark ist als Gastland besonders berücksichtigt; 29 Vortragende sind Steirer und 22 Vortragsthemen beschäftigen sich vorwiegend mit steirischen Problemen. Das Archiv selbst gibt als Jubiläums- und Festgabe für den Kongreß den

„Steirischen Wappenschlüssel“ von Josef Kraßler heraus, ein Standardwerk zur Wappenbestimmung mit fast 800 Abbildungen, das für die Geschichtsforschung weit über die Grenzen Österreichs hinaus Bedeutung haben wird.

Von der Tätigkeit der Historischen Landeskommision, einer Einrichtung, wie sie kein anderes österreichisches Bundesland besitzt, nenne ich die „Sammlung aller römischer Inschriften des Landes“, die unmittelbar vor der Druckfertigstellung ist, und als besonders wichtige Arbeit die „Sicherheitsverfilmung der steirischen Originalurkunden“ in allen steirischen Archiven auch am breiten Lande, in denen Rahmen bisher 31.400 Mikroaufnahmen hergestellt worden sind.

Und schließlich dürfen wir aber auch an das Österreichische Freilichtmuseum erinnern, das seit 1963 32 Bauten aus allen österreichischen Bundesländern eingeholt hat, von denen 22 schon wieder aufgestellt sind; von ihnen wurden sieben im abgelaufenen Jahr wieder errichtet.

Das Steirische Volksbildungswerk hat im vergangenen Jahr zwölf Tagungen und Seminare durchgeführt, die den Strukturproblemen in Grenzgemeinden und Grenzbezirken, dem Thema „Bildung und Gesellschaft“ und „Dem bedrohten Lebensraum des Menschen“ gewidmet gewesen sind. Dazu kamen Mitarbeiter- und Arbeitskreisleitertagungen in verschiedenen Bezirken der Steiermark, unter ihnen eine Bürgermeisterexkursion nach Jugoslawien und ein Gemeindeforum über „Aktuelle Fragen der Gemeindeverwaltung und Gemeindepolitik“. Die steirischen Berichte, vom Volksbildungswerk gemeinsam mit der Kulturabteilung der Landesregierung herausgegeben, sind eine anerkannte Zeitschrift für Kulturarbeit und Bildungswesen geworden. Im Laufe des Jahres 1968 wurden insgesamt 40 Bildungswochen mit nahezu 150 Einzelvorträgen in allen Teilen des Landes Steiermark veranstaltet. Vielleicht fehlt diesen Veranstaltungen die notwendige spektakuläre Begleitmusik der Presse, um im Bewußtsein der kritischen Öffentlichkeit sichtbar zu figurieren.

Der bedrohte Lebensraum des Menschen ist über aller Sorge für Teilbereiche der zu schützenden Natur, der Landschaft und einzelner Naturdenkmäler hinaus das Anliegen des zuständigen Referates und des steirischen Naturschutzbundes.

In sechs Heften des „Steirischen Naturschutzbriefes“ wurde für den Gedanken am konkreten Beispiel geworben. Von den einzelnen Aktivitäten nenne ich nur die Bereitstellung von Mitteln für den Waldschutzverband zum Zwecke der Begrünung der Böschungen auf Güter- und Forstaufschließungswegen, die Einflußnahme auf die Bebauungsart, Gestaltung und Lage von Feriendörfern in Mitterndorf, Stubalpe, Teichalpe und Turracherhöhe. Zwölf Verordnungen zur Erhaltung geschützter Landschaftsteile wurden in diesem Jahre ausgearbeitet, 80 Verordnungen über den Schutz von Naturdenkmälern in 10 Verwaltungsbezirken. Gemeinsam mit dem Naturschutzbund und dem steirischen Volksbildungswerk gilt die Arbeit des Jahres 1969 der

Vorbereitung für eine sinnvolle und nachwirkende Durchführung des „Europäischen Naturschutzjahres 1970“.

Mit diesen Hinweisen ist der Bogen geschlossen und unser Programm, das zum Erhalten des übernommenen Erbes in der Natur und Kultur bis zur Gestaltung der uns anvertrauten Gaben in der Zeit und in der Welt und für die Zeit und für die Welt, in der wir leben, reicht, ist an überprüfbaren Tatsachen nachzuweisen.

Es sind aber nur Beispiele, die hier angeführt wurden. Sie werden durch ihren Niederschlag im stenographischen Protokoll festgehalten bleiben, auch wenn sie während ihrer Wirksamkeit und Verwirklichung nicht immer, wie es wünschenswert gewesen wäre, zur Kenntnis genommen worden sind. Fast ein halbes Jahr war vom Landhaus über die Herrengasse das Transparent mit dem Hinweis auf die große Ausstellung „Der Bergmann und der Hüttenmann“ gespannt. Von einer übertrieben großen Anteilnahme an dieser und an ähnlichen kleineren Veranstaltungen, um von seiten ihrer Kritiker zu sprechen, wäre auch eine leichte Übertreibung. Es ist rätselhaft: die Landesausstellung, „Der steirische Bergmann“ — es war ja heute eine erfreuliche Stimme, die eigentlich diesen Satz überflüssig macht, aber bislang hat er ja immer wieder gegolten — die Landesausstellung „Der steirische Bergmann“ tritt scheinbar zurück vor der Faszination oder Provokation des längst hinter uns liegenden TRIGON 1967, das immer noch die Gemüter zu erregen vermag, obwohl wir uns bei der Budgetdebatte 1967 damit ausführlich beschäftigt hatten.

Wir stehen nun mitten in der Vorbereitung auf die Dinge, die wir uns für das kommende Jahr und für das übernächste Jahr vorgenommen haben. Das Kulturhistorische Museum am Joanneum bereitet die 5. Landesausstellung, die dem Handwerk und dem Gewerbe des Landes gewidmet sein wird, für 1970 vor.

Unsere Hauptaufgabe ist die wohlbedachte Gestaltung des „Steirischen Herbstes 1969“, der von nun an von der Steiermärkischen Landesregierung gemeinsam mit der Kulturabteilung der Landeshauptstadt Graz und dem Österreichischen Rundfunk, Studio Steiermark, durchgeführt wird. Der Beitrag des Landes wird weiterhin die Steirische Akademie sein, anteilmäßig die Darbietungen des Theaters und des Orchesters und im Jahre 1969 wieder die Dreiländerausstellung TRIGON. Sie wird diesmal der Architektur gewidmet und in der Thematik dem Generalthema der „Steirischen Akademie“ zugeordnet sein.

Es geht dabei um die Sorge, um die Hoffnung, mit der wir dem Kommenden entgegenschauen, die Zukunft, wie sie als Vision der Seher und Künstler und als Prognose der Soziologen, der Philosophen und der Naturwissenschaftler vor uns möglich ist. „Zukunft als Wille und Vorstellung“ also ist zur Diskussion gestellt. Wir glauben, damit auch — ohne einer Mode zu erliegen — uns Fragen anzunehmen, die die Jugend auch unseres Landes bewegen.

Es sind Fragen der Jugend, die uns nicht per-

horreszieren sollen, die von uns aber auch nicht bagatellisiert werden dürfen. Es geht nicht um die langen Haare, ebensowenig wie es die Talare sind, in denen sich das Establishment verbirgt. Das sind Dinge, die man läßt, solange sie den Glauben der daran Beteiligten besitzen. Es ist nicht leicht zu verstehen, daß der Jugend die richtige Einschätzung der Freiheit, der gesicherten Arbeitsplätze, eines vergleichsweise allgemeinen materiellen Wohlstandes zu fehlen scheint. Aber es ist so, daß das Selbstverständliche zurücktritt vor verborgenen Schadensstellen, wenn man nicht weiß, um welchen Preis und wie dieses Selbstverständliche erlitten und erstritten werden mußte. Aber solche Schadensstellen gibt es ohne Zweifel: in der Erstarrung, von der auch das demokratische Leben nicht frei ist, in Abweichungen demokratischer Verhältnisse in oligarchische Zustände auf verschiedenen Ebenen und nicht nur im Bereiche politischer Körperschaften. In den Proklamationen der Jugend werden sie sichtbar gemacht, natürlich nicht in abgeklärtem Stil und Tonfall gesetzten Alters, sondern in sehr harten, nicht immer klaren, aber entschlossenen Formulierungen.

Aber, meine verehrten Damen und Herren, es sind unsere Söhne, die zu dieser Jugend gehören, die Generation unserer Söhne und wir haben als die Generation der Väter dieser Generation der Söhne zunächst Verständnis entgegenzubringen, so wie jeder Vater verpflichtet ist, aus sich für seinen Sohn Verständnis aufzubringen, auch wenn er aus der Art geschlagen zu sein scheint. Mit dem Verständnis haben wir aber auch eine Würde zu verbinden, wenn wir ernst genommen werden wollen. Wer als Großvater mit den Freundinnen seiner Enkelin schäkert, läuft Gefahr, als alter Esel verlacht zu werden und wer als wohlbestallter und wohlgestellter, etablierter Pensionist lautstärker als die Jungen selbst ihre Parolen voranträgt, kann als nützlicher Idiot der wahren Einschätzung hinter seinem Rücken sicher sein. Es ist nicht möglich, alles einfach hinzunehmen. Es gibt Dinge, denen wir aus unserem Gewissen und aus besserer Einsicht Widerstand entgegensetzen müssen, Widerstand etwa der so billigen Pauschalierung, es muß alles neu gemacht werden, weil die Generation der Väter versagt hat. Keiner von uns wird sich anmaßen und von sich sagen, er sei ein vorbildlicher Vater, aber es gibt eine Treue zur Generation.

Keiner von uns hat das Recht, zu schweigen, wenn die ganze Generation als menschliche und politische Versager verschimpft und abgekanzelt wird. Das sind wir denen schuldig, die neben uns gefallen sind, die von uns weggeführt, gefangen gehalten worden sind, die mit uns ein Chaos wie keine Generation vor uns durchgestanden und überwunden haben in einer Aufbauleistung, in Eintracht und Verantwortungsbewußtsein, auf die wir immer stolz bleiben werden.

Auch diese Überlegung bestätigt den Auftrag, den wir in unserer Kulturarbeit erfüllen sollen. Es geht darum, die Substanz zu erhalten und mit Standfestigkeit und Treue uns zu informie-

ren über die Dinge, die in der Welt geschehen, um unser Leben, um das Leben in diesem Lande sinnvoll einzuordnen in die Entwicklung und in den hoffentlich friedlichen Fortschritt der Welt. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

**Präsident Dr. Kaan:** Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

**Abg. Nigl:** Ich verzichte und erneuere meinen eingangs gestellten Antrag auf Annahme der Gruppe 3.

**Präsident:** Sie haben den Antrag des Berichterstatters gehört. Ich ersuche die Abgeordneten, die mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 3 einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschleicht.)

Die Gruppe 3 ist angenommen.

Wir kommen zur

#### **Gruppe 4, Fürsorgewesen und Jugendhilfe**

Berichterstatterin ist Frau Abg. Hella Lendl. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Hella Lendl:** Hohes Haus! In der Gruppe 4, Fürsorge und Jugendhilfe, ist im Vorschlag der Betrag von 196,790.000 Schilling an Gesamtausgaben vorgesehen. Dem gegenüber stehen Einnahmen von 89,536.000 Schilling. Es werden somit im Jahre 1969 107 Millionen Schilling für Fürsorge und Jugendhilfe aus Landesmitteln beigestellt. Von diesen Ausgaben ist eine ansehnliche Summe für Pflegegebühren in eigenen und fremden Anstalten zu buchen, welche alljährlich eine Steigerung erfahren.

Im Abschnitt 41 — Offene Fürsorge — werden 130.000 Schilling Einnahmen den Ausgaben von 4,2 Millionen Schilling gegenübergestellt. Mit dieser Ausgabe von rund vier Millionen Schilling sind ca. 600 Pflegekinder auf privaten Kostplätzen untergebracht und ca. 220 erwachsene Hilfsbedürftige erhalten Dauerunterstützungen.

Die geschlossene Fürsorge erfordert einen Zuschuß von 20 Millionen Schilling und der Mehraufwand gegenüber dem Vorjahr ist in der eingetretenen Erhöhung der Pflegegebühren zu suchen. Aber auch die Richtsatzserhöhung und die Erhöhung der Gehälter für die Außenpflege sind in dieser Summe enthalten.

3,143.000 Schilling beansprucht die Förderung der freien Wohlfahrtspflege. Im Unterabschnitt 442 wird für den Kriegsofferverband ein Betrag von 990.000 Schilling und der Anteil an der Lustbarkeitsabgabe mit 1,5 Millionen Schilling veranschlagt.

Für die Flüchtlingsfürsorge ist eine Summe von 2,4 Millionen Schilling vorgesehen und davon sind für Pflegegebühren 1,7 Millionen Schilling zu buchen. Die Blindenbeihilfe erfordert für die Beihilfen im Jahre 1969 den Betrag von rund 13,5 Millionen Schilling, welche an etwa 750 Vollblinde und ebensoviele praktisch Blinde zu leisten sind. Auch die Richtsätze für die Blinden werden mit 1. Jänner wieder erhöht.



Die Behindertenhilfe wird 16 Millionen Schilling erfordern, wovon allein für Pflegegelder an ca. 1100 Behinderte der Betrag von 9,7 Millionen Schilling notwendig ist. Auch hier ist die dynamische Erhöhung mit 1. Jänner 1969 vorgesehen. Laut Landtagsbeschuß aus dem Jahre 1967 ist das Land verpflichtet, zum Bau eines Internatsgebäudes bei der Sonderschule für Mädchen in Wiener Neustadt einen anteilmäßigen Betrag zu leisten und es ist, so wie im Jahr 1968, für die 2. Teilrate der Betrag von 2 Millionen Schilling vorgesehen.

Für die Wohnraumbeschaffung kinderreicher Familien ist unter der Budgetpost „Sonstige Wohlfahrtsmaßnahmen“ der Betrag von 13 Millionen Schilling zu erwähnen.

Im Unterabschnitt 451 wird der Betrag von 1,8 Millionen Schilling für das Heim der Körperbehinderten in Andritz veranschlagt und es kann heute schon gesagt werden, daß es wohl das schönste und modernste Heim in seiner Art nach der Fertigstellung sein wird.

Für die Taubstummenanstalt ist ein Zuschußbetrag von 3,1 Millionen Schilling eingesetzt.

Die heilpädagogische Anstalt in Wetzelsdorf ist eine Beobachtungsstation für Kinder, die in ihrer geistigen, seelischen und körperlichen Entwicklung gestört sind und macht einen Zuschußbetrag von 500.000 Schilling notwendig.

Aber nicht nur Kranke, Leidende und Behinderte brauchen Fürsorge. Hilfsbedürftig ist vor allem auch der junge Mensch und dafür ist im Abschnitt 46 Jugendhilfe eine finanzielle Hilfe von 5,8 Millionen Schilling vorgesehen. In der Fürsorgeerziehung erhöht sich der Aufwand gegenüber 1968 um rund 3 Millionen Schilling auf 19 Millionen Schilling und ergibt sich dieser ebenfalls aus der Erhöhung der Verpflegskosten in den fremden und eigenen Anstalten. Für die Landesjugendheime Rosenhof, Blümelhof und Hartberg ist ein Betrag von 5,3 Millionen Schilling erforderlich und außerdem sind im außerordentlichen Voranschlag Millionenbeträge für Erweiterungsbauten, für Schulräume, Werkstätten, Turn- und Schwimmhallen vorgesehen.

Maßnahmen, wie sie in der Jugendhilfe notwendig sind, müssen auch auf die alten Menschen angewendet werden. Das Altenproblem ist heute groß und aktuell. Da für die alten Menschen die geschlossene Fürsorge, die dem Land 8,4 Millionen Schilling kostet, nicht in Frage kommt, müssen noch verschiedene Einrichtungen im Land geschaffen und neue Wege gefunden werden, damit viele Betagte, die eigentlich keine Fürsorgefälle sind, in der Einsamkeit nicht zugrunde gehen. Für die Altenurlaubsaktion und Altenbetreuung werden 1,1 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt und der Wunsch und das Bedürfnis, an der Urlaubsaktion teilzunehmen, wird von Jahr zu Jahr stärker. Im Jahre 1968 wurde der Urlaub nicht nur im Herbst absolviert, sondern auch in den Monaten Mai und Juni gingen unsere Alten auf Urlaub und das bedeutet, daß das Gastgewerbe nicht nur mit einer Nachsaison, sondern auch mit einer Vorsaison rechnen kann.

Erfreulich ist, daß im außerordentlichen Vor-

anschlag der Betrag von 5 Millionen Schilling enthalten ist, um mit dem Neubau eines Fürsorgeheimes in der Obersteiermark mit dem Standort in Mautern zu beginnen. Seit Jahren ist dies eine dringende Notwendigkeit, da in den bestehenden Heimen ein großer Bettenmangel herrscht und mit der Einweisung auch bei dringenden Fällen oft Monate lang gewartet werden muß.

Hohes Haus! Wenn die Gruppe 4 einen Zuschuß von 107 Millionen Schilling notwendig macht, so dürfen wir dabei nicht vergessen, daß es die Verpflichtung der Gemeinschaft ist, den Hilfesuchenden und den Notleidenden zu helfen, denn jeder Hilfsbedürftige hat ein Anrecht auf Hilfe.

Der Finanz-Ausschuß hat sich mit der Gruppe vier, Fürsorge und Jugendhilfe, beschäftigt und ich stelle in seinem Namen den Antrag, dieser Gruppe die Zustimmung zu geben.

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist Herr Prof. Dr. Moser. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Prof. Dr. Moser:** Hohes Haus! Es ist, glaube ich, eine gute Fügung, daß nach dem Kapitel Kultur das Kapitel 4, Fürsorge und Jugendhilfe, kommt. Ich beziehe mich auf die grundsätzlichen Feststellungen des Landeskulturreferenten und der Frau Abg. Hartwig, daß sich Kultur am vornehmsten in der Menschlichkeit ausdrücken muß, die in ihrer tätigen Hilfe für unsere notleidenden Mitbürger ihre Verwirklichung finden sollte. Wer die Beiträge zur Gruppe 4, die in diesem Haus in den letzten Jahren gehalten wurden, liest, wird bei aller Verschiedenheit der Auffassungen ein Gemeinsames feststellen können, die Sorge um unsere vom Schicksal gezeichneten Mitbürger. Die Sorge um die Blinden und Taubstummen, um die körperlich und geistig Geschädigten, um die unversorgten Alten und gestrauchelten Jungen. Diese Bemühungen sind nicht nur ein finanzielles Problem, sie sind in diesem Haus stets als Herzenssache betrachtet worden. Ein Wort, das man vergeblich in den Gesetzen suchen wird. Wo es eben vergessen wird, wo die Fürsorge zur Pflicht oder gar zur lästigen Pflicht geworden ist, dort darf man sich nicht wundern, daß sie in ihrer Wirkung versagen wird. Es ist eine angenehme Pflicht, in diesem Haus feststellen zu können, daß diejenigen, die sich um die Fürsorge bemühen vor allem draußen in den Bezirken, unsere Beamten und Fürsorgerinnen, vom richtigen Geist erfüllt sind.

Die Fraktion der Volkspartei bekennt sich zu den Ziffern dieses Kapitels. Nicht nur dort, wo sie aus gesetzlichen Verpflichtungen erwachsen, wie z. B. bei dem im Jahre 1964 beschlossenen Behindertengesetz, das einen großen Fortschritt gebracht hat und das sich auch ohne die ausstehende bundesgesetzliche Regelung des Fürsorgewesens bereits gut bewährt hat. Es war aber auch ein Beispiel dafür, wie problematisch die Berechnungen der Kosten sind, die aus einem solchen Gesetz erwachsen. Eine Art „Behinder-tenplan“ im Jahre 1964, auch nur auf einen kur-

zen Zeitraum erstellt, hätte vermutlich ein ähnlich unsicheres Bild ergeben, wie dies beim Bildungsplan der Fall ist. Zur Erfüllung des Behindertengesetzes sind im Jahre 1969 rund 30 Millionen Schilling notwendig, wovon nicht ganz die Hälfte von den Gemeinden über die Bezirksfürsorgeverbände aufzubringen ist. Sicher eine soziale Tat, aber auch ein beachtlicher Griff in die Gemeindekassen. Dazu ist aber noch anzumerken, daß manche Wünsche offen geblieben sind, daß sich in der Praxis gewisse Härten ergeben haben, die durch eine Novellierung des Behindertengesetzes beseitigt werden sollten. Ich erlaube mir, den zuständigen Referenten, Herrn Landesrat Gruber, an sein in dieser Richtung im Vorjahr im Hause gegebenes Versprechen zu erinnern.

Wir bekennen uns aber auch zu den Budgetansätzen, die als freiwillige Leistungen des Landes anzusehen sind, insbesondere zur Beschaffung von Wohnungen für kinderreiche Familien und zur Förderung der freien Wohlfahrtspflege. Welche finanzielle Belastungen, meine Damen und Herren, würde die öffentliche Hand zu tragen haben, wenn es z. B. keine Caritas gäbe. Wieviel Personal- und Sachaufwand wäre erforderlich, um das Heim der Guten Hintinnen vom Land zu übernehmen. Was wäre die Herz-Lungen-Maschine im Landeskrankenhaus ohne das über das Rote Kreuz zur Verfügung gestellte Frischblut. Die 33.000 Blutkonserven, die 1967 an steirische Krankenhäuser geliefert wurden, hätten den Ansatz in der Gruppe 5 ganz beträchtlich erhöht, wenn sie gekauft hätten werden müssen, vorausgesetzt, daß sie überhaupt zu bekommen gewesen wären. 128.400 Menschen wurde im vergangenen Jahr durch den Rettungs- und Krankentransportdienst des steirischen Roten Kreuzes Hilfe geleistet. Man müßte auch von den 10.500 Menschen sprechen, die heuer in Erster Hilfe ausgebildet worden sind, oder von den 1.209 Hauskrankenpflegerinnen, von den sozialen Leistungen während der tschechischen Krise, um nur am Beispiel des Roten Kreuzes zu zeigen, daß kein soziales Wohlfahrtssystem es sich leisten kann, auf die Tätigkeit und Mitarbeit der freien Wohlfahrtsorganisationen zu verzichten.

Die großen Sozialleistungen sind diesen gemeinnützigen Verbänden und Einrichtungen nur möglich, weil sie es immer wieder zuwegebringen, Helfer und Helferinnen zu finden und zu begeistern, die praktisch um Gottes Lohn tätig sind. Ihnen allen, den geistlichen Schwestern und denen, die sich um die Organisation dieser Einrichtungen verdient gemacht haben, gebührt der besondere Dank des Landes.

Es soll aber auch nicht unausgesprochen bleiben, ob man nicht mehr Aufgaben von der freien Wohlfahrtspflege oder wenigstens in Zusammenarbeit mit dieser bewältigen lassen könnte, wie dies in europäischen Demokratien in viel größerem Maße als bei uns der Fall ist. Ich weiß schon, das Subsidiaritätsprinzip läßt sich nicht ohneweiters bei der Fürsorge anwenden. Vor allem dort ist dies schwierig, wo es um gesetzliche

Verpflichtungen geht. Aber ich kann mir vorstellen, daß in Überlegungen mit dem Beirat der Wohlfahrtsorganisationen mancher Weg in dieser Richtung gefunden werden könnte. Man sollte den Versuch machen.

Daß manches neu durchdacht werden sollte, meine Damen und Herren, möchte ich nur an einem Beispiel zeigen: „Jugend am Werk“. Als nach dem Krieg das Gespenst der Jugendarbeitslosigkeit umging, hat diese Einrichtung eine fühlbare Erleichterung gebracht und die Wartezeit für junge Menschen durch eine bessere Vorbereitung auf den Beruf ausgefüllt. Heute, in der Zeit der leerbleibenden Lehrplätze und des berufsvorbereitenden neunten Schuljahres hat die alte Zielsetzung ihren Sinn verloren. Man könnte diese Einrichtung daher auflassen oder man müßte sie mit einer neuen Aufgabe betrauen. Solche Ersatzziele sind auch aus örtlicher Initiative heraus gefunden worden. Zwei Gemeinden haben Gastgewerbe-Kurse eingeführt, andere bemühen sich, diese Einrichtungen als Tagesheimstätte für die polytechnischen Jahrgänge auszubauen. Von 14 Trägergemeinden halten nur noch acht „Jugend am Werk“ aufrecht und davon wurden Deutschlandsberg und Leibnitz vorübergehend stillgelegt. Mureck hat meiner Ansicht nach einen richtigen Weg gewählt. Es hat seinen Gastgewerbekurs in eine Schule für cerebralgestörte Jugend umgewandelt, ein Weg der in Graz schon seit Jahren mit großem Erfolg beschritten worden ist. Man sollte sich ernstlich überlegen, ob man nicht in Zusammenarbeit mit dem Verein „Lebenshilfe“, einer Einrichtung, in der Eltern und Förderer beispielhaft zusammenarbeiten, ein Werk für das geistig behinderte Kind nach modernen Grundsätzen aufbauen soll. Vor allem die geschützten Werkstätten wären ein Mittel, den cerebralgestörten Kindern und für einen Beruf untauglichen Sonderschülern einen Lebensinhalt zu geben. Wenn man die derzeit für „Jugend am Werk“ aufgewendeten rund drei Millionen Schilling, zu denen das Land 600.000 Schilling beiträgt, mit den Mitteln anderer Organisationen zusammenlegen würde, müßte eine fühlbare Wirkung erzielt und ein schönes Werk aufgebaut werden können.

Ein Zweck der Budget-Debatte, die ja an den Ziffern nichts mehr ändern kann, ist es wohl auch, festzustellen, ob man für die eingesetzten Mittel nicht noch eine bessere Verwendung anregen könne, ob neue Schwerpunkte notwendig sind. Es wäre ja gedankenlos, in der Gruppe 4 alljährlich nur die bestehenden Posten beizubehalten und leicht zu erhöhen. Das geschieht ja auch nicht. Denn gerade die Fürsorge entwickelt sich mit einer großen Dynamik. Wie ferne erscheint uns doch heute der Begriff „Armenwesen“, mit dem das ganze Kapitel noch in der Bundesverfassung verankert ist. Die Wohlstandsgesellschaft bringt andere Probleme: Genußsucht und damit verbunden eine Art Lebensverwahrlosung, die Krise in der Familie, das Problem der alten Leute.

Für die hilfsbedürftigen Alten, meine Damen und Herren, bringt der Voranschlag manch neuen Lichtblick. Ich denke nur an den Neubau

des Altersheimes in Ehrnau. Aber auch viele erfreuliche Einzelaktionen möchte ich hier nicht übersehen, so z. B. „Urlaub für alte Leute“, die Altenberatungsstellen, den rollenden Essenzustelldienst, der täglich in Graz zu 300 Menschen kommt, die Ehrungen bei hohem Alter durch den Herrn Landeshauptmann oder die Bürgermeister, die Bemühungen des Rentner- und Pensionistenbundes oder ähnlicher Vereine. Sie alle sind ein Zeichen dafür, daß die Sorge um die ältere Generation immer mehr zu einem Kernproblem moderner Sozialpolitik wird.

Es ist notwendig, daß auch der Steiermärkische Landtag sich dieser Tatsache mehr bewußt wird als bisher. Es geht ja nicht nur um die materielle Sicherung des Alters, es geht vor allem auch um die gesellschaftliche Stellung, um die Teilnahme am Leben. Es entspricht nicht der Wortbedeutung eines so wichtigen gesellschaftspolitischen Zieles „Vollbeschäftigung“, wenn ein Viertel der Erwachsenen zur Untätigkeit verurteilt ist. Man ist nicht mehr gefragt, man kann sich nicht mehr nützlich machen, und dieses Gefühl mündet oft in eine bittere Einsamkeit, an der alte Menschen zerbrechen können.

In Österreich leben derzeit 900.000 Menschen, die ein Alter über 60 Jahre haben. In Steiermark sind es 125.000. Der prozentuelle Anteil an der Gesamtbevölkerung stieg in einem Jahrzehnt von sechs auf zwölf Prozent. In der Landeshauptstadt sind es 17 Prozent. Das Altenproblem in seiner großen Dimension kann von der öffentlichen Hand allein nie gelöst werden. Auch nicht zusammen mit den Wohlfahrtseinrichtungen.

Hier muß mit allem Ernst an die Pflicht der Familiengemeinschaft erinnert werden, die auch in der Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung zur Durchführung der öffentlichen Fürsorge verankert ist. Wenn auch der Strukturwandel der Gesellschaft von der Großfamilie weggeführt hat, von der sittlichen Pflicht wurde kein Mitglied der Familiengemeinschaft entbunden, seine Kräfte und Mittel im Rahmen des Zumutbaren den übrigen notleidenden Familienmitgliedern zur Verfügung zu stellen. Es entspricht weder den Lehren der Geschichte noch den Erfordernissen des heutigen Lebens, daß sich eine sehr betrübliche Geringschätzung des Alters breit macht. Mancher kann es gar nicht mehr erwarten, seinen alten Vater in ein Altersheim zu bringen, den älteren Beamten oder wenn Sie wollen, den älteren Politiker in Pension zu schicken. Die Jugend muß begreifen und dies hat der Landeskulturreferent mit treffenden Worten ausgeführt, daß man die Ansprüche an das Leben nicht erkaufen kann durch das Abschieben der Alten, durch ihre Einsamkeit und ihre Trostlosigkeit. Die Tendenz zur früheren Pensionierung ist bei der ständig wachsenden Lebenserwartung irgendwie sinnwidrig, zumal die ärztlichen Bemühungen um eine aktive Immunisierung, um neue Methoden der Impfung im Alter, den Gesundheitszustand der Alten wesentlich verbessern werden. Ich hoffe auch, daß sich dies in einer fühlbaren Verminderung der Belagszahl unserer Krankenhäuser

auswirken wird. Wie leistungsfähig die alten Menschen sind, möchte ich am Beispiel der Werkstätten für Pensionisten in den bekannten Philipswerken in Eindhoven darstellen, die schon neun Jahre in Betrieb sind und in nützlicher Arbeit schöne Gewinne erzielt haben. Wir sollten uns vornehmen, das Problem der Alten auch in unserem Land tatkräftig anzupacken. Nicht im Sinne einer möglichst weitgehenden behördlichen Befürsorgung, sondern vielleicht in der Richtung, die Vorschläge des internationalen Altenkongresses im September 1967 in Graz aufzugreifen und in Zusammenarbeit mit den Vereinen und Einrichtungen das Ziel eines aktiven Lebensabends anzustreben, das von diesem Verein geprägt wird „Nicht nur mehr Jahre für das Leben, sondern mehr Leben für die Jahre“.

Nur noch ein paar Worte zur Jugendhilfe. Hier hat sich längst der Grundsatz durchgesetzt, vorbeugen ist besser als helfen und auch billiger. Die ärztliche Versorgung ist von der Geburt weg gut organisiert, wenn es auch immer wieder vorkommt, daß körperliche Gebrechen zu spät behandelt werden. Aber wesentlich schlechter sieht es bei seelischen Fehlentwicklungen aus. Bei den Kleinkindern kaum beachtet, können sich solche Fehlentwicklungen im späteren Alter katastrophal auswirken. Aus den vorhandenen Ansätzen müßte daher ein System moderner wirksamer Erziehungsberatung aufgebaut werden. Die Früherfassung schwieriger Kinder wäre eine verdienstvolle Aufgabe der Lehrerschaft. Es ist eine Tatsache, daß Übertretungen des Jugendschutzgesetzes meistens der erste Schritt auf die schiefe Bahn sind. Es muß daher eine der wichtigsten Aufgaben des nächsten Jahres sein, die Eltern von der Notwendigkeit des wirksamen Jugendschutzes zu überzeugen, bei der Jugend um Verständnis für diese Bestimmungen zu werben und in der Öffentlichkeit die Meinung zu stärken, daß eine moderne Gesellschaft ohne Jugendschutzgesetz nicht existieren kann. Freilich sind diese Abwehrmaßnahmen durch eine aktive Jugendarbeit zu ergänzen, die ihren Schwerpunkt in verstärkten Bemühungen um ein abwechslungsreiches Angebot sinnvoller Freizeitgestaltung finden muß.

Ich möchte nicht schließen ohne das Bekenntnis, daß die Menschlichkeit an den Grenzen unseres Landes nicht haltmachen kann. Der Hunger in der Welt, das Elend der Flüchtlinge, das alles kann uns nicht unberührt lassen. Wenn im Jahr der Menschenrechte vor den Augen der Weltöffentlichkeit — am Fernsehschirm zu sehen — ein ganzes Volk in Biafra abgeschlachtet wird, dann kann man junge Menschen verstehen, wenn sie sich an das Wort Lessings erinnern „Wer dabei nicht den Verstand verliert, hat keinen zu verlieren“. Aber wenn wir schon nicht in der Lage sind, als kleines Land die Probleme der großen Welt zu lösen oder wirksame Abhilfe zu schaffen, dann sollten wir uns umso mehr verpflichtet fühlen, hier in unserem Land mit den in der Gruppe 4 vorgesehenen Mitteln, aber auch aus dem Herzen heraus allen jungen und alten Menschen Schutz und Hilfe zu geben, die ihrer bedürfen. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Herr Abg. Fellingner ist am Wort.

**Abg. Fellingner:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wie wir von der Berichterstatteerin gehört haben sind in der Gruppe 4, Fürsorge und Jugendhilfe, 107,254.000 Schilling im Jahre 1969 aus Budgetmitteln auszugeben. Soweit mir bekannt ist, haben die Bezirksfürsorgeverbände im Land Steiermark ca. 180 Millionen Schilling präliminiert. Damit müssen wir sehen und feststellen, daß noch sehr viel Geld zur Verfügung gestellt werden muß, um jenen zu helfen, die am Wohlstand unserer Gesellschaft nicht teilhaben können. Die Zahl der Befürsorgten geht zwar auf Grund der fortschrittlichen Sozialgesetzgebung laufend zurück, doch muß interessanterweise festgestellt werden, daß der finanzielle Aufwand am Sektor der Fürsorge von Jahr zu Jahr immer höher wird. Die Ursachen dieser Mehrleistungen seitens der öffentlichen Fürsorge liegen in der allgemeinen Teuerung der Lebenshaltung und in den jährlichen Verbesserungen bzw. Erhöhungen der Fürsorgerichtsätze und schließlich in den verbesserten Leistungen seitens der Fürsorgeverwaltung an die Hilfsbedürftigen. Die Richtsätze der offenen Fürsorge betragen derzeit für Alleinstehende 810 Schilling, für Haushaltungsvorstände 710 Schilling und für einen Angehörigen 450 Schilling. Dazu kommt noch die Miete. Damit wird notdürftig der Unterhalt der Befürsorgten gedeckt. Ab 1. Jänner 1969 werden die Richtsätze um sieben Prozent erhöht. Die Fürsorgeverbände müssen den Befürsorgten öfters einmalige Beihilfen zur Anschaffung von Wäsche und Bekleidungsstücken gewähren, da diese Fürsorgeunterstützung nicht einmal zur Deckung des Lebensunterhaltes reicht. Es war schon vor mehr als einem Jahrhundert eines der wichtigsten Ereignisse, als im Jahre 1863 das Heimatrechtsgesetz erlassen wurde, das einheitliche Grundsatzregelungen für die übrigen Landesgesetzgeber im Armenwesen geschaffen hat. Das Gesetz legte die Versorgungspflicht der Heimatgemeinde an die Hilfsbedürftigen fest. Das Heimatrechtsgesetz wurde durch die gegenwärtig in Kraft befindlichen reichsrechtlichen Vorschriften über die Fürsorgepflicht abgelöst, die derzeit als landesgesetzliche Vorschriften bis zur Erlassung des Grundsatzgesetzes über öffentliche Fürsorge in Kraft sind.

Seither wurden sie durch zahlreiche Verordnungen und Erlässe erweitert und ergänzt, so daß ein unübersichtliches Gesetzeswerk sich herausgebildet hat, das den rechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen unserer Zeit längst nicht mehr angepaßt ist.

Es wäre daher an der Zeit, ein modernes, den heutigen Voraussetzungen angepaßtes Fürsorgegesetz zu schaffen. In diesem Gesetz müßte jedoch meiner Meinung nach die verfassungsmäßige Basis geschaffen werden für unsere Bezirksfürsorgeverbände, die sich seit dem Jahr 1945 in der zweiten Republik hervorragend bewährt haben.

Das Hohe Haus hat im Jahre 1964 das Behindertengesetz beschlossen. Es ist eines der fortschrittlichsten Sozialgesetze, auf das wir stolz

sein können. Aber die Durchführung ergibt verschiedene Schwierigkeiten.

Die Berufsausbildung in den vorhandenen Heimen, im Landes-Taubstummenheim, in der Odilien-Blindenanstalt, im Körperbehindertenheim Andritz bzw. St. Veit, ist sehr gut. Aber im Lande fehlen noch Lehrwerkstätten oder ähnliche Einrichtungen.

Die Unterbringung der in diesen Anstalten ausgebildeten Behinderten stößt auf große Schwierigkeiten.

Die Ermittlung geeigneter Arbeitsplätze gehört zum Aufgabenbereich der Arbeitsämter. Die derzeitige Arbeitsmarktlage erschwert jedoch die Vermittlung der Behinderten in der Privatwirtschaft.

Es ist mir bekannt, daß das Land Steiermark bereits 15 Arbeitsplätze geschaffen hat und weitere fünf Arbeitsplätze für das Jahr 1969 vorgesehen hat. Diese Tatsache ist sehr erfreulich und muß anerkannt werden, aber diese Dienstposten reichen nicht aus, um alle Behinderten unterzubringen. Es wäre angezeigt, daß auch andere öffentliche Dienststellen sowie öffentlich-rechtliche Körperschaften sich bereiterklären, einen gewissen Prozentsatz an Behinderten einzustellen.

Im § 27 wird der Anspruch auf Pflegegeld geregelt. Im Absatz 1 ist enthalten, daß der Anspruchsberechtigte erst nach dem 18. Lebensjahr Pflegegeld bekommt.

Hier wird vor allem der Wunsch geäußert, daß die Altersgrenze auf zehn Jahre herabgesetzt wird, zumal den Eltern und Pflegeeltern der in diesen Personenkreis fallenden Behinderten durch den größeren Verbrauch an Wäsche, Bekleidungsstücken und Reinigungsmitteln schon in diesem Alter erhebliche Mehrkosten erwachsen.

Wie dem Hohen Haus bekannt ist, hat das Land Steiermark vier Fürsorgeheime. In diesen Heimen befinden sich alte Leute aus allen Bevölkerungskreisen und Bevölkerungsschichten.

Das Fürsorgeheim in Radkersburg ist nach neuzeitlichen Erkenntnissen erbaut worden und ist ein Heim, in dem sich alte Menschen wohlfühlen und einen ruhigen Lebensabend verbringen können.

Das Fürsorgeheim in Kindberg mit seinen 250 Betten ist zu klein und es ist beabsichtigt, mit einem Aufwand von elf Millionen Schilling einen dreigeschossigen Zubau zu errichten. In diesem Zubau sollen auch Krankenzimmer geschaffen werden.

Im Voranschlag 1969 wurde ein Kredit von 900.000 Schilling für Planung und verschiedene Detailprojekte beantragt.

Die Nachfrage nach freien Plätzen in den Fürsorgeheimen ist sehr groß und vorwiegend sind es Frauen, die um Aufnahme ansuchen. Daher ergibt sich auch, daß das Fürsorgeheim in Knittelfeld mit derzeit 180 Betten den Anforderungen nicht mehr gerecht wird. Ein bereits begonnener Zubau soll die Bettenanzahl erhöhen.

Im außerordentlichen Voranschlag sind daher für das Jahr 1969 3,5 Millionen Schilling veranschlagt.

Über das Fürsorgeheim Mautern wurde schon sehr viel diskutiert. Derzeit beherbergt das düstere Schloß aus dem 15. Jahrhundert 120 Pfleglinge.

In den Diskussionen wurde immer wieder gefordert, daß ein Neubau errichtet wird, um endlich die Pfleglinge in einem menschenwürdigen Gebäude unterzubringen. Außerdem wurde im Finanz-Ausschuß sehr eingehend diskutiert und festgestellt, daß die klimatischen Bedingungen in Mautern äußerst ungünstig sind und daher das Heim an einer anderen Stelle erbaut werden soll.

Soweit mir bekannt ist, wurde diesbezüglich von der Regierung sogar ein einstimmiger Beschluß gefaßt. Zu meiner Überraschung und zur Überraschung aller Landtagsabgeordneten mußten wir feststellen, daß im Voranschlag 1969 enthalten ist, daß das neue Fürsorgeheim wieder in Mautern erstehen soll. Ich weiß nicht, aus welchen Gründen die Regierung zu diesem Entschluß gekommen ist. Ob sich die klimatischen Bedingungen in Mautern seit der letzten Gemeinderatswahl verändert haben oder ob sie dieselben geblieben sind wie sie es 1964 waren? Ich möchte daher die Anfrage an die Hohe Regierung richten, wieso jetzt eine Änderung in ihrer Auffassung eingetreten ist.

Zum Schluß, meine Damen und Herren — es ist darüber schon sehr eingehend von meinem Vorredner gesprochen worden — möchte ich noch sprechen über die Frage unserer alten Bürger.

Durch den Fortschritt der medizinischen Wissenschaft und der sozialen Verhältnisse ist die Lebenserwartung ständig im Steigen. Ich glaube, es ist Aufgabe der Gemeinschaft, sich um die alten Menschen anzunehmen und das tun auch schon Vereine, öffentliche Körperschaften, die Gemeinden in den einzelnen Orten durch eine Reihe von Veranstaltungen, wie Reisen und Unterhaltungsabende usw. Auch die Einführung des Altenurlaubes war für unsere alten Menschen sehr günstig und es ist eine Freude, wenn man den Leuten zuhören kann, wenn sie vom Urlaub zurückkommen, wie begeistert sie von den Tagen erzählen, die sie im Urlaub verbringen konnten.

Aber ein Problem ist — und damit will ich eigentlich abschließen — daß viele unserer alten Menschen, die ihren eigenen Haushalt nicht mehr führen können oder allein sind, um Aufnahme in ein Altersheim ansuchen. Ihr Wunsch ist es, in der neuen Umgebung bis zu ihrem Lebensende bleiben zu können. Sie wollen nicht, wenn sie bettlägerig werden, in ein Fürsorgeheim übersiedeln. Sie möchten in ihrer vertrauten Umgebung befürsorgt und gepflegt werden. Um diesem Wunsch der Altersheiminsassen nachkommen zu können, wäre es die große Aufgabe, in den bestehenden und in den neu zu errichtenden Altersheimen Pflegeanstalten zu schaffen. Ein diesbezüglicher Antrag wurde im Landtag eingebracht, die Dringlichkeit der Errichtung von Pflegeabteilungen begründet und die Landesregierung aufgefordert, finanzielle

Mittel für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen.

Ich erlaube mir, die Anfrage zu richten an den Herrn Landesrat Gruber, inwieweit dieser Antrag schon einer Prüfung unterzogen worden ist. (Beifall.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet ist Frau Abg. Jamnegg. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Jamnegg:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir heute bei uns das System der weitgehenden sozialen Sicherheit betrachten, könnte man versucht sein zu sagen, wir haben fast alles erreicht was wir brauchen. Im großen und ganzen, meine Damen und Herren, trifft es auch zu, soferne wir vor allem die materielle Absicherung für die Wechselfälle des Lebens und für das Alter meinen. In der Öffentlichkeit nicht so sehr im Vordergrund steht jedoch ein Problem, das in der modernen Industriegesellschaft praktisch erst entstanden ist. Das ist der zunehmende Mangel an Sozialkontakten in der heutigen Gesellschaft mit allen seinen Auswirkungen. Ich bin nun der Meinung, daß auch dieses Problem unsere ganze Aufmerksamkeit erfordert und daß wir hier eine Lösung zu finden haben. Ich glaube es nützt uns doch nichts oder nicht sehr viel, heute noch von der früheren Großfamilie zu reden, die diese Sozialprobleme in ihrem eigenen Bereich bewältigen konnte und bewältigt hat. Es ist nun einmal so, daß sich die Dinge hier grundlegend verändert haben und daß heute natürlich die größere Gemeinschaft auch hier zu helfen hat.

Um das Problem aber bewältigen zu können, sehe ich zunächst nur eine Möglichkeit: Wenn, — und das möchte ich betonen — selbstverständlich auch jetzt und in Zukunft die Familie von ihrer Verpflichtung nicht entbunden werden kann, so müssen wir die Veränderungen sehen und aus dieser Sicht heraus sagen, daß eine forcierte Ausweitung der sozialen Dienste, vor allem der Familienhilfe, der Heimhilfe, der Hauskrankenpflege notwendig ist. Aber mit diesem Problem, meine Damen und Herren, beschäftigen nicht nur wir uns in Österreich. Das Problem ist in allen Industrieländern das gleiche und es steht heute auch laufend auf der Tagesordnung bei internationalen Sozialtagungen: Die Lösung ist freilich nicht allein — und das wurde heute schon gesagt — vom materiellen Gesichtspunkt her zu bewältigen, denn es sind die Menschen, die dazu gebraucht werden, auf die es ankommt und auf ihre Bereitschaft hier mit diese Wege zu gehen. Ich glaube aber, die Voraussetzung für eine Ausweitung der sozialen Dienste — und hier müßte zuerst der Hebel angesetzt werden — ist eine echte Aufwertung des Sozialberufes an sich und damit auch — ich glaube, das ist wesentlich in dieser Frage — die gesellschaftliche Aufwertung dieser Berufe.

Der Sozialberuf ist heute ein moderner Beruf. Es ist manches schon in Bewegung gekommen. Wir stehen aber doch noch am Beginn dieser Entwicklung, die aber stärker



vorangetrieben werden müßte. Die Aufwertung dieser Berufe aber hängt zweifellos, wie in allen anderen Berufen auch, eng zusammen mit einer fundierten schulischen und beruflichen Ausbildung und mit den entsprechenden Weiterbildungsmöglichkeiten. Wir haben hier im Land diese Möglichkeiten, die Schulen und Ausbildungsstätten. Ich verweise auf die Familienhelferinnenschule der Caritas in der Steiermark, die seit dem Jahre 1965 auch das Öffentlichkeitsrecht hat und die nunmehr zu den mittleren berufsbildenden Lehranstalten zählt. Ihr ist auch ein schönes modernes Internat sowohl für die Schülerinnen als auch für die Helferinnen angeschlossen. Die Familienhelferinnen der Caritas sind heute schon voll ausgebildete Kräfte in diesem sozialen Dienst.

Es gibt aber Gebietskörperschaften und auch Organisationen — so nützlich und notwendig sie in diesem Bereich auch sind — die kleinere Einrichtungen dieser Art führen, die ihre Helferinnen jedoch, wie das teilweise in Wien geschieht, nur in einer kurzen Ausbildung anlernen oder etwa wie in Graz, wo die Kräfte überhaupt nicht angeleitet werden und als Voraussetzung für diesen Beruf nur den Nachweis, daß sie sich im Haushalt betätigt haben, mitbringen müssen. Hier wäre es dringend notwendig und auch zu empfehlen im Interesse einer gründlichen Spezialausbildung und damit im Interesse der Aufwertung dieses Berufes — und so müssen wir die Dinge sehen, wenn wir hier vorankommen wollen — daß allen Anwärterinnen für diesen Beruf die Möglichkeit zu einer gründlichen, zu einer speziellen Ausbildung zur Verfügung steht. Man sollte in diesem Zusammenhang auch sehen, daß den Absolventinnen der Schule — auch das ist ein wesentlicher Gesichtspunkt — das spätere Überwecheln, so der Wunsch dazu besteht, in einen anderen qualifizierten Sozialberuf durch die vorangegangene Ausbildung natürlich wesentlich erleichtert wird. Wir sollten uns alle dafür einsetzen, daß die Mädchen bei ihrer Berufswahl mehr als bisher in ihre Überlegungen auch den Beruf der Familienhelferin und auch diese Ausbildungsmöglichkeit miteinbeziehen.

Vielleicht darf ich noch darauf hinweisen, daß der Beruf der Familienhelferinnen der Caritas in der Steiermark ein Angestelltenberuf ist mit 14 Monatsgehältern und gleich am Beginn mit einem vierwöchigen Urlaub. Die Schülerinnen erhalten bereits ab der 17. Schulwoche, also ab dem 1. Praktikum, das in dafür ausgesuchten Familien, die die Voraussetzungen für diese praktische Ausbildung mitbringen, absolviert wird, ein monatliches Taschengeld — auch vierzehnmals im Jahr — in der Höhe von derzeit 1.285 Schilling bei freier Station. Mir fällt kein anderer Beruf ein, mit dem man einen Vergleich ziehen könnte, wo etwa in der Lehrlingsausbildung eine solche Entschädigung in dieser Höhe gezahlt wird.

Nun, erwähnen möchte ich auch noch, daß von den 1.400 Einsätzen, die das Mutterhilfswerk der Caritas in der Steiermark im Jahre 1967 durch-

geführt hat, 340 auf den bäuerlichen Bereich entfallen, 21 auf selbständig Gewerbetreibende, aber 1.049 auf Arbeiter, Angestellte und Pensionisten. Schon deshalb, weil diese Einsätze überwiegend den Arbeitnehmerfamilien in Not zugute kommen, ist es mir — und ich glaube es ist notwendig, das hier im Haus auszusprechen — unverständlich, wenn sich etwa die Repräsentantinnen der steirischen sozialistischen Vertreterinnen im ÖGB-Bundesfrauen-Ausschuß, wo wir in diesem Herbst drei Tage hindurch im Plenum über die Frage der Hilfestellung für die Familien, über die Frage der Familienhilfe und Heimhilfe beraten haben, wenn sich diese Kolleginnen gegen die Familienhilfe der Caritas aussprechen, auch gegen die Aufnahme des Begriffes Familienhilfe in die Resolution und auch dagegen gestimmt haben. Ich bedaure das sehr.

Ich sage das deshalb, vielleicht kann man hier einen Ausgleich finden. Aber mit dieser Haltung stellt man sich, obwohl man von der Hilfestellung für die Familie redet, praktisch und de facto gegen die größte Einrichtung dieser Art, die wir überhaupt haben. Die Gründe für diese ablehnende Haltung kann man erahnen, wenn diese auch in Widerspruch stehen zu so manchen sonstigen Reden, auch vielleicht zu jener des Herrn Generalredners der sozialistischen Fraktion hier in diesem Haus in etwa damit im Zusammenhang stehenden Fragen. Ich glaube es sollte möglich sein, bei den Bemühungen um die Hilfestellung für die Familie, bei den Bemühungen um die Hilfestellung für die alten Menschen solche Gesichtspunkte auszuklammern und diese Bemühungen müßten, ich glaube, wir sollten uns in einer Meinung finden, gemeinsame sein.

Und nun darf ich auch kurz noch etwas zur Finanzierung dieser Einrichtungen sagen, die ja von Land zu Land selbst im Bereiche unseres Bundesgebietes, aber auch in den anderen Ländern, verschieden sind.

Es ist gewiß nicht uninteressant, darauf hinzuweisen, daß etwa in Hessen die Einsätze der Familienhilfe mit der Krankenkasse verrechnet werden. Vielleicht ist man dort überhaupt schon ein bißchen weiter in einer breiteren Auffassung von dieser so notwendigen Frage.

Bei uns in der Steiermark leistet das Land jährlich einen überaus beachtlichen Beitrag für die Familienhilfe und im Voranschlag 1969 sind insgesamt über eine Million Schilling für die Familienhilfe vorgesehen, eine Leistung, für die gedankt sein soll ebenso wie auch jenen, die die Träger dieser Einrichtungen sind, aber auch insbesondere allen Familienhelferinnen für ihren Einsatz.

Zusammenfassend, meine Damen und Herren, darf ich nochmals feststellen, die Frage des Ausbaues, des notwendigen Ausbaues der Familienhilfe, wie überhaupt der Betreuung unserer Mitmenschen, die Hilfe brauchen, ist ein vordringliches Problem unserer Zeit. Und hier ist uns allen gemeinsam die Aufgabe gestellt, mitzuwirken, um die Dinge voranzutreiben, denn auch das, meine Damen und Herren, ist Sozialpolitik. (Beifall.)

**Präsident:** Am Worte ist Herr Abg. Maunz. Ich erteile es ihm.

**Abg. Maunz:** Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich im Rahmen der Gruppe 4 zur Fürsorge und zu den Landesfürsorgeheimen Stellung nehme. Alte, kranke, alleinstehende Menschen hat es zu allen Zeiten gegeben. Wenn es in der Vergangenheit aber mehr moralische und menschliche Verpflichtung war, für diese Menschen zu sorgen, so ist es heute eine Pflichtleistung im Landes-Budget.

Verschiedenartig war die Entstehung unserer Fürsorgeheime. So hat im Jahre 1880 Baron Mayr-Melnhof das Schloß Ehrnau in der Gemeinde Mautern aus dem Besitz des Fürsten Liechtenstein erworben. Schon im Jahre 1885 hat er dieses Areal samt den dazugehörigen Grundflächen dem Lande Steiermark mit der Auflage übereignet, dieses Schloß samt seinen Objekten als Fürsorgeheim für alte, siehe und pflegebedürftige Menschen einzurichten und zu führen. Schon fünf Jahre später, am 13. August 1885, wurde Ehrnau durch Landeshauptmann Graf Wurmbbrandt als Landesfürsorgeheim eröffnet.

In den folgenden Jahrzehnten war dieses Heim etwa mit 80 bis 100 Pflegebedürftigen belegt. Nach dem zweiten Weltkrieg waren es sogar bis zu 160 Pfléglinge, die in Ehrnau betreut wurden. Derzeit bewegt sich die Zahl der Insassen — ich sehe mich hier im Widerspruch zu meinem Vorredner Abg. Fellingner — 80 bis 90 Personen.

Nachdem dieses alte Wasserschloß auf Grund seines Bauzustandes in der Erhaltung immer schwieriger und kostspieliger geworden ist, setzte sich die Erkenntnis durch, daß in den derzeitigen Räumen einer modernen Hygiene nicht mehr entsprochen werden kann.

Die Räume sind viel zu groß. So liegen z. B. in einem Zimmer bis zu 20 Patienten und pflegebedürftige Menschen. Abgesehen davon, daß die Räume hinsichtlich einer Teilung viel zu hoch sind, stellt auch die Heizung und die Belichtung ein besonderes Problem dar. Begreiflicherweise ist die Versorgung von schwerkranken Pfléglingen in so zahlreich belegten Räumen von der ärztlichen Sicht her schwierig und unangenehm.

Schließlich sind noch die Abwassereinrichtungen in Ehrnau völlig unzureichend und in hohem Grade sanierungsbedürftig. Tatsache ist, daß das Fürsorgeheim Ehrnau mit der Gemeinde Mautern seit Jahrzehnten verbunden ist. Auch stellt es in seiner geographischen Lage eine zweifellos günstige Lösung dar. Hinsichtlich des Einzugsgebietes war es immer so, daß aus dem obersteirischen Raum, Ennstal, Schladming, Liezen, der größere Teil der Pflegebedürftigen dort Aufnahme gefunden hat. So wenig man einen alten Baum verpflanzen soll, so wenig soll man versuchen, alte Menschen aus ihrer angestammten Umgebung an ihrem Lebensabend zu versetzen. Der Bedarf und der Wunsch zur Errichtung eines neuen Fürsorgeheimes war einheitlich und seit langem gegeben: Unstimmigkeiten

über die Notwendigkeit dieses Neubaus waren eigentlich kaum feststellbar. In den Jahren 1964 bis 1966 haben sich die zuständigen Stellen mit der Planung des neuen Fürsorgeheimes befaßt. Obwohl in der Gemeinde Mautern alle Voraussetzungen hinsichtlich der Beistellung eines Baugrundes, der ärztlichen Fürsorge, aber auch der religiösen Betreuung von Seite des dortigen Klosters gegeben sind, wollte man den Neubau plötzlich nach St. Michael transferieren. Anscheinend war die andere politische Situation nach der letzten Gemeinderatswahl in Mautern dafür maßgeblich.

Allerdings — und jetzt sehe ich mich wieder im Gegensatz zu meinem an sich sehr netten Freund Fellingner — es wären in Mautern ideale Voraussetzungen auch klimatischer Natur, da sogar Asthmaleidende von Radkersburg nach Mautern gebracht wurden und hier regelmäßig eine Linderung und Besserung ihres Leidens verspürten.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht hier um etwas anderes, es geht um den Wind, den würzigen Westwind aus dem Palten- und Ennstal, der in Mautern weht und der sei den Pfléglingen nicht zumutbar. Dagegen sei der rauhe, rötliche Ostwind in St. Michael wesentlich besser; er würde sich viel eher eignen sowohl bei den Pflegebedürftigen als auch beim Personal eine gewisse innere Umstellung herbeizuführen. Tatsache ist, daß das Fürsorgeheim Ehrnau mit der Gemeinde Mautern gewachsen ist und daher einen Wirtschaftskörper der Gemeinde darstellt. Im übrigen finden dort etwa 20 Personen des Pflege- und Verwaltungspersonals einen gesicherten Arbeitsplatz. Und wenn es um die Arbeitsplatzsicherung geht, dann ist es anscheinend nicht immer dasselbe, wo er ist und wer dafür eintritt. Diesen Eindruck gewinnt man, wenn man etwa die Industrieförderung der sozialistischen Gemeinde Mautern im Jahre 1955 bis 1965 betrachtet. So wurden damals 1,5 Millionen Schilling zur Gründung einer Solinger Werkzeugmaschinenfabrik von Seite der Gemeinde beigestellt. Diese 1,5 Millionen Schilling stammen aus einem Kommunalkredit und die Gemeinde bezahlt heute noch jährlich 150.000 Schilling an Darlehens- und Zinsenrückerstattung. Arbeitsplätze bestehen aus dieser Industrieförderung nicht mehr. Der Betrieb wurde von der sozialistischen Gemeinde dirigiert und wie könnte es anders sein, er besteht seit langem nicht mehr.

Umso erfreulicher ist es nun, wenn ich abschließend die Feststellung machen kann, daß nun doch nach Überwindung all dieser Hindernisse der Neubau des Fürsorgeheimes Ehrnau beschlossene Sache ist und im a. o. Voranschlag 1969 bereits ein Betrag von 5 Millionen Schilling aufgenommen und bedeckt ist.

Und hier hätte ich in diesem Zusammenhang eine Bitte an die Landesregierung, an den zuständigen Referenten, Herrn Landesrat Gruber, bei diesen 980.000 Schilling, die zur Sanierung der Anstaltsküche und zur Herstellung einer Isolierabteilung ebenfalls im a. o. Haushaltsvoranschlag drinnen sind, doch zu überlegen, ob nicht

wenigstens ein Teil davon dem Neubau zugeführt werden könnte. Die Gemeinde Mautern hat für diesen Neubau bereits ihren schönsten und sonnigsten Grund zur Verfügung gestellt. Sicherlich wird diese Errichtung mit dazu beitragen, in Mautern neue Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern, andererseits aber den alten, siechen, hilfsbedürftigen Menschen die Gewißheit zu vermitteln, daß von Seite des Landes alles geschieht, um ihren Lebensabend zu verschönern. Damit hat aber auch die Stiftung des Baron Franz Mayr-Melnhof eine würdige Verbindung und Nachfolge in unserer sozialen Zeit-epoche gefunden. (Beifall.)

**Präsident:** Am Wort ist Herr Abg. Schrammel. Ich erteile es ihm.

**Abg. Schrammel:** Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Es ist erfreulich, daß bei der Gruppe 4, Fürsorgewesen und Jugendhilfe, eine Übereinstimmung zwischen allen Rednern, die hier im Hohen Haus vertreten sind, herrscht. Wenn die Obsorge für die alten Menschen sehr durchgeklungen ist, so ist es für mich als dem Jüngsten in diesem Haus ein besonderes Bedürfnis, hier einige positive Dinge aufzuzeigen, woran ich auch noch einige Wünsche anknüpfte. Trotz der guten Sozialgesetzgebung, die wir in Österreich haben und die sicher beispielgebend in ganz Europa ist, wird es niemand abstreiten, daß die Fürsorgeeinrichtungen und die Fürsorge-maßnahmen notwendig sind. Es ist daher erfreulich, daß im heurigen Budget zur Gruppe 4 und zur Budgetpost Altenbetreuung und Altenurlaubsaktion eine Erhöhung von 150.000 Schilling und somit für diesen Abschnitt ein Gesamtbeitrag von 1.1 Millionen Schilling festzustellen ist.

Diese Einrichtung, die seit dem Jahre 1965 besteht, ist sicherlich eine sehr gute Einrichtung, die von allen diesen Urlaubern, die Mindestrentner und Befürsorgte sind und die in den Genuß der Urlaubsaktion kommen, sehr anerkannt wird. Es wurde von meinen Vorrednern schon erwähnt, daß sich die Stellung des alten Menschen leider geändert hat. Die Gründe sind die Motorisierung, die Technisierung, aber auch der Trend zur Unbeschwertheit, zur Unabhängigkeit, zum bequemeren, besseren Leben und daß man eben den alten Menschen nicht mehr in der Familiengemeinschaft dulden kann. Es ist das sicher eine sehr unliebsame Bilanz und gerade wir als die jüngeren Menschen sollten in die Bevölkerung hineinrufen, um die Menschen zur Besinnung zu bringen. Stellen wir uns nur vor, wenn alle diese alten Menschen — wir haben in Österreich etwa 1.4 Millionen Rentner und Pensionisten, in der Steiermark etwa 200.000 — zu den öffentlichen Stellen, zum Land, zum Bund kämen, um hier Unterstützung zu suchen, um einen Urlaub verbringen zu können, welch enorme öffentliche Mittel dabei verschlungen würden.

Die höhere Lebenserwartung wurde schon gestreift. Wir freuen uns, darauf hinweisen zu können, daß die Lebenserwartung über 70 Jahre gestiegen ist. Aber auch diese höhere Lebens-

erwartung bringt wieder Probleme, denn die Altenprobleme mehren sich dadurch in der Gesamtsumme.

Die Altenurlaubsaktion, um jetzt konkret diese Budgetpost herauszugreifen, ist eine Aktion, die im Jahre 1965, wie schon früher erwähnt, geschaffen wurde, wo Befürsorgte und Mindestrentner einen 14tägigen Urlaubsaufenthalt mit Unterstützung der Landesregierung verbringen können. Es ist dies eine sehr gute Aktion, die von allen sehr begrüßt wird. Ich möchte hier noch einen Wunsch anknüpfen, Herr Landesrat Gruber, daß in einem vermehrten Ausmaß die landwirtschaftlichen Zuschußrentner in diese Aktion einbezogen werden. Es wurde mir bereits im Finanz-Ausschuß auf meine Anfrage die Antwort erteilt, daß das schon in den meisten Bezirken so gehandhabt wird. Ich möchte aber trotzdem bitten, daß in allen Bezirken ausnahmslos die bäuerlichen Zuschußrentner auch in diese bevorzugte Aktion eingebaut werden.

Ich muß eines bemängeln, Herr Landesrat, es war für mich befremdend, daß es nicht möglich war, Auskünfte und Mitteilungen über alle diese Einrichtungen der Fürsorgemaßnahmen von der Rechtsabteilung 9 zu bekommen. Ich habe wiederholt über das Büro des Herrn Landeshauptmannes versucht, hier Unterlagen von der Rechtsabteilung 9 oder direkt vom Büro des zuständigen Referenten, Landesrat Gruber zu bekommen. Es ist von großer Bedeutung, wenn wir als die Abgeordneten dieses Hauses die Maßnahmen, die dann im Budget ihre Dokumentierung finden, studieren können und daß wir genauen Einblick erhalten. Ich nehme gar nicht an, daß die Informationen nur solchen Abgeordneten geliefert werden, die eben politisch gesehen dieser Rechtsabteilung 9 nahestehen. (Abg. Dr. Heidinger: „Geheime Kommandosache!“)

Das will ich sicherlich nicht behaupten. Es ist angebracht, auch Dinge anzuführen, die wir uns wünschen würden.

Ein Zweites noch: Ich will als Beispiel den Ort Burgau herausgreifen. Es hat unter den Gastwirten im heurigen Jahr 1968 deshalb eine Mißstimmung gegeben, weil nicht alle Gastwirte wie im Jahre 1967 diese Urlauber zugewiesen bekommen haben. Ich weiß, es ist sicher günstiger, wenn die Urlauber und alten Menschen konzentrierter untergebracht werden können. Es hat aber sicherlich im Jahre 1967, zumindest wurde mir das von diesen Gastwirten in dieser Form mitgeteilt, keine Schwierigkeiten und auch keine Ausartungen gegeben, daß man im Jahre 1968 nur mehr gewisse Auserwählte berücksichtigen konnte. (Abg. Loidl: „Die besten!“ — Abg. Brandl: „Die leistungsfähigsten Betriebe!“)

Vielleicht wäre die Streuung doch in einem größeren Ausmaß möglich. Ich will nicht kritisieren. (Zwischenruf von der SPÖ: „Wir halten Kritik ja aus!“)

Ich will nur anzeigen, was sich an Wünschen anzeigen läßt. Man müßte doch auch hier zu einer Streuung kommen, denn es sind ja Steuergelder. Das muß ich hier, wenn Zwischenrufe kommen, doch auch erwähnen. Im großen und

ganzen möchte ich doch feststellen, daß sich die Urlaubsaktion für Mindestrentner und Befürsorgte sehr gut bewährt hat und möchte allen jenen danken, die im Jahre 1965 diese Idee geboren und hier unseren alten Menschen zusätzliche Freude gebracht haben. (Beifall.)

**Präsident:** Ich erteile Herrn Abg. Burger das Wort.

**Abg. Burger:** Herr Präsident! Hohes Haus! Im Unterabschnitt 442 sind die Ausgaben für Kriegsversehrte und Kriegshinterbliebene vorgesehen mit einem Gesamtausgabenbetrag von 2.866.000 Schilling. Dies ist gegenüber den Ausgaben des Vorjahres ein Minus von 190.000 Schilling. Dieser Rückgang ist sicherlich auf den Rückgang der Lustbarkeitssteuer sowie der Laufbildabgabe zurückzuführen. Solche Abgänge waren auch in den vergangenen Jahren der Fall, so daß ein empfindlicher Ausfall für die Kriegsoffer bzw. Kriegshinterbliebenen eingetreten ist.

Man muß diesen Abgang die Tatsache gegenüberstellen, daß der Kriegsofferverband 33.000 direkt Geschädigte in der Steiermark als zahlende Mitglieder und hiermit direkt zu betreuenden hat. Mit diesen 33.000 direkt Versorgten ist noch ein Personenkreis von etwa 70.000 mit zu betreiben. Die Abnahme dieses Betreuungskreises erfolgt nur schrittweise, da nach dem Tode eines Kriegsversehrten die Versorgung laut Kriegsoffergesetz für die Witwen und für die Waisen eintritt.

Jährlich sterben aus diesem Betreuungskreis des Kriegsofferverbandes etwa 1.000 Mitglieder, obwohl auch unter den Versehrten und Invaliden die Lebenserwartung zunimmt. Vielleicht ist die Zunahme der Lebenserwartung für die Opfer des Krieges nicht nur in medizinischer Hinsicht zu suchen, sondern vielleicht auch in der Fürsorge und Obsorge des Verbandes für diese Kriegsoffer selbst.

Was tut der Verband? Es muß auch einmal die Tätigkeit dieses Verbandes beleuchtet und durchleuchtet werden. Er gewährt Unterstützung in besonders schweren Notfällen. Ja, meine sehr verehrten Abgeordneten; unter den Kriegsoffern gibt es noch echte und schwere Notfälle. Er gibt Notstandsbeihilfen zur Förderung der Berufsausbildung. Er betreibt eine Winternotstandsaktion für besonders Bedürftige, die nicht in der Lage sind, den Brennstoff zu kaufen. Es gibt die Aktion zur Behebung besonderer Notstandsfälle, es werden Sterbefälleunterstützungen ausbezahlt, es wird für Schwerkriegsbeschädigte über 60 Prozent nicht rückzahlbare Wohnbauförderung gewährt. Und hier müßte man, meine sehr verehrten Damen und Herren, dem Verbands raten, noch mehr zu tun. Ich glaube, es gibt nichts Sinnvolleres als gerade den Kriegsversehrten oder den Hinterbliebenen ein Eigenheim, eine bleibende Heimstätte zu schaffen. Hier müßte man die Unterstützung von seiten des Verbandes noch mehr fördern. Natürlich sind die notwendigen Geldmittel ebenfalls aufzubringen.

Es werden weiter Mittel ausgegeben — um nur noch einen Fall zu nennen — für den Versehrtensport für Erwachsene und den Versehrtensport für die Invaliden selbst sowie für Kindererholung und für die Erholung der Erwachsenen. So werden jährlich, wie schon erwähnt, etwa vier Millionen Schilling für diese sozialen Belange ausgegeben. Soweit die dankenswerte Arbeit des Kriegsofferverbandes für ihre Mitglieder und übrig gebliebenen Opfer zweier unvorstellbarer Weltkriege. Noch nie so entscheidend wie in den vergangenen Jahren und vor allem auch heuer wieder hat der Bund berechtigten Wünschen der Kriegsoffer Rechnung getragen. Neben der Rentendynamik, die auch für die Kriegsoffer Anfang dieses Jahres wieder eine Erhöhung von 7,1 Prozent bringen wird, werden heuer in der Gesamtheit und vor allem in der Erhöhung der Schwerstgeschädigtenrenten zusätzlich 240 Millionen Schilling aufgebracht. Der Herr Präsident Karrer hat festgestellt, daß der Bund für die Kriegsoffer noch nie so aufgeschlossen war und noch nie so viel geleistet hat wie im letzten Jahr. Land und Bund haben somit die Kriegsoffer nicht vergessen.

Ich aber möchte zum Schluß sagen, die Kriegsoffer wollen keine Fürsorge, sondern sie wollen soziale Gerechtigkeit wie jedermann. Darunter verstehe ich in erster Linie die weitere Eingliederung in den Arbeitsprozeß, die Berufsförderung unter den Kriegsoffern und -waisen, die Umschulung auf neue Arbeitsplätze sowie den Schutz des Arbeitsplatzes selbst.

So möchte ich schließen, meine Damen und Herren, mit dem Appell an alle, daß Kriegsoffer in unserer Heimat keine Gesellschaftsoffer sein dürfen. (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident:** Ich erteile das Wort Frau Abg. Prof. Hartwig.

**Abg. Prof. Hartwig:** Hohes Haus! Erlauben Sie mir zuerst einige Worte noch zu der Reaktion, die das Jugendschutzgesetz in der Presse hervorgerufen hat.

Es ist ja schließlich nicht so, daß dieses Gesetz nur von einigen Abgeordneten erzeugt worden ist, sondern die Grundlage dafür ist doch natürlich von Jugendhelfern, Fürsorgern, Juristen, Pädagogen, kurz und gut, von all den Menschen geschaffen worden, die sich jahrzehntelang mit diesen Problemen beschäftigen. Natürlich können auch Fachleute irren, erst recht können natürlich Abgeordnete irren.

Aber, meine Damen und Herren, auch ein Redakteur muß nicht unbedingt recht haben. (Zwischenruf: „Sehr mutig!“)

Ja, ich bin auch mutig.

Ich möchte aber sagen, diese Tatsache, daß der Redakteur die Möglichkeit hat, seine Meinung herausgehoben in die Zeitung zu setzen und daß diese Meinung nun weitgehend meinungsbildend in der Öffentlichkeit wirkt, bedeutet andererseits eben doch eine große Verantwortung für die Presse, denn die Öffentlichkeit

weiß ja nicht oder sehr oft nicht, welche Überlegungen dieser oder jener Bestimmung dieses Gesetzes zugrundegelegt waren und nun wird die Durchsetzung des Gesetzes doch sehr erschwert. Im übrigen kommt noch dazu, daß manches auch sachlich gar nicht richtig berichtet worden ist. Übereinstimmend mit dem Herrn Abg. Dr. Moser möchte ich auch noch sagen, es ist richtig, daß die Eltern und Erzieher gewiß nun außerordentlich intensiv mit den Notwendigkeiten, die sich aus diesem Jugendschutzgesetz und aus diesem Gedanken ergeben, vertraut gemacht werden müssen, darüber hinaus vielleicht überhaupt mit den Problemen, die mit der Jugend an und für sich zusammenhängen.

Wenn ich noch auf eine meiner Vorrednerinnen eingehen darf, möchte ich sagen, zu der Frage der Heimhilfen will ich mich deshalb nicht äußern, weil ich es mir zum Prinzip gemacht habe, immer auch die andere Seite zu hören. Ich weiß also nicht, weshalb diese Gegensätze bestehen und ich konnte mich in der kurzen Zeit jetzt nicht darüber informieren. Ich glaube aber, das Land oder das Referat des Landes kann hier kein Vorwurf treffen, denn allein das Mutterhilfswerk . . . (Abg. Jamnegg: „So war es ja auch nicht gemeint!“)

Aber Sie werden mir doch erlauben, daß ich mich wirklich auch bei der anderen Seite informiere! Das sollte man ja auch immer tun. Die Subvention für die Caritas insgesamt beträgt ja immerhin 380.000 Schilling, wovon 280.000 Schilling speziell für das Mutterhilfswerk gegeben werden. Also wir im Land, glaube ich, können ein relativ reines Gewissen haben.

Ich möchte aber Ihre Aufmerksamkeit auf eine andere Budgetpost richten. Nämlich auf die Summe von 67 Millionen Schilling, die wir für die geschlossene Fürsorge ausgeben. Früher war in diesem Abschnitt getrennt ausgewiesen, was für die Geisteskranken aufgewendet werden mußte. Das waren im Vorjahr 53 Millionen Schilling. Heuer sind alle diese Dinge unter einer Budgetpost zusammengefaßt. Aber wir können ganz sicher sein, daß die Aufwendungen für die Geisteskranken nicht gesunken sind, denn es steigen ja infolge verschiedener Umstände alle diese Dinge selbstverständlich weiter. Jetzt bitte ich Sie, diese 53 Millionen Schilling, die in der Steiermark für die Geisteskranken aufgewendet werden, einmal in Zusammenhang zu setzen mit den 14 Milliarden Schilling, die in Österreich jährlich vertrunken werden, also die der Alkoholismus verschlingt. 14 Milliarden Schilling sind ein Sechstel der gesamten österreichischen Staatseinnahmen, die mit 85 Milliarden Schilling veranschlagt sind. Die Österreicher geben für alles, was unter dem Kapitel Unterricht, Kunst und Kultur im Budget steht, insgesamt 9,3 Milliarden Schilling aus, denn schließlich sind es die Gelder aller Österreicher, aber sie vertrinken 14 Milliarden Schilling. (Abg. Nigl: „Einschließlich der Fremden!“)

Es werden 14 Milliarden Schilling vertrunken. Das sind schon die eigenen.

Ich komme schon dazu. Nach der Erhebung der Sanitätsbehörden gibt es in Österreich etwa 80.000 schwere Alkoholiker. Nicht Fremde! Österreicher! Die Zahl der Alkoholkranken in den Spitälern steigt ununterbrochen. Nach einer weiteren Feststellung der Sanitätsbehörden ist ungefähr jeder 3. Pflegling in den Geisteskrankenanstalten ein Opfer des Alkohols. Nach einer Statistik des Wirtschaftsforschungsinstitutes sind in den Jahren 1961 bis 1965 25.000 Unfälle durch Trunkenheit verursacht worden. 20.000 Menschen gehen jedes Jahr frühzeitig in die Rente, weil sie sich krank getrunken haben. In unseren Landes-Heil- und Pflegeanstalten ergeben sich 30.000 Verpflegstage pro Jahr für die Alkoholiker, die nicht ständig dort bleiben, weil ihr Geisteszustand bereits völlig zerrüttet ist, sondern die ständig immer wieder eingewiesen werden. Für das Jahr 1967 ist festgestellt worden, daß die Zahl der neu eingewiesenen Alkoholiker 348 betragen hat, das heißt mehr als einer pro Tag. 16 Prozent aller Aufgenommenen sind Alkoholiker gewesen. Die durchschnittliche Verweildauer dieser Fälle beträgt 72 Tage, daher kommen 30.000 Verpflegstage zusammen, wobei man die Medikamentenkosten dazurechnen muß, die im Normalfall etwa 300 Schilling betragen. Jetzt frage ich Sie, was tun wir gegen diesen Wahnsinn, der hier getrieben wird? Wir machen eine Woche der alkoholfreien Jugenderziehung in der Schule und eine Woche gegen den Alkoholmißbrauch. (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Alkoholsteuer!“)

Was tun wir noch? Wir machen pausenlose Propaganda für den Alkohol in allen unseren Medien, also Fernsehen, Rundfunk, Zeitungen, aber wir bedauern die hohen Kosten, die auf der anderen Seite nicht nur jetzt gerade in der Fürsorge, sondern auch in den Krankenanstalten daraus erwachsen. Natürlich macht niemand Propaganda für den Alkoholmißbrauch, aber jeder Trinker fängt einmal an, nicht gleich als schwerer Säufer, sondern dazu wird er im Laufe der Zeit. Ich glaube doch, daß man hier der Verkaufswerbung bis zu einem gewissen Grad ein bißchen entgegengetreten müßte. Wir betreiben den Kampf gegen die bei uns üblichen Suchtgifte Alkohol und Nikotin außerordentlich lax, so etwa wie in orientalischen Ländern der Kampf gegen Haschisch und andere dort übliche Suchtgifte nicht betrieben wird. Dort spielt der Alkohol in der Bekämpfung genau die Rolle, die bei uns eben diese Rauschgifte spielen. Ich bin gar nicht überzeugt, daß, wenn diese anderen oder zusätzlichen Rauschgifte bei uns gesellschaftsfähig werden, wir etwas anderes dagegen täten, als sie zu Staatseinnahmen zu machen. Mir schiene es richtig, wenn wir doch versuchen wollten, statt dann an den Opfern einer unheilvollen Entwicklung hier und dort sparen zu wollen, diese unheilvolle Entwicklung selbst ein bißchen einzudämmen und sie nicht auch noch zu fördern. Auch das, meine Damen und Herren, wäre Sozialpolitik, es wäre sogar in einem höheren Sinn, und der Herr Landeshauptmannstellvertreter hat das am Vormittag schon gesagt, auch Kulturpolitik. (Beifall.)